

Bezugspreis.

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark voraus zahlbar.

Der 'Vorwärts' mit der Arbeiter-Sonntagsbeilage 'Volk und Zeit'...

Telegraphische Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Monatsbeilage 50 Pfennig, Restmonatsbeilage 5.- Reichsmark.

Konzern für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckerei-Büro...

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Mittwoch, den 23. März 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Was geht in Schanghai vor?

Schießereien - Plünderungen - Brände - Panik - Generalstreik.

London, 22. März. (Eig. Drahtber.) Es ist am Dienstagabend schwerer als jemals, sich aus der Masse einander widersprechender Sensations- und Tendenzmeldungen aus Schanghai ein Bild über die wirkliche Lage zu machen.

Der erste Durchbruchversuch schenkt erhebliche Verluste verursacht zu haben; bei dem zweiten Versuch wurden 300 Soldaten der Nordarmee entworfen.

Britische Nachrichten meldeten übertriebenerweise, daß die europäischen Siedlungen ununterbrochen unter Feuer stehen.

Der Streik selbst dauert an. Die Streikleitung hat einen Aufruf erlassen, daß der Streik keinerlei fremdenfeindlichen Charakter trage.

Dieses Telegramm unseres Londoner Korrespondenten scheint uns in treffender Weise die Widersprüche zwischen den zahlreichen Meldungen zu charakterisieren.

Vor allem scheint daraus hervorzugehen, daß die vielfach gemeldeten Versuche von Angehörigen der Nordtruppen, in die ausländischen Konzessionen einzudringen, so zu erklären sind, daß diese geschlagenen und demoralisierten Truppen sich vor der Verfolgung durch die einrückenden Kantontuppen durch Uebertritt auf das internationale Konzessionsgebiet zu retten versuchen.

Bis zur Stunde gewinnt man den Eindruck, als hätten die regulären Truppen der Kantonarmee keinerlei Ausschreitungen begangen und als hätten sie den strikten Befehl, die fremde Stadt einzuweichen nicht zu befehlen.

London, 22. März. (W.F.B.) Vätertermeldungen aus Schanghai zufolge wird die Einnahme Hankings durch die Kantonesen gemeldet, die dadurch herten ganz Chinas südlich des Jangtse-Flusses werden.

Außenpolitisches Halbdunkel.

Die Debatte im Reichstag. - Und was tut Marx?

Herr Stresemann, den nach dem nationalliberalen Jubiläumsliebe 'der Himmel ausertoren zum Führer aus der fremden Knechtschaft Iron', Herr Stresemann hat gestern im Reichstag eine sehr kurze Rede gehalten.

Ueber die Ursachen dieses wenig erfreulichen Zustandes sind die Meinungen geteilt. Herr Kaas hat für das Zentrum der Auffassung Ausdruck gegeben, daß die Umbildung der Regierung nach rechts an ihrer nicht ganz ungeschuldigen sei.

Gäbe es eine Abstimmung darüber, so würde der Reichstag mit Mehrheit entscheiden, daß die Beteiligung der Deutschnationalen an der Regierung für das Deutsche Reich außenpolitisch schädlich ist.

Dabei kann man der deutschnationalen Reichstagsfraktion aus ihrer Haltung nicht einmal einen Vorwurf machen, abgesehen von dem einen, daß sie im Gegensatz zu allen deutschnationalen Theorien steht.

Breitscheids Rede war von hohem außenpolitischen Verantwortungsbewußtsein diktiert. Auch Stalke gegenüber. Gegen Herrn Mussolini sind im Reichstag, damals als die Antwort auf seine Brenner-Rede gegeben wurde, ganz andere Töne geredet worden als gestern, und Herr Stresemann sah daneben und schmunzelte wohlgefällig.

Am übrigen hat Herr Stresemann in seiner Rede - wir erkennen auch das Gute gerne an - einen sehr klugen Satz gesprochen. Nach einem Hinweis auf das Friedensbedürfnis Deutschlands sagte er: 'Es ist für uns eine glückliche Tatsache, daß das wohlverstandene gesamt-europäische Interesse mit dem individuellen Interesse Deutschlands sich völlig deckt.'

Das ist allerdings eine Tatsache, und eine sehr glückliche. Würde sie in dem Mittelpunkt der ganzen auswärtigen Politik Deutschlands gestellt und würde Deutschland als die große moralische Friedensmacht Europas in Erscheinung treten, so wäre das ein sehr großer Gewinn.

Da, wo soll dieser Glaube herkommen, wenn zum Beispiel Vorgänge wie der folgende möglich sind: Die Filmprüfstelle verbietet einen Film 'Land unterm Kreuz', nachdem Vertreter des Auswärtigen Amtes die Meinung kundgetan, daß die Darstellung der oberschlesischen Wirren während der Verhandlungen in Genf nicht opportun sei.

Ja, wo soll dieser Glaube herkommen, wenn zum Beispiel Vorgänge wie der folgende möglich sind: Die Filmprüfstelle verbietet einen Film 'Land unterm Kreuz', nachdem Vertreter des Auswärtigen Amtes die Meinung kundgetan, daß die Darstellung der oberschlesischen Wirren während der Verhandlungen in Genf nicht opportun sei.

Da, wo soll dieser Glaube herkommen, wenn zum Beispiel Vorgänge wie der folgende möglich sind: Die Filmprüfstelle verbietet einen Film 'Land unterm Kreuz', nachdem Vertreter des Auswärtigen Amtes die Meinung kundgetan, daß die Darstellung der oberschlesischen Wirren während der Verhandlungen in Genf nicht opportun sei.

Internationale und Balkankriegsgefahr.

Französische Genossen verlangen eine Sondertagung der Internationale.

Paris, 22. März. (Eigener Drahtbericht.) Abg. Genosse Renaudel hat an den Sekretär der Sozialistischen Internationale, Genossen Friedrich Adler telegraphiert, daß er am Mittwoch vom Verwaltungsrat der sozialistischen Partei Frankreichs den Antrag auf schnelle Einberufung des Exekutivkomitees der Arbeiter-Internationale nach Genf verlangen werde.

Briand über das Zusammengehen der Mächte.

Paris, 22. März. (W.F.B.) Aus einer sozialistische Interpellation über den Balkankonflikt erklärte Briand, die französische Regierung habe gleich in den ersten Stunden Ratsschlüsse der Vorsicht, der Kaltblütigkeit und der Mäßigung gegeben.

Kein Ergebnis der diplomatischen Beilegungsversuche

Paris, 22. März. (Eig. Drahtber.) Dem Ministerrat hat Briand über den Stand der diplomatischen Verhandlungen über den jugoslawisch-italienischen Konflikt berichtet.

Ein Eingreifen des Völkerbundes scheint angesichts der ablehnenden Haltung Italiens gänzlich ausgeschlossen. Aber auch von dem Plan der Einberufung einer internationalen Untersuchungskommission scheint man abgesehen zu sein.

Reuter behauptet Besserung.

London, 22. März. (Reuter.) In der italienisch-jugoslawischen Krise wegen Albanien ist nach dem allgemeinen Eindruck in London eine entscheidende Besserung eingetreten.

wird berichtet, der Eindruck in Völkerbundskreisen sei, daß die italienisch-jugoslawische Schwierigkeit durch die Mächte geregelt und nicht vor den Völkerbund gebracht werden würde.

Die Genfer Abrüstungsdebatte.

Eine Erklärung des Grafen Bernstorff.

Genf, 22. März. (Eig. Drahtber.) In der Vorbereitenden Abrüstungskommission betonte der deutsche Delegierte Graf Bernstorff, daß nach den vielen mühsamen Verhandlungen der Sachverständigen nunmehr auch Taten folgen müßten.

Sokal-Polen warnte vor unbestimmten Lösungen, die nur gutgläubige Opfer der Abrüstung schaffen könnten.

Vorzugsbehandlung für Rathenau-Mörder.

Ein Strafanstaltsdirektor vor Gericht.

Neumünster, 22. März. (N.N.) Ein Prozeß, der mit einer gewissen Spannung erwartet wurde, wurde heute in Neumünster abgeschlossen.

wird, die nicht gestört werden sollen, und verbietet den Film. Darauf Sturm in der deutschnationalen Presse, besonders im Hause Hugenberg, dem die „Deulig“, die Unternehmern dieses Films, angegliedert ist. Und richtig, die Oberprüfstelle hebt in einer Befehung, die durch das Beisein des Lic. Mumm charakterisiert wird, das Verbot auf. Und nun ladet die „Deulig“ für heute nachmittag zur Erstaufführung des Films ein mit dem Bemerkten:

„Der Herr Reichskanzler hat sein Erscheinen zugesagt!“

In Polen kennt man den neuen Oberkesselfilm nicht. Man weiß nur, daß das Auswärtige Amt seine Aufführung während der Genfer Verhandlungen für bedenklich erklärt und daß eine deutsche Prüfstelle ihn als einen antipolnischen Heffilm angesehen und verboten hat. Und dieser Film wird jetzt, nachdem sich die deutschnationale Presse für ihn eingesetzt hat, dennoch aufgeführt, und der Reichskanzler Dr. Marx will durch sein Erscheinen diesem Akt die höhere Weihe geben. Man stelle sich einmal vor, die ganze Geschichte hätte sich in Polen abgespielt — wie würde die „nationale“ deutsche Presse über ihn urteilen? „Polnische Frechheit! Polnische Unverschämtheit!“ wäre das allergeringste, was man dann in ihr zu lesen bekäme.

Hat Herr Marx nicht begriffen, daß Polen in seinem Erscheinen bei der Erstaufführung dieses Films eine ganz überflüssige und darum desto mehr verletzende antipolnische Demonstration erblicken muß?

Herr Marx wird sich vielleicht darauf berufen, daß das Auswärtige Amt gegen den Film ja nur während der Genfer Verhandlungen Bedenken gehabt hat und daß es jetzt „die historische Wahrheit“ des Films anerkennt, worauf sich ja die Oberprüfstelle auch beruft. Aber das Auswärtige Amt ist nicht die Stelle, die über die „historische Wahrheit“ zu entscheiden hat, sondern es hat zu prüfen, ob ein Film die Beziehungen Deutschlands zu auswärtigen Staaten gefährdet. Diesen Tatbestand hat es für einen bestimmten Zeitabschnitt anerkannt, und die Filmprüfstelle hat das für die Dauer getan. Es wäre zu wünschen gewesen, daß das Auswärtige Amt in dieser Angelegenheit mehr Konsequenz gezeigt und wenigstens dem Reichskanzler von dem Besuch der Erstaufführung dringend abgeraten hätte.

So ist die deutsche Außenpolitik durch die Beteiligung der Deutschnationalen im Großen wie im Kleinen in ein gewisses Halb Dunkel gerückt. Herr Stresemann spricht noch immer glänzende Sentenzen über Deutschlands Friedensmission. Nur die Politik, die ihnen entspricht, und die Erfolge, die sie erntet, sucht man vergebens.

Rundfunk-Andachten.

Und ihre Wirkung auf die Hugenberger.

Allmählich werden die freidenkenden Berliner — die freiwillig nie eine Kirche besuchen — am Rundfunkhörer durch eine geistliche Ansprache behelligt, mag sie nun von katholischer oder protestantischer Seite kommen. Diejenigen Berliner, die solche mehr oder minder gottseligen Reden im Rundfunk für ganz überflüssig halten, können dagegen nichts anderes tun, als den Hörer vom Ohr zu nehmen oder den Lautsprecher abzustellen. Sie sind zumeist so tolerant, daß sie nicht einmal durch einen Eingabesturm sich die Einmischung der Rundfunk-Sendegesellschaften in ihren Religionsbereich verbieten haben, trotzdem das sehr nahe lag.

Nun hat aber am letzten Sonntag Genosse Crispian eine Morgenandacht durch den Rundfunk zu den tausenden sozialistischen Hörer gesprochen. Selbstverständlich eine Andachtssprache, die auf sozialistischer Weltanschauung und auf dem Diesseitsglauben fußt, ebenso selbstverständlich, daß sie sich frei von Angriffen auf die „Herren Borredner“ im Rundfunk hielt.

Aber schon die Tatsache, daß ein Sozialist es wagt, den Rundfunk für eine sozialistische Morgenandacht zu benutzen, hat die Hugenberg-Presse in helle Entrüstung versetzt. Sie, die den Weg

nach Tipperary zur Heimkehr Wilhelm II. wandert, fordert das Eingreifen der Reichsregierung — will heißen des Rapp-Ministers Reubell — um den Sozialisten das Rundfunk am Sender zu verbieten!

Zwar dürften die Hugenberg-Christen das selbe Recht zur Toleranz haben wie die Freidenker. Zwar dürften sie ebensogut wie diese die Hörer vom Kopf nehmen und den Lautsprecher abstellen können, wenn jemand zu ihnen sprechen will, dessen Meinung sie nicht teilen oder auch nur hören wollen. Aber die Hugenberger sind dreist und — gottesfürchtig! Sie fordern die Staatsgewalt gegen die größte deutsche Partei, gegen Millionen von Anhängern der sozialistischen Weltanschauung heraus. Aber im Rapp-Ministerium Reubells, sicher aber im Reichstagsparlament dürfte die Tatsache nicht unbekannt sein, daß allein im letzten Jahre in Berlin nicht weniger als 45 000 Kirchenaustritte vollzogen wurden. Soll durch eine Reichsdekretive gegen den Rundfunk diese Austrittsbewegung noch künstlich gesteigert werden? Sollen die leeren Kirchen Berlins noch leerer werden? Dann braucht man nur den Winten Hugenbergs und seiner Presse zu folgen. Die aufgezungenen geistlichen Funkenadachten könnten manchen zum Nachdenken bringen.

Keine Aufhebung des Roggenzolls.

Alle bürgerlichen Parteien gegen den sozialdemokratischen Antrag.

Der handelspolitische Ausschuss des Reichstags befaßte sich am Dienstag mit dem sozialdemokratischen Antrag, den Roggenzoll bis zum 30. Juni d. A. aufzuheben. Verbunden damit war die Beratung des demokratischen Antrages, den Zoll für Futtergerste und Mais fallen zu lassen.

Gegen beide Anträge sprachen sich die Vertreter aller bürgerlichen Parteien aus, einschließlich der Demokraten, nur daß sie gerade noch für ihren eigenen Antrag eintraten. Die Begründung für diese Haltung machten sie sich alle sehr einfach und bequem: sie beriefen sich auf die Staatsrede des neuen Ernährungsministers Schiele, wonach unter anderem die deutsche Brotversorgung bis zur neuen Ernte als gesichert betrachtet werden könnte, und meinten darüber hinaus, daß die Aufhebung des Zolls nicht den Verbrauchern, sondern nur den Spekulanten zugute käme. Auch die Vertreter der Regierung wandten sich gegen die Anträge, teils aus Übereinstimmung mit den Gründen der bürgerlichen Parteien, teils in Rücksicht auf bevorstehende Verhandlungen über den Abschluß von Handelsverträgen.

Demgegenüber wandte Genosse Dr. Hifferding ein, darin lehnt unterstellt vom Genossen Schmidt (Köpenick): Der sozialdemokratische Antrag sei nicht eingeleitet vom reinen Konsumenteninteresse, sondern auch in Rücksicht auf die Landwirtschaft. Diese werde keine Preisstabilisierung erreichen, wenn sie an der fehlenden Zollpolitik festhalte, vielmehr dürte wahrscheinlich auch für sie bald der Zeitpunkt kommen, an dem sie sich hiervon abwenden und ihr Heil teilweise in gleitenden Zöllen, teilweise in einem Getreidemonopol sehen würde. Wenn die Zollsuspension, nach Ansicht der bürgerlichen Parteien und ihrer Regierung, die Preise nicht beeinflusse, dann sei nicht zu verstehen, weshalb man sich so sehr dagegen wende. Dabei stünde fest, daß sich das meiste Getreide gegenwärtig in den Händen der Spekulanten befände, so daß die Landwirtschaft selbst nach der Einstellung ihrer Vertreter im Ausschuss nicht das geringste zu befürchten brauche. Allerdings würde mit dem jetzigen System der Einfuhrscheine die Getreideausfuhr nach dem Auslande geradezu gefördert und würde während der letzten Zeit wahrscheinlich auch in hohem Maße statt. Wenn sich besonders die Deutschnationalen gegen jede Milderung der Zölle aussprechen, dann sei das außerordentlich bezeichnend. Denn bei der Beratung der neuen Zollgesetznovelle habe die Regierung ausdrücklich erklärt, daß sie die hohen Zölle nur zu Verhandlungszwecken haben wolle, also um sie gegenüber den Vertragsländern gegen entsprechende Konzessionen herabzusetzen. Jetzt aber gehe das ganze Bestreben darauf hinaus, diese Zölle nicht nur beizubehalten, sondern die Zollmauern noch zu erhöhen. Das aber widerspreche nicht nur dem Lebensinteresse der Verbraucher, sondern auch der Landwirtschaft.

Nach dieser eingehenden Aussprache wurden beide Anträge a. B. abgelehnt, gegen die Stimmen der sozialdemokratischen und kommunistischen Vertreter. Damit hat aber die Sache noch nicht ihr Ende, vielmehr findet am Freitag bereits eine neue Sitzung statt, in der die Regierung dem Verlangen des Genossen Hifferding entsprechen will, doch einmal anzugeben, was eigentlich die Getreidehandelsgesellschaft im ersten Jahre ihres Bestehens getan, wie sie vor allem die 30 Millionen Mk. verwandt hat, die ihr zur Beeinflussung des Getreidepreises bereitgestellt worden sind.

Nationalsozialistische Sonntagskrawalle.

Sozialdemokratische Interpellation im Landtag.

Die Ausschreitungen der Hakenkreuzler am Sonntag auf dem Bahnhof Lichterfelde-Df. in Steglitz, an der Gedächtniskirche und am Wittenbergplatz und das auffällig passive Verhalten der Polizei hat die sozialdemokratische Landtagsfraktion zum Gegenstand einer Großen Anfrage gemacht. Sie verlangt eine resolute Aufklärung der Vorgänge, rücksichtslose Bestrafung der Schuldigen und Vorbeugungsmaßnahmen gegen die Wiederkehr derartiger Ausschreitungen.

Die Große Anfrage dürfte am Mittwoch bei der Beratung des Sonnenetats zur Besprechung kommen.

Mecklenburger Regierungsschwierigkeiten.

Völkisches Mißtrauensvotum.

Schwerin, 22. März. (Eigener Drahtbericht.) Der mecklenburgische Landtag befaßte sich am Dienstag mit dem kommunistischen Antrag auf Auflösung des Landtags. Sämtliche Parteien stimmten in der Aussprache der Auflösung zu. Die sozialdemokratische Fraktion knüpfte an die Zustimmung die Bedingung, daß vor der Auflösung der Rotel, das Wohnungsbauprogramm, das den Bau von 20 000 Wohnungen vorsieht, und das Steuerermäßigungsgezet verabschiedet werden. Da die Rechtsparteien mit den Kommunisten diese Voraussetzung ablehnten, stimmte die Sozialdemokratie gegen die Auflösung, die infolgedessen mit 29 gegen 20 Stimmen abgelehnt wurde. Die Völkischen brachten darauf ein Mißtrauensvotum gegen die vor 14 Tagen gewählte Regierung ein. Darüber wird heute, Mittwoch, verhandelt.

Das obligate Hochverratsurteil.

Leipzig, 22. März. (Eigener Drahtbericht.) Der 4. Strafsenat des Reichsgerichts beschäftigte sich am Dienstag wiederum mit einem Literaturprozeß. Es hatte sich der verantwortliche Redakteur des „Ruhr-Echo“ Georg Schwarz aus Essen wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Vergehen gegen das Republikstrafgesetz zu verantworten. Schwarz ist Verfasser der Broschüre „Rot-Front an der Ruhr!“, die mehrere revolutionäre Gedichte enthält, u. a. auch das Gedicht „Barrikaden an der Ruhr“ von Kurt Klüber. Das genügte dem Oberreichsanwalt zu einem Verfahren gegen Schwarz.

Der Angeklagte gab zu, die Broschüre verfaßt zu haben, ist aber erklaut, daß auch Gedichte von namhaften Schriftstellern hochverräterische Tendenzen haben sollen. Das Reichsgericht verurteilte Schwarz wegen Vergehens gegen § 7 des Republikstrafgesetzes und Vorbereitung zum Hochverrat zu 6 Monaten Festungshaft und 50 Mark Geldstrafe. Platten und Formen sind unbrauchbar zu machen, die Broschüre wird beschlagnahmt.

Das Land ohne Regierung. Das Präsidium des Thüringischen Landtags beauftragte am Dienstag den volksparteilichen Abgeordneten Bauer, die Verhandlungen über die Regierungsbildung weiter fortzuführen, da Bauer seine Mission noch nicht als endgültig gescheitert betrachtet. Falls bis Anfang nächster Woche eine Verständigung unter den Parteien über eine Regierungsbildung nicht zustande gekommen ist, wird der Landtagspräsident das Plenum zur Stellungnahme einberufen.

Negerfeier.

Von Erich Göttinger.

In den Gäßchen neben dem Boulevard St. Michel, nahe der Seine, stehen die Häuser so eng gegeneinander, daß man meint, die Bewohner müßten über die Straße weg sich von Fenster zu Fenster die Hand reichen können. Sonnenstrahlen dringen nicht zu Tal. Verkehr, die moderne Erfindung der Technik, ist hier noch unbekannt.

In der Rue de l'Hirondelle hat tief unten, sehr versteckt, das Volk da vor vielen Jahren einen Keller ausgetunet, einen Keller für die langen Abende, einen Keller für's Singen, für die Unterhaltung, für den billigen Wein — bis heute hat der nichts von seinem Reiz verloren. Daß Verloine hier verkehrte, Wilde, D'Annunzio, was eine Zeitlang die Fremdenindustrie interessierte, konnte die Kamentosen nicht vertreiben. Es ist gut so. Steinboden, harte und lehnentose Stühle, dicker Armleuchter, alles das ist nichts für Dollarkönige und Pfandsfürsten der Nachkriegszeit.

Im Eingang hängen Bilder, alte, neue, gute, schlechte, Drucke, Aquarelle, Skizzen, fünfzig Jahre Pariser Kitz und Kunst ist hier verammelt. Ausgetretene Stufen führen nach unten, auch hier blühen Kitz und Kunst — was weiß die Grenze zu ziehen? Arbeiter mit mächtiger Stimme und viel Geschwatz singen hier ihre Chansons, und Arbeiter, Arbeiterinnen, ganz keine Angestellte, bisweilen Regier, singen den Refrain stets mit. Wer Cochonnerien vorträgt, bleibt dabei doch lebenswürdig, und nirgends spürt man etwas häßliches, etwa, was es bei uns manchmal, Kriegsgeist oder so. Bleibt einer stehen, was öfters vorkommt, grinst keiner höhnisch im Publikum, verwehrt niemand durch Zwischenrufe. Das „Kabarett der Kamentosen“ der Berliner Jägerstraße wäre in dieser Brutalität in Paris nicht möglich.

Gestern konnte das schwarze Lied, das Negerlied. Dreizehntausend Neger gibt es in Frankreich, fast dreitausend in Paris, tätig in allen Berufen, das Volk liebt sie, loben“ aber starrt ihnen oft noch Räte und Berachtung entgegen, zu schweigen von der Behandlung, die man den „sujets français“ — selten apocriert einer zum „citoyen“ — in den Kolonien oft zuteil werden läßt. Um so enger schlingt sich das herrliche, unsichtbare Band der Brüderlichkeit hier unten im kleinen Keller der kleinen Leute.

Gegen Mitternacht steigt einer der schwarzen Gäste aufs Podium und trägt im Singesprach seines Stammes Vieder vor, bald stimmen leise die anderen Regier ein, Sehnsucht und Heimatliebe tönen durchs Gewölbe. Und einer erzählt in vollendetem Französisch uns Weißen von seines Landes Schönheiten, von der unheimlichen Tiefe des Urwalds, den Menschen dort; schwarzes Joch lastet auf ihnen: Arbeit zu Hungerlöhnen, widerwillig angenommener Zwang auf drei Jahre für die imperialistischen Interessen anderer Militärdienst zu leisten. Der Regier, der in Europa war und dort die Sprache seiner Herren gelernt hat, kann sich wenigstens verteidigen, und oft geschieht es auch mit Erfolg. Ein Fortschritt ist da auch die Schaffung der Zel-

tung „La Boig des Nègres“ des in Paris in der Rue Simphon residierenden „Comité de Défense de la Race Nègre“. Aber schon haben seit dem Krieg drei bis vier Millionen Neger die französischen Kolonien verlassen, und in den anderen Kolonien ist es ähnlich. Da gibt es, um nur ein Beispiel wieder zu erzählen, ein Dorf Nam. Vom Krieg wurden dort zehntausend Einwohner gezählt, jetzt tausendundachtzig. Man schafft Wandervögel, Elendsvögel.

Wohin singt wieder ein Lied durch den Raum. Ein schwarzes Lied? Ein rotes Lied?

„Der Neger in Europa hat ein leichtes Los, verglichen mit dem seiner Brüder in Afrika. Warum sind die Weißen da unten uns so überlegen, weil sie so lügen, wie sie atmen. Sie geben vor, es sei unser Glück, wenn sie uns zur Arbeit zwingen. Es ist nötig, daß wir Geld für sie verdienen, damit sie uns hübsche Dörfer und große Brücken und die eiserne Maschinen bauen können. Wenn die Maschinen erst da wären, hätten wir auch weniger Arbeit. So, wo sind die hübschen Dörfer und die großen Brücken und die eiserne Maschinen? Und wie ist das mit der Arbeit? Wird das nicht schlimmer von Jahr zu Jahr? Und wie bezahlt man uns? Eine Zeitlang gibt man uns für's Rilo Raufschut drei Franken und plötzlich, von einem Tag auf den anderen, nur noch einen Rapa und fünf Bimbos. Wissen Sie, wieviel das ist? Fünfzehn Sous sind das! Grausam langsam töten sie uns.“

Wieder ein Lied. Ein schwarzes Lied? Ein rotes Lied?

„Während des Krieges erlebte ich einmal in Bordeaux die Szene, daß ein Neger von einem Amerikaner Fußtritte bekam. Das Volk ergriff die Partei des Regers, zehn Minuten später lag der Amerikaner in seinem roten Blut auf dem grauen Pflaster. Ähnliches hat sich in Toulon und Marseille abgespielt. Christlich ist solche Justiz nicht zu nennen. Eine Warnung könnte sie sein.“

Wieder ein Lied. Ein schwarzes Lied? Ein rotes Lied?

Um zwei Uhr nichts soll der Keller geschlossen werden. Man zählt und geht. Ehrerbietig verabschieden sich alle vom „Redner des Abends“. Es war der begabte, mit dem Prix Goncourt ausgezeichnete Autor des von Claire Goll ins Deutsche übertragenen schönen Romans „Batalala“, der Negerdichter René Maran, gewesen. Für uns nur ein Dichter. Für seine Brüder mit seiner Feder ein Führer, ein Revolutionär.

Eine Erinnerung an die Erste Internationale im Haag 1872. Vor einiger Zeit feierte im Haag der Rektor der holländischen Journalisten, P. A. Hazman, seinen achtzigsten Geburtstag, zu dem sich seine Kollegen natürlich nicht nur als Gratulanten, sondern auch als — Interviewer einstellten. Einem von diesen erzählte der körperlich und geistig noch vollkommen rüstige Breis außer seinen interessanten redaktionellen Erlebnissen beim „Dagblad van Zuid-Holland“ während des deutsch-französischen Krieges von 1870/1871 auch folgende reizvolle Erinnerung. „Ein ganz besonderes Geschehnis in meiner journalistischen Laufbahn? Ja, die Zusammenkunft der Ersten Internationale im Haag im Jahre 1872, mo ich Karl Marx in höchstgelegener Person mit seinem historischen Bart sah. Was für eine Bewegung brachte das Zusammentreffen all

dieser... petroleurs und Petrokufen aus Paris, wie sie mein Chefredakteur, der damals weithin bekannte Jaal Lion, sie im „Dagblad“ nannte, in das ganze Land! Von allen Seiten fiel man über den Justizminister wegen der Tatsache her, daß er hier die „Communards“ zugelassen habe! Die Redaktion hatte eine Einladung zu dem Kongreß erhalten, adressiert an den — „Bürger-Redakteur“ des „Dagblad“. Aus fast allen Ländern waren Gehelmagenten gekommen, um die hier Verammelten zu beaufsichtigen, und als der Kongreß nach drei Tagen beendet war, drang das „Dagblad“ bei der Gemeindevorwaltung darauf, die Stadt sofort zu — desinifizieren!“

Die Zeiten ändern sich, mit ihnen auch die Einsicht der Menschen. Und heute lächelt der ehemalige, damals auch abweisende Rektor der holländischen Journalisten über den einstigen Kinderfurcher der Internationale, die heute eine Macht geworden ist.

Unser neuer Roman. Fritz Red. Malcezewen ist unter den deutschen Romanchriftstellern ein Name von weitem und gutem Klang. Elegante und gediegene Form, stoffliche Reize, psychologische Tiefe und Feinheit, und — nicht zuletzt — die lebendige und spannende Art des Vortrags zeichnen seine Werke aus. In der neuen Arbeit, deren Veröffentlichung wir heute beginnen, treten diese Vorzüge besonders glänzend zutage. Wir verfolgen die Schicksale der schuldigungsunwürdigen Romanheldin durch zwei Erdteile, lernen in packender Milieuschilderung Leute und Zustände in der Heimat und in der Fremde kennen, die der Reizzahl von uns Neuland bedeuten, erweitern unsere Menschenkenntnis und unser Wissen um das Leben und Treiben der großen internationalen Welt des Reichtums, des Glanzes und des Verbrechens. Und diese wertvolle Bereicherung unseres Jchs geschieht mühelos im Lauf einer leichteren und doch gehaltvollen, hierarchisch vollwertigen und doch amüsanten Erzählung.

Ein Handel-Festspielhaus in Bergedorf. In Bergedorf bei Hamburg soll nach dem Muster von Bayreuth ein Festspielhaus zur Auf-führung Handelcher Dramen und Opern errichtet werden. Bergedorf ist als Wirkungsstätte des berühmten Handbearbeiters Friedrich Chrylander, als Geburtsort des Zeitgenossen Handels, Adolf Hasse, und als Sitz der Hasse-Gesellschaft für einen solchen Plan besonders prädestiniert. Der Ausschuss, der den Plan trägt, hofft die noch fehlenden 800 000 M. durch Spenden von Kunstfreunden und durch Veranstaltungen aufzubringen.

Die Verleihung des staatlichen Beethovenspreises. Der Präsident der preussischen Akademie der Künste, Max Liebermann, teilt mit: „Wie bereits bekanntgegeben, hat die preussische Staatsregierung anlässlich des 100. Todestages Ludwig van Beethovens einen Beethovenpreis geschaffen, der von der preussischen Akademie der Künste jährlich an hervorragenden begabte, freisame jüngere oder anerkannte ältere Tonsetzer, die die deutsche Reichsangehörigkeit haben, verliehen wird. Auf Vorschlag des Kuratoriums des Beethovenpreises ist der Preis von der Akademie der Künste bei der erstmaligen Verleihung zu gleichen Teilen mit je 5000 Mark dem Komponisten Dr. Gerhard v. Kußler in Hamburg und Kurt Thomas in Leipzig zugesprochen worden.“

Europäische Unamos. Der spanische Dichter Miguel de Unamuno wird im April eine Vortragstournee durch Deutschland und die Schweiz unternehmen. Dieser sind Vortragsabende in Bern, Zürich, Freiburg (Schweiz), Karlsruhe, München, Frankfurt und Berlin vorgesehen.

Der blamierte Reudell.

Professor Anschütz weist ihm Unkenntnis nach.

Der Kappist und gegenwärtige Reichsinnenminister Reudell, dessen Unzulänglichkeit von Tag zu Tag klarer in Erscheinung tritt, hatte im Reichstag von der „Souveränität der Länder“ gesprochen und schließlich zu seiner Verteidigung sich auf den Verfassungskommentar des Staatsrechtslehrers Anschütz in Heidelberg berufen.

Dafür erteilt ihm jetzt Professor Anschütz in der „Frankfurter Zeitung“ diese gepfefferte Abfuhr:

„Der Herr Reichsminister des Innern hat in seiner Reichstagsrede vom 17. d. M. für gut befunden, den deutschen Ländern „Souveränität“ zuzusprechen. Wenngleich nun diese Behauptung unzulänglich als das hingestellt wurde, was sie ist, nämlich als kompletter Unsinn, so möchte ich es doch nicht unterlassen, in der Sache auch meinerseits kurz das Wort zu ergreifen, weil der Herr Minister in einer zweiten Rede, zu meinem nicht geringen Erstaunen, sich auf mich als Gewährsmann berufen hat. Ich soll ein Befürworter der „Souveränität der Länder“ sein? Da ist dem Herrn Minister ein Malheur passiert, wie es Leuten leicht zu begegnen pflegt, die Aussagen in unbekannte Gebiete unternehmen: er ist auf einen Holzweg geraten. Daß ich die deutschen Länder niemals für souverän gehalten hätte, ist unrichtig. Richtig ist vielmehr, daß ich schon unter dem Kaiserreich gelehrt habe:

„Die Staaten im Bundesstaate — also auch die Einzelstaaten des Deutschen Reichs — sind nicht souverän. Sie sind der Bundesgewalt als einer über ihnen stehenden Gewalt unterworfen.“ (G. Meiner-Anschütz, Staatsrecht, S. 53.)

Dieser Satz drückt nicht meine subjektive Meinung, sondern die bereits damals absolut herrschende Ansicht der Wissenschaft aus. Und in meinem Kommentar zur jetzigen Reichsverfassung steht klipp und klar:

„Daß von legendem Souveränität der Länder heute noch viel weniger die Rede sein kann als früher, ist selbstverständlich und in der Wissenschaft unbestritten.“ (S. 39 der neuesten Auflage.)

Natürlich verläßt ich dem Herrn Minister nicht im mindesten, daß er meine Schriften nicht gelesen hat (er dürfte freilich, wenn er sie nicht gelesen hat, auch nicht über sie reden); — bedauerlich ist aber, daß der für das Verfassungsrecht des Reichs zuständige und also doch wohl zur Kenntnis dieses Rechts verpflichtete Ressortminister eine Behauptung wie die in Rede stehende überhaupt hat aufstellen können. Weiß der Herr Minister nicht, was Souveränität bedeutet? Daß man darunter die rechtliche Unabhängigkeit eines Gemeinwesens von höheren Mächten versteht? Will er im Ernst behaupten, daß die deutschen Länder — mag man ihnen aus Gründen, die nicht hierhergehören, Staatlichkeit (auf bayerisch: „Eigenstaatlichkeit“) zuschreiben oder nicht — in diesem Sinne unabhängig sind? Diese Länder, die weder ein Recht auf eigene auswärtige Politik, noch Militärlieferungen, noch eine nennenswerte eigene Finanzhoheit mehr besitzen, die in der Gestaltung ihrer Verfassung durch das Reichsrecht aufs engste beschränkt sind — diese Länder, die nicht einmal ein unentziehbares Daseinsrecht haben, indem jedes von ihnen jederzeit ohne und wider seinen Willen gemäß Art. 18 Reichsverfassung durch Reichsrecht aufgelöst werden kann? Das soll „Souveränität“ sein? Man sieht: der Herr Verfassungsminister hat sich arg verlaufen. Über die Schuld liegt nicht bei mir.“

Anno 1920 wußte der Vondrat von Reudell zu Königsberg (Neumark) nicht zwischen seinen Aufgaben zu unterscheiden. Er stellte sich deshalb den Hochverrätern zur Verfügung und ließ seinen Beamteneid im Stich. Jetzt hat er sich zum Verfassungsminister des Reichs machen lassen und schon verheißt er sich wieder in bössartiger Weise. Dieser deutschnationale Reichsinnenminister ist eine Katastrophe.

Die Biersteuer wird erhöht.

Aber die Zugusgetränke werden steuerfrei.

Im Steueranschuh des Reichstags legten am Dienstag die Regierungsparteien einen neuen Antrag zur Besteuerung der Getränke vor. Bisher war geplant, die gemeindlichen Getränkesteuern vom 1. April 1927 ab vollständig fortfallen zu lassen und den steuerpflichtigen Gemeinden als Ausgleich für den Ausfall im Jahre 1927 20 Millionen und im Jahre 1928 10 Millionen Mark aus der Reichskasse als Zuschuß zu zahlen. Diese Ansicht ist vollständig fallen gelassen worden. Statt dessen will der neue Antrag der Regierungsparteien den Gemeinden das Recht geben, mit Genehmigung der Landesregierung

Steuern auf den örtlichen Verbrauch von Bier

zu erheben. Die Genehmigung darf nur erteilt werden, wenn festgestellt ist, daß die Neueinführung oder Erhöhung der Biersteuer durch entsprechende Steuerentlastungen auf anderen Gebieten, insbesondere auf dem Gebiet der Grund- und Gebäudesteuern und Gewerbesteuern ausgeglichen wird. Die Steuern dürfen nur vom Hersteller des Bieres oder demjenigen erhoben werden, der Bier in die Gemeinde einführt. Sie dürfen 7 Proz. des Herstellerpreises nicht übersteigen.

Zur Begründung dieses Antrages wies Staatssekretär Dr. Wapf darauf hin, daß durch den Zuschuß des Reiches als Ersatz für den Ausfall der Gemeindegetränksteuer die Finanzlage des Reiches weiter verschlechtert werde. Da auch die Verschleuderartigkeit in der gemeindlichen Besteuerung der Getränke unerträglich sei, müsse man den Ausweg in der Rückkehr zur Vergangenenheit erblicken. Die Gemeindegetränksteuer, die die älteste Gemeindesteuer ist, habe sich sehr bewährt. Der sozialdemokratische Redner, Genosse Simon Schwab, bezeichnete den Antrag der Regierungsparteien als unannehmbar. Wollte man schon die Gemeindegetränksteuer beseitigen, dann müsse das vollständig geschehen und man müßte den Gemeinden vollen Ersatz aus der Reichskasse gewähren. Die Gemeindesteuer auf Sek., Wein und Branntwein aber aufzuheben, sie dagegen für Bier zu erhalten und überall einzuführen, sei der Gipfel einer unglücklichen Steuerpolitik. In der Tat wandle man jetzt mit der Begünstigung der Zugusgetränke und der schärfsten Besteuerung der Getränke des kleinen Mannes in den Bahnen des alten kaiserlichen Deutschlands.

Die großen Regierungsparteien — Deutschnationale, Zentrum und Deutsche Volkspartei — hüllten sich in Schweigen. Abg. Dr. Pfeiffer (Bayer. Sp.) begrüßte den Antrag. Abg. Rolke (Wirtschaftspartei) behält sich die Stellungnahme vor. Abg. Dr. Fischer (Dem.) lehnt ebenfalls den neuen Antrag der Regierungsparteien ab. Der Antrag wird unverändert angenommen.

Auch bei einem Antrag auf andere Gestaltung der Verteilungsschlüssel für die Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer nahen die Regierungsparteien ihre zahlenmäßige Überlegenheit rücksichtslos aus. Sie stimmen einem Antrag auf Vertagung der Abstimmung bis nach der Vorlage einer schriftlichen Begründung nieder. Durch ihren eigenen Antrag, der zur Annahme gelangte, wird der den Industrie Gemeinden ungunstige Verteilungsschlüssel des Jahres 1925 auf mehrere Jahre verlängert und werden neue Grundzüge für die Verteilung des Steuerertrages auf Siegemeinden und Betriebsgemeinden festgelegt.

Der Mordanschlag am Nauheimer See

Feme-Prozess in Gießen.

Gießen, 22. März. (Eigener Drahtbericht.) Wie wir bereits in unserem gestrigen Abendblatt meldeten, begann in Gießen vor dem Landgericht der eigenartigste der bisherigen Femeprozesse. Oberleutnant Wagner, das Opfer des Anschlags der Schwing, Salomon und Heinz, kam mit dem Leben davon, machte aber alle Qualen des Gerichtes durch, der trotz des Ertränkungsversuchs, trotz Prügelei und Schußwunden sich doch noch zu retten vermochte. Die Art, wie der Mordversuch vorbereitet und ausgeführt wurde, wirft grelle Schlaglichter auf die in anderen Femeordprozessen behandelten Fälle, wo die Opfer nicht mehr auszulagen vermochten. Der Fall Wilms wird — das zeigen alle Anzeichen — sich nach dem gleichen System abgepielt haben. Im System und in seiner nachträglichen Vertuschung steckt Methode.

Was sich am ersten Verhandlungstag bei der Vernehmung der Angeklagten abspielt, bietet das altbekannte Bild aus den Femeordprozessen: Verachtete Existenzen, degenerierte Jünglinge, die ihr Lotter- und Saufleben hinter patriotischen Phrasen verborgen wollen und jahrelang ihre Existenz durch ein rohes Landvolkswirtschaftsleben gefristet und mit der nationalen Befassung ein gutes Geschäft gemacht haben. Vor Gericht drücken sie sich feig um die Tat herum, wenn es gilt, für das angebliche vaterländische Heldentum zu zeugen. Sie stellen sich dumm und können sich im entscheidenden Moment auf nichts besinnen; Nervenzusammenbrüche und Weinen ist das Normal dieser Befreier Deutschlands. Belastende Aussagen in der Voruntersuchung werden widerrufen, und wo kein Zweifel an der Schuld mehr möglich ist, wird der blinde Vorgesetzter gehorsam hervorgeholt und mit zusammengeschlagenen Hacken demonstriert. Niemals ist das ehemalige aktive Offizierskorps so beleidigt worden als durch solche Buben, die behaupten, ein Vorgesetzter brauche nur einen Word zu befehlen, und der Untergebene müsse gehorchen, ihn auszuführen.

Was war die Tat der drei? Aus der Verhandlung geht folgendes hervor: Tillessen und Wagner sowie die Rathenau-Mörder Kern und Fischer hatten den aus den Reichsgerichtsprozessen bekannten Oberleutnant zur See Dittmar aus dem Gefängnis befreit. Zwar war um jene Zeit der Erzberger-Word getan. Scheidemann und Rathenau standen aber jetzt als Nächste auf der Liste. Wagner war nicht mehr ganz sicher. Er versuchte, wie die Angeklagten behaupten, aus seiner Mittäterschaft ein Geschäft zu machen und Geld zu erpressen. Vielleicht drohte er auch, irgend einen Plan zu verraten.

Deshalb mußte Wagner „unschädlich“ gemacht werden.

Allerdings sagte man vor Gericht, er habe im Dienste eines französischen Spionagebüros gestanden. Eines Tages geht Tillessen auf Urlaub mit der Bemerkung: „Daß mir ja keine Schweinereien vorkommen.“ Prompt stellen sich aber nach dem

Weggange von Tillessen diese Schweinereien ein. Zunächst hört man aus der Vernehmung der Angeklagten von Aufgeboten in Bordells und Bars in Frankfurt a. M. Wagner ist jedoch nicht aus der Stadt zu locken. Darauf begibt man sich einige Tage später nach Bad Nauheim, wo der Angeklagte Schwing Chauffeur in einer Bar ist und außerdem Vorsitzender der Ortsgruppe der nationalgesinnten Soldaten. Kern, Salomon und Schwing erkunden am Nachmittag des 4. März das Gelände. Am Abend treffen die vier zusammen. Gegen 10 Uhr wird ein Spaziergang gemacht.

Schwing schleppt dabei angeblich auf Befehl Kerns einen 15 Pfund schweren Stein mit.

Plötzlich wird Wagner in der Nähe des vorher erkundeten großen Teiches angefallen. Wagner wehrt sich. Einer gegen dreierhalb ist Wagner halb tot geschlagen, der schwere Stein wird ihm unter die Kleider gesteckt, und dann wird der Halbtote an den Reimen gepackt und in den See geworfen. Als er wieder auflaucht, werden ihm noch

drei Schüsse in den Körper gejagt.

Die Täter entfliehen. Wagner wird auf seine Hüterseite vom Ertrinken gerettet und in ein Krankenhaus gebracht. Hier verweigert er jede Auskunft, gibt einen falschen Namen an und einige Tage später wird für seine Behandlung von einer unbekannten Frau ein namhafter Geldbetrag abgegeben. Nach seiner Entlassung ist Wagner vier Jahre verschollen und nur ein Zufall bringt die Sache ans Licht.

Das ist der nackte Tatbestand. Aus der Vernehmung des in Justizhausleitung vorgeführten Salomon ist folgendes Frage- und Antwortspiel zwischen ihm und dem Staatsanwalt bemerkenswert: „Sie sollen sich einmal über Kern beschwert haben?“ Salomon: „Jawohl, weil mich Kern immer geäulst hat und über seine Pläne im Unklaren ließ und

weil ich auch damals schon wußte, daß Kern den Rathenau ermorden wollte.“

Schon aus dieser Äußerung ergibt sich klar, daß dieser Prozess, soweit es nicht schon vorhanden ist, Licht bringen könnte in die Ermordung von Erzberger und Rathenau sowie über das Attentat auf Scheidemann, und wie weit Herr Henning als Vorsitzender der nationalgesinnten Soldaten von diesen Dingen wußte. Es erhebt sich die große Frage: Wer hat diesen Deuten jahrelang das Geld gegeben? Vielleicht ist es der am Mittwoch zu vernehmende Zeuge Wagner, der die Schleier darüber lüften wird. Er könnte es bestimmen, aber man weiß ja nie, wie weit die Dinge im voraus hinter der Szene sehr gut ausprobiert sind.

Für Kriegsbeschädigte ist kein Geld da.

Der Bürgerblut vertritt die Kriegsoffer.

Im Vorjahre hatte der Reichstag nahezu einstimmig eine Entschädigung angenommen, die von der Regierung verlangt, spätestens im Haushalt für 1927 weitere Mittel zur Verbesserung der unzulänglichen Versorgung der Kriegsoffer zur Verfügung zu stellen. Da die Regierung bei der Aufstellung des Haushaltsplanes diese Entschädigung völlig unbeachtet ließ, beantragte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, 150 Millionen Mark neu für die Zwecke der Kriegsoffer in den Etat einzustellen. Dieser Antrag wurde dem 17. Ausschuß des Reichstags überwiesen, der sich, nachdem sowohl die Regierung als auch die Regierungsparteien wochenlang Verschleppungsversuche gemacht hatten, am Dienstag endlich mit der Frage beschäftigte.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler erklärte, daß die Regierung grundsätzlich an der organischen Verbindung der Kriegsoffer mit der Befoldungsregelung für die Beamten festhalte. Die Neuregelung der Beamtenbezüge habe die Regierung als eine Staatsnotwendigkeit erklärt, und sobald die wirtschaftliche Lage es gestatte, werde sie entsprechend vorgehen. Im Zusammenhang damit würde dann auch eine Verbesserung der Bezüge der Kriegsoffer eintreten. Einen genauen Zeitpunkt für die Verwirklichung der Vorläufe der Regierung könne er allerdings nicht angeben. Die Regierung hoffe, noch im Laufe dieses Jahres dem Hause eine Vorlage unterbreiten zu können. Er lege Wert auf die Zusage, daß es sich bei seinen Ausführungen nicht um einen sogenannten Kanjleitritt handle, der Regierung sei es vielmehr ernst mit ihren Absichten.

Abgeordneter Hoffmann (SPD.) bezeichnete die Erklärung des Finanzministers als eine

glatte Abweisung der berechtigten und auch vom Reichstag anerkannten Wünsche der Kriegsoffer.

Noch von keinem Finanzminister der vergangenen Regierungen sei den Kriegsoffizieren so wenig geboten worden wie von dem Finanzminister des Bürgerblutes. Das beweise, was die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen von dieser Regierung zu erwarten hätten.

Der Reichsfinanzminister verwahrte sich dagegen, daß er eine glatte Abweisung beabsichtige; die Regierung habe vielmehr die ernste Absicht, diese schwierige Frage noch im Laufe dieses Jahres zu lösen. Es sei jedoch ganz unmöglich, die erforderlichen Beträge in dem laufenden Reichshaushalt unterzubringen, der jetzt nachträglich allein infolge der verzögerten Verabschiedung des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung mit einer unvorhergesehenen Ausgabe von etwa 250 Millionen Mark belastet werde.

Während die Regierungsparteien den Versuch machten, die Worte des Reichsfinanzministers möglichst günstig für die Versorgungsberechtigten auszulagen, erklärte der Abg. Basselt (SPD.), daß diese merkwürdige Eierbrotigkeit des Reichsfinanzministers die heilste Empörung auslösen würde. Die Debatte geht am Mittwoch weiter.

Der Kredit für Röttewitz.

Die Vernehmungen im Barmat-Prozess.

Im Barmatprozess erfolgte gestern die Vernehmung des Zeugen Schäfer-Bonn, die sich zeitweise durch die nervösen Broten des Angeklagten ziemlich erregt gestaltete. Der Zeuge schilderte, wie Lange-Hegermann, den er von einem Holzgeschäft her kannte, an ihn mit dem Anliegen herangetreten sei, der Familie Burtischer durch die Erwerbung ihrer Papiere einen Dienst zu erweisen. Der Minister Dr. Hoeft stellte zu diesem Zwecke unter der persönlichen Bürgschaft Lange-Hegermanns zwei Millionen Mark zur Verfügung.

Davon, daß dieses Geld für das befehete Gebiet verwendet werden sollte, sei keine Rede gewesen.

Dem Zeugen sei es bald klar gewesen, daß das Unternehmen zu gigantisch sei und er ohne Beteiligung des Generaldirektors Schmidt und Lange-Hegermanns mit ihm nicht fertig werden würde. Es sei deshalb beschlossen worden, daß jeder von den Dreien sich mit

einem Drittel beteiligen solle. Als sich die Lastenschuld als viel höher erwies, als es angenommen worden war, da beschloß er aus der Sache herauszugehen. Er fuhr nach Bonn und stellte von dort aus die 70 Prozent seiner Beteiligung dem Lange-Hegermann zur Verfügung.

Lange-Hegermann bestritt mit aller Entschiedenheit, daß nach seiner Beteiligung von vornherein die Rede gewesen sei. Er will dem Zeugen gesagt haben, daß es sich für ihn nur um eine Gefälligkeit der Familie Burtischer gegenüber handele. Der Staatsanwalt hält aber dem Angeklagten seine eigene Erklärung entgegen, laut der er sich bereit erklärt hatte, daß eine Option für ihn ausgestellt werde, er habe verlangt, daß die Anstellung bis zum April 1925 erfolge, und zwar daß bis dahin alles mit der Familie Burtischer in Ordnung gebracht werde. Diese Option ist natürlich nicht gemacht worden.

Der Vorstehende interessiert sich, ob darüber, daß die Kredite von der Post gegeben worden waren, Schweigen gebietet wurde. Der Zeuge erklärt, daß dies allgemein bekannt gemeldet sei, daß er das selbst den Beamten der Fabrik gesagt habe und daß auch der junge Burtischer ihn gefragt habe, ob das Geld bald überwiesen werden würde.

Mit dem Zeugen Schäfer wurde dann noch die Deckungsfrage besprochen, wobei er angab, daß er als Ausfallbürgschaft eine Hypothek von 3 Millionen eingetragen habe. R.-A. Thernal: „Ist es richtig, daß Lange-Hegermann nur eingeschaltet wurde, weil Barmat es verlangte?“ Barmat: „Das weiß ich nicht mehr. Lange-Hegermann wies dann noch darauf hin, daß er den Kaufmann Schäfer für sehr reich gehalten habe und ihn nach Auskünften auf 7 bis 10 Millionen Mark schätzte, was der Zeuge jedoch als übertrieben bezeichnete. Jedenfalls hätte er, Schäfer, bei dem Geschäft sein ganzes Vermögen verlieren können, wenn er auch geglaubt habe, daß er als Ausfallbürgschaft nur für die 1½ Millionen mit einem Teil hätte gerodet sein müssen.“

Als nächste Zeugin wurde dann die Privatsekretärin des verstorbenen Ministers Hoeft gehört, die von ihrem Amt der Verschwiegenheit entbunden worden war. Soweit sie sich entsinnen könne, sei der Brief an den Staatssekretär Schäfer vom Minister Hoeft diktiert worden. Sie habe zwar manche Briefe auch nach Stichworten geschrieben, aber nicht solche von so weittragender Bedeutung wie der fragliche.

Bei der nun folgenden Vernehmung des Direktors Schäfer von der Merkurbank kam zur Sprache, daß sich bei den Akten der Merkurbank eine Notiz über Verhandlungen wegen des Kredits in der fraglichen Zeit befindet, aus der hervorgeht, daß als Verwendungsort für die Kredite die Papierfabrik Röttewitz angegeben worden ist. R.-A. Thernal wies darauf hin, daß dadurch also die Behauptung Barmats, daß bei den Verhandlungen nie von Röttewitz geredet worden sei, widerlegt werde. Barmat: „Halten Sie das aufrecht, was Sie gesagt haben, Herr Barmat?“ Barmat: „Das kann nicht anders gemeint sein.“

Dem nächsten Zeugen, Direktor Vichtenstein von der Merkurbank, legte Dr. Thernal die Frage vor, woher er den Prälaten Schreiber kenne. Zeuge: „Von der Kammerz- und Privatbank, wo Herr Prälat Schreiber Kunde war.“ R.-A. Thernal: „War er ein besonders interessierter Bankkunde? Wir können nämlich nicht die Ansicht verhehlen, daß die lediglich seelsorgerische Tätigkeit dem Herrn Prälaten noch recht viel Zeit zur geschäftlichen Gewandtheit übrig ließ.“ Zeuge: „Ich habe mit Prälat Schreiber sehr oft wirtschaftliche Gespräche geführt. Seelsorgegeschäft hat er sich bei mir nicht betätigt.“ (Allgemeine Heiterkeit.) Die Verhandlung wurde dann auf Donnerstag vertagt, und zwar wird zunächst der jetzige Reichspostminister Dr. Schäfer sowie Präsident Schröder und andere Beamte der Staatsbank als Zeugen gehört werden.

Eine Abfuhr für die lächlichen Reaktionäre. Im Sächsischen Landtag wurde ein deutschnationaler Antrag auf Aufhebung der proletarischen Feiertage am 1. Mai und 9. November mit den Stimmen der Kommunisten, der sozialdemokratischen Abgeordneten und der Abgeordneten der alten Sozialdemokratie gegen die bürgerlichen Stimmen abgelehnt. Die beiden Nationalsozialisten waren bei der Abstimmung nicht im Saal anwesend.

Das Arbeitszeitnotgesetz eine Mißgeburt?

Der naheliegenden Befürchtung, daß das Arbeitszeitnotgesetz, das die Regierung nunmehr dem Reichsrat zuleiten will, sich als eine Mißgeburt erweisen wird, gibt „Der Deutsche“ bedingten Ausdruck. Die gestrige Kabinettsitzung befaßte sich mit dieser Angelegenheit.

„Es hat den Anschein, als ob die Arbeitszeitfrage, soweit sie das Arbeitszeitnotgesetz betrifft, in das entscheidende Stadium eingetreten ist“ — schreibt „Der Deutsche“.

Er berichtet, daß die Regierung in einer Besprechung mit den Parteiführern am gestrigen Nachmittag ihren Entwurf mit den Verbesserungen vorlegen wollte, die sie auf Grund der bisherigen interfraktionellen Verhandlungen für notwendig und tragbar halte und — wie auch das Ergebnis der Parteiführerkonferenz sein werde — den veränderten Entwurf sofort an den Reichsrat gelangen lasse.

„Man kann mit Recht gespannt sein, wie das Produkt dieser langwierigen und für manche Teile auch sicher schmerzlichen Geburtswehen aussehen wird. Sollte es eine Mißgeburt werden, so werden die Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Reichstage das Wort haben. Mit sozialen Programmen allein ist der Arbeitnehmerschaft nicht gedient.“

Der Meinung sind wir natürlich schon längst und auch die Vertreter der freigewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerschaft im Reichstage werden zu dem Regierungsentwurf recht deutlich sagen, was dazu zu sagen ist. Bedauerlich bleibt, daß die Einheitsfront der drei Gewerkschaftsrichtungen in diesem Punkte von den Christlichen verlassen wurde. Wollte die Regierung ein wirkliches Arbeitszeitnotgesetz schaffen, dann müßte sie den Forderungen der Gewerkschaften stattgeben und den ganzen Ueberstundenwirtschaf ein Ende machen.

Ein Kompromiß zustande gekommen.

III. meldet: Der interfraktionelle Ausschuß der Regierungsparteien des Reichstags verhandelte gestern abend unter Beteiligung des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns und der Fraktionsführer Graf Bestarp (Dnat.) und Dr. Scholz (D. Sp.) nochmals über das Arbeitszeitnotgesetz, mit dem Erfolg, daß eine Kompromißbildung gefunden wurde. Ueber die Einzelheiten wird noch Stillschweigen bewahrt. Eine Unterkommission wird in den nächsten Tagen die Formulierung fertigstellen.

Nach einer RD-Meldung soll den Fraktionen Gelegenheit gegeben werden, zu dem neuen Kompromißvorschlag Stellung zu nehmen. Dieser Kompromißvorschlag soll nicht mehr daran festhalten, daß die Ueberstunden mit einem Lohnzuschlag von 25 Proz. bezahlt werden müssen, ein Satz, gegen den bekanntlich von Wirtschaftskreisen die schwersten Bedenken geäußert worden waren. Wenn die Vorlage im Reichstag zur Beratung gelangen wird, läßt sich zur Zeit noch nicht übersehen.

Graf Bestarp, Dr. Scholz und Arbeitszeitnotgesetz, was anderes als eine Mißgeburt kann dabei herauskommen!

Tarifkonflikt in den Gas- und Wasserwerken-AG.

Die seit Monaten geführten Verhandlungen über den Neuabschluss eines Manteltarifvertrages für die städtischen Gas- und Wasserwerke in Berlin sind endgültig gescheitert.

Die Verhandlungen wurden abgebrochen, weil die Direktionen der Werke unter keinen Umständen bereit waren, trotz des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung, die wöchentliche 48stündige Arbeitszeit für die Schichtarbeiter im Manteltarifvertrag zu verankern.

Die Arbeitnehmer waren bereit, zuzugestehen, daß, wenn wichtige technische oder wirtschaftliche Verhältnisse es erfordern, auch über 48 Stunden hinaus Arbeit geleistet werden soll. Die Direktionen lehnten dieses Entgegenkommen ab. Sie haben sich damit in scharfen Gegensatz zu den Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung gestellt.

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter hat den Schlichtungsausschuß Groß-Berlin angerufen.

Die Berliner Buchdrucker nehmen den Manteltarif an

Die Urabstimmung über den vor kurzem abgeschlossenen Manteltarif für das Buchdruckergewerbe hatte in Berlin folgendes Ergebnis: Insgesamt wurden 10 415 Stimmen abgegeben, davon 6737 Stimmen für und 3628 Stimmen gegen Annahme des Tarifs. Ungültig waren 50 Stimmen. Damit ist der Manteltarif in Berlin mit knapper Zweidrittelmehrheit angenommen. Das Resultat über die Abstimmung aus dem ganzen Reiche kann erst Ende des Monats bekanntgegeben werden.

WGB. und sein Hausverein.

Tarif nur mit dem Verein der Angestellten.

Bekanntlich hat die Continental-Telegraphen-Compagnie, Wolffs Telegraphisches Bureau A.-G., Berlin, dem ZbA. als einzigen Tarifkontrahenten den Tarifvertrag zum 31. März 1927 gekündigt. Der Einladung des ZbA. zu Verhandlungen zwecks Abschluß eines neuen Tarifvertrages hat die Direktion nicht Folge geleistet. Anlässlich des Termins vor dem Schlichtungsausschuß Groß-Berlin am 17. März, welcher eine klare Entscheidung herbeiführen sollte, ob die Direktion gewillt ist, mit den Gewerkschaften in Verhandlungen zu treten, erklärte sie, daß sie nur mit dem Verein der Angestellten des WGB. in ein Vertragsverhältnis treten will. Ein Spruch wurde, da es sich zunächst um keine Verhandlungen materieller Art handelte, nicht gefällt.

Der ZbA. hat bereits die Anberaumung eines zweiten Termins vor dem Schlichtungsausschuß veranlaßt. Gleichzeitig werden die materiellen Forderungen eingereicht werden. Der Schlichter muß der Direktion des WGB. auch beweisen, daß ein Unternehmen, welches im innigsten Konnex zum Reich steht, bei Tarifverhandlungen die anerkannten Gewerkschaften über den Kopf seiner Angestellten nicht so ohne weiteres

übergehen kann. Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf, über das gewerkschafts- und tariffeindliche Verhalten und die Selbstenzüchtung des WGB. die Wahrheit zu erfahren.

Heute Abstimmung der Hamburger Werftarbeiter.

Hamburg, 22. März. (Ill.) In der im Gewerkschaftshaus abgehaltenen Versammlung der Vertrauensleute der organisierten auf den Schiffswerften beschäftigten Arbeiter wurde beschlossen, den Arbeitern zu empfehlen, in der am Mittwoch stattfindenden Urabstimmung den vom Hamburger Schlichter Dr. Stenzel gefällten Schiedspruch abzulehnen. Als Gründe für diesen Beschluß wurde hauptsächlich die lange Bindung des neuen Lohnvertrages auf ein Jahr bis zum 1. April 1928 und die nicht genügende Lohnserhöhung bezeichnend.

Ausperrung in der Frankfurter Metallindustrie?

Frankfurt a. M., 22. März. (Ill.) Ungefähr 10 000 Metallarbeiter haben wegen des ihnen unzulänglich erscheinenden Schiedspruches, den der Schlichter für die Frankfurter Metallindustrie gefällig hat, das Arbeitsverhältnis gekündigt. Es verlautet, daß die Metallindustriellen als Gegenmaßnahme die Aussperrung der gesamten Metallarbeiter von Frankfurt erwägen. Die Kündigung erfolgte gemeinsam mit dem Deutschen Metallarbeiterverband und dem Christlichen Metallarbeiterverband. Der Reichsarbeitsminister hat über die von den Arbeitgebern beantragte Verbindlichkeit des fraglichen Schiedspruches Verhandlungen am 24. März in Berlin festgelegt.

König, SPD, Bau- und Selbstschlichter! Am Freitag, 23. März, 7 1/2 Uhr, im Lokal Schulz, Stallschreiberstr. 23, wichtige Versammlung aller Parteigenossen. Jeder muß erscheinen. Der Fraktionsvorstand.

Freie Gewerkschaftsjugend. Heute, Mittwoch, 7 1/2 Uhr, tagen die Gruppen: Reutlin: 1. Gruppenheim Jugendheim Bergr. 29. Hof. Vortrag: „Die Gewerkschaftsbewegung in den Ostprovinzen“. — Schöneberg: Gruppenheim Bezirksjugendheim Städtische Schwimmhalle Bergr. 64. Freitag-Beleg-Abend. — Charlottenburg: Wir besuchen die Gruppe Schöneberg. — Köpenick: Gruppenheim Jugendheim Eberswalder Str. 16, Zimmer 12. Vortrag: „Aus den Revolutionstagen von 1848“. — Baumhainweg: Jugendheim Baumhainweg, Grenzstr. 16. Vortrag: „Die Kulturbeziehungen der Gewerkschaften“. — Weißensee: Jugendheim Poststr. 26. Niederabend. — Kollnubierweg: Jugendheim Kollnubierweg, Poststr. 197 (8 Uhr). Programm: 1. Kultur. 2. Technik. 3. Unterhaltungsfilme.

Jugendgruppe des ZbA. Heute, Mittwoch, 7 1/2 Uhr: Reutlin: Jugendheim Kogalitz. 23. Schwabacher Abend (Eugen Ernst). — Schöneberg: Jugendheim Kogalitz. 23. Schwabacher Abend (Eugen Ernst). — Köpenick: Jugendheim Köpenick, Köpenicker Str. 1. Vortrag über Jugendbewegung. — Döberitz: Jugendheim Schulz Köpenicker Str. 18. Vortrag: „Kultur“. — Charlottenburg: Jugendheim Köpenicker Str. 4. Spielabend (Brettspiele mitbringen).

Stimmen! Wir weisen hierdurch auf folgende Besetzungsversammlungen hin: Heute, Mittwoch, tagen die Bezirke 8, 26 und 40; morgen, Donnerstag, die Bezirke 20, 28 und 29 und am Freitag, 23. März, die Bezirke 1, 10, 15, 17, 18 und 24. Alle Kameraden müssen pünktlich erscheinen.

Verantwortlich für Politik: Victor Schill; Wirtschaft: G. Ringelbiller; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Salzer; Revolution: Dr. John Schimanski; Sozial: und Confessions: Reich Kartheis; Anzeigen: Ed. Glode; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2. Hierzu 3 Beilagen aus „Unterhaltung und Wissen“.

WERTHEIM

EXTRA-PREISE

Leipziger Str. (Versand-Abt.) Königstr. Rosenthaler Str. Moritzplatz

Mittwoch bis Sonnabend Sowie Vorrat

Wirtschafts-Artikel

- Emalle**
- Schmortöpfe grau und farbig 60 Pf. bis 210
 - Kasserollen ohne Ring, grau u. farb. 40 bis 95 Pf.
 - Wasserkessel grau und farbig 145 bis 310
 - Kaffeeflaschen mit Patentverschluss 55 Pf. bis 110
 - Wasserkonsole mit Maß weiß 85 Pf.
 - Waschgarnituren 8 fig., mod. Porzellanform u. Dekore 10 75
 - Waschtöpfe ohne Ring, verzinkt, mit Sieb und Deckel 2 65 bis 4 75
 - Schmortöpfe Gußeisen, innen weiß 1 65 bis 3 15
 - Wassereimer 85 Pf. 1 25
 - Runde Wannen 80 Pf. b. 1 25
 - Wannen oval, grau 2 65 bis 3 85

- Stahlwaren**
- Eßbestecke 65 bis 80 Pf.
 - Eßmesser 25 bis 75 Pf.
 - Damenscheren geschmied. 35 Pf.
 - Eierschneider Alumia, 35 Pf.
 - Büchsenöffner Stahl, 18 Pf.

- Nickelwaren**
- Tortenplatten Mess. vernick. div. Dekore 1 65
 - Kannenunterseizer Messing vernickelt, dekoriert 75 Pf.
 - Isolierflaschen 1/2 Liter komplett 85 Pf.
 - Kakaokannen Dekor, Mess. 2 25 vern. Deckel
 - Likörbecher Messing vernickelt 45 Pf.
 - Teegläser Messing poliert u. Messing vernick. 75 Pf.

- Emalle-Geschirr**
mit kleinen Fehlern, darunter
- Kochtöpfe, Wasserkessel, Kaffeekannen, Schüsseln
 - besonders billig

- Eisenwaren**
- Brotchneidemaschinen 2 65
 - Fleischmaschinen verzinkt, mit verschied. Scheiben elektr., kompl. m. Zuleit., ca. 3 kg. 5 75
 - Bügeleisen vernickelt, mit Erhitzer 6 75
 - 2 Gasplättchen 2 75 bis 3 90
 - Kohlenplättchen mit 2 Kochstellen vernickelt, 3 Stange 6 75
 - Spaten 1 75 bis 2 00
 - Hacken 1 50 bis 1 50
 - Gartenschlauch 90 Pf. bis 2 40
 - Schlauchwagen 1 35
 - Pflanzhölzer 25 Pf.

- Alum.-Geschirr**
mit kleinen Fehlern, schwere Qualität
besonders billig

- Elsschränke**
von 55 M an
- 
- Kaffeesevice Messing vernickelt, 4 Teile 9 75

- Alumin.-Sportartikel**
- Kochapparate 2 75 bis 4 25
 - Alumin.-Teller 20 bis 30 Pf.
 - Feldflaschen mit Bezug 2 35

- Blechwaren**
- Brotkästen lack., mod. Muster 2 50 bis 2 85
 - Scheuergarnituren 95 Pf.
 - Behälter für Zwiebeln oder Topflappen 95 Pf.
 - Bürstenbleche 1 65
 - Küchendosen 55 Pf.
 - Gewürzdosen 20 Pf.
 - Kartoffelpressen 95 Pf. 1 25
 - Kuchenspritzen 75, 95, 1 25
 - Springformen 45 Pf. bis 1 35
 - Formen Königs-kuchen 30 Pf. bis 50 Pf.
 - Formen für Obstkuchen 15 Pf. bis 30 Pf.
 - Keksbüchsen 20 Pf. bis 75 Pf.

- Satz-Töpfe** Alum. m. Deckel
5 Stück 10-24 cm Iso. Griffe 6 50 anbereichert 9 75

- Holzwaren**
- Kaffeemühlen 1 90 bis 2 75
 - Wandkaffeemühlen Siegelgehälter, geschmied. Werk 2 90
 - Servierbretter 85 Pf. bis 1 75
 - Wäschetrockner 35, 45 Pf.
 - Handtuchhalter 85 Pf. 1 10
 - Deckelhalter 65 Pf. 1 10
 - Messerkästen 45 Pf.
 - Waschbretter 75 Pf.
 - Wäscheklamm. Schöck von 25 Pf.
 - Fußbänke 55 Pf. bis 1 35
 - Fuß- u. Kästen 85 Pf. bis 1 25
 - Scheuergarnitur Siegelgehälter 1 95

- Borstenwaren**
- Roßhaarbesen poliert 1 85 bis 3 25
 - Handfeger Roßhaar 90 Pf. bis 1 60
 - Teppichhandfeger 45, 85 Pf.
 - Möbelbürsten 45, 65 Pf.
 - Rohrklopfer 45, 75 Pf.
 - Haarbürsten 50 Pf. bis 3 60
 - Toilettebürsten 45, 55 Pf.
 - Blankbürsten 55, 85 Pf.
 - Schmutzbürsten 20 Pf.
 - Cremebürsten 15 Pf.
 - Bohnerbesen ca. 4 1/2 kg. 5 25
 - Teppichkehr-Maschinen von 7 75 an
 - Handwaschbürst. 7 b. 12 Pf.
 - Kleiderbürste mit Brett 85 Pf.
 - Schrubber 25, 35, 45 Pf.

- Alpaka-Bestecke**
Porzand-, Foden- oder glattes Muster
Kaffeelöffel Eßlöffel Bestecke
- 20 Pf. 40 Pf. 1 35
 - leicht versilbert 45 Pf. 85 Pf. 1 95
 - schwer versilbert 95 Pf. 1 95 4 25

Für elektrisches Licht:



- Nachtischlampe mit Seidenschirm (Kunstguss) 5 50
- Nachtischlampe (Glas) 5 25
- Glasschale mit Aufhängung Rosenmuster 9 75
- Tischlampe mit Glaseschirm (Messing, braun) 10 50
- Speisezimmer-Zugkrone 4 25

In dieser Woche

Ausstellung Frühjahr-Moden

Die Ausstellung bietet ein Bild der neuesten Moden in Damen- u. Kinderkleidung



STADTBILD KÖPENICKS UM 1650.

Die Geschichte Berlins ist die Geschichte seiner Nachbarorte, die heute einen Teil seines Bestandes bilden. Und bunt und mannigfaltig im Wechsel der Zeiten ist gerade die Geschichte jener Dörfer, die, wie die einstige Stadt Köpenick, auf ein vierhundert-jähriges Bestehen zurückblicken können. Einen Abriss aus dieser so interessanten und wechselvollen Geschichte hat Arno Jaster in seinem vor kurzem erschienenen Werk „Die Geschichte Köpenicks“ (Scheuermann Verlag) nach alten Quellen sehr originell zusammengefasst. Seltenerweise paßt die Darstellung, die ein farzenischer Gesandtschaftsarzt Ibrahim Ibn Jacub im Jahre 975 vom Wesen des slavischen Burg- und Stadtbildes gibt, ausgezeichnet auf die Stadt und Feste Köpenick. Er schreibt nämlich:

„Wenn die Slawen eine Burg gründen wollen, so suchen sie sich Weideland, das an Wässern und Rohrsümpfen reich ist, und stecken dort einen runden oder viereckigen Platz ab, je nach der Gestalt und dem Umfange, den sie der Burg geben wollen. Dann ziehen sie darum einen Graben und häufen die aufgehobene Erde auf. Diese wird mit Breittern und Balken ganz festgestampft. Ist dann der Wall bis zur erforderlichen Höhe aufgeführt, so wird an der geeigneten Stelle ein Tor abgemessen und von hier an eine hölzerne Brücke über den Graben gebaut.“

Das „Copnie“, die Ansiedlung auf der Insel zwischen Spree und Dahme, ihren Namen nach einer Auslegung den Fischern zu verdanken hat, legt Jaster, dessen Werk auch das Folgende auszugswise entnommen ist, kurz dar. Zwar ist diese Auslegung nichts weiter als eine schöne Sage, aber als ein Teil der Heimatpoesie verdient sie erwähnt zu werden.

Die Sage um den Namen.

Als einst in grauer Vorzeit ein alter Fischer sein Reh aus den Fluten des Müggelsees zog, fand er unter vielen Fischen auch einen großen Krebs. War der Alte schon über die riesenhaften Formen des Tieres erstaunt, so wurde er fast starr vor Schreck, als der Krebs an Land kam und zu sprechen anfangte: „Ich will dich zum reichsten Manne machen, wenn du mich über die Spree bringst nach dem ersten Ort am jenseitigen Ufer.“ So sagte der Krebs zum Fischer. Dieser nahm, als er sich von seinem Schreck erholt hatte, das Tier und trug es nach seinem Wohnort, wo er es zum Kauf anbot. Da just Markttag war, kamen viel Leute herbei, die den großen Krebs anstarrten; als aber einer sich fand, der Lust hatte, das Tier zu erwerben, rief der Krebs plötzlich mit vernünftiger Stimme: „Köp nich, köp nich!“ (Kaufe nicht). Der Fremde ließ sich einschüchtern und stand vom Kaufe ab. Aber in Stralau, wohin der Fischer sich begab, wurde der Krebs doch zu Gelde gemacht. Der Ort, wo der Krebs die Worte auf dem Markt gesprochen, wurde seitdem Köpenick genannt und Stralau führte bislang auf seinen berühmten Fischkästen den großen Krebs als Wahrzeichen im Schilde. — Das war zunächst der Name, wie aber wurde Köpenick dem deutschen Einfluß unterworfen? Ostlandsfahrer waren es, die um das Jahr 1200 ihren Fuß auf Sumpf und Sand des Spreegaues setzten. Ostlandsfahrer, denen die Heimat westlich der Elbe zu enge wurde. Sie kamen und rodeten Wälder und

pflanzten Felder, trieben Handel und gründeten Städte und Dörfer. Wir wenden unsere Anteilnahme allein der deutschen Siedlung in Köpenick zu und können sagen, daß im Hinblick auf jene Zeit unsere Sage das Rechte trifft; nämlich: die Fischerlei allein gehörte den Wenden. Den deutschen Kolonisten gehörte durch den Boden und seine Erzeugnisse auch der Handel. Wie überall hatten die Wenden auch hier den Gemeinbesitz den Deutschen überlassen, und wo noch vor kurzem der leichte wendische Hakenflug die Erde oberflächlich und „unnahhaftig“ umwarf, arbeitete nunmehr der niederländische oder schwäbische Bauer mit dem schweren Eisenpflug. Er fühlte, daß er zum erstenmal Neuland durchschritt. Hufe reichte sich an Hufe, die Häuser wuchsen und das Gebiet der kleinen Stadt dehnte und streckte sich in dieser Zeit. So lernten sie Grenzstein und Grenzfließ, Grenzbaum und Grenzhügel, Grenzweg und Grenzwall kennen. Die Wenden aber zogen sich an Frauentag und Dahme zurück, wo sie, ab- und ausgeschlossen vom deutschen Gemeinwesen, in ihren Fischerhäfen, „chya“ genannt, wohnten, aus denen sich später die „Kiehe“ entwickelten.

Der Kampf um den Besitz.

Aus dieser Zeit meldet die „Chronica marchionum Brandenburgensium“: „Die Brüder Johann und Otto traten Anno Domini 1220 an und hatten, weil sie Kinder waren, den Grafen Heinrich von Anhalt zum Vormund. Als der jedoch (1225) aus der Vormundhaft geschieden, beherrschten sie unter ihrer Mutter Heirat ihr Land mit Einsicht. Nachdem sie aber herangewachsen waren, lebten sie, einander beratend und einträglich, wie sich's für Brüder gehört, zusammen. Durch solch Zusammenhalten warfen sie ihre Gegner nieder, brachten ihre Freunde zu Ehren, vergrößerten ihr Gebiet und nahmen zu an Ruhm, Ansehen und Macht. Vom Herrn Barnem erhielten sie die Ländchen Barn, Lestow und andere mehr.“ Um das Jahr 1240 brach für Köpenick eine schwere Zeit an. Die Astanier waren wegen ihrer Grenzburgen „Koppenick und Müddenwalde“ in erste Kämpfe mit Markgraf Heinrich dem Erlauchten von Meißen verwickelt worden. Sie hatten zunächst die Entscheidung des Erzbischofs Wilbrand von Magdeburg angerufen und ihm beide Schlösser übergeben. Der Kirchenfürst hielt sie dann auch längere Zeit mit seiner Mannschaft besetzt, überließ sie aber, als er den Frieden nicht herzustellen vermochte, dem Reichner. Dadurch war das geheime Einverständnis mit Meißen und Magdeburg sichtbare Tatsache geworden, und es blieb den Astanieren nichts übrig, als zum Schwerte zu greifen. Vier Jahre hindurch schwante das Kriegsglück zwischen beiden Parteien; es gelang Heinrich von Meißen, das Land Köpenick bis Strausberg mit Raub und Brand zu verwüsten. Erst nachdem Wilbrand, der Erzbischof, sowie Dubois, der Bischof von Halberstadt, am Bielestüchken in der Altmark von Johann überrollt und vollständig geschlagen waren, und auch Markgraf Heinrich bei Mittenwalde eine entscheidende Niederlage erlitten hatte, kam durch die Vermittlung der Ritter Gottfried von Wehling und Burhard von Ergleben ein Vergleich zustande, in dem Köpenick und Mittenwalde wieder astanisch wurden. Von neuem begann der Kampf gegen Sumpf und Wasser, Wald und Flußland; von neuem erstanden Dörfer und Städte und Burgen. Und es war recht und billig, daß alle die, welche sich schon eines Erfolges freuen durften, mithielten, indem sie nach der Höhe ihrer geldlichen Verpflichtungen herangezogen wurden. Im übrigen lag

Köpenick im tiefsten Dornröschenschlaf, ohne eigene Bedeutung. Das dahinsinkende 13. Jahrhundert erwähnt seinen Namen nur noch einmal, als Berlin am 28. September 1298 vom Markgrafen Otto IV. die Niederlage und den Zoll von Flößen und Schiffen erwirkt, die durch Fürstenwalde und Köpenick gehen. Selbst über den Kaufpreis sind wir diesmal unterrichtet. 200 Talente brandenburgische Münze bedeuten nämlich 82 800 Silberpfennige oder, nach dem Gewicht berechnet, mehr als 8 Kilogramm Silber.

Jedoch zeigt dieser Verkauf schon — wie viele, die ihm vorangingen und noch folgten —, daß die Staatsautorität im Schwinden war. Die Fürsten brauchten Geld, um ein prächtiges Hofleben zu führen, und verpfändeten und verkauften eine Gerechtfame nach der anderen. Es war, traditionell betrachtet, eine Zeit des Verfalls; das große römische Imperium starb dahin; die Hanse überwand es innerlich. Die Städte wuchsen und wurden reich und schlossen sich zur Wahrung ihrer Rechte zum mittelmärktischen Städtebund zusammen, dem im Jahre 1323 auch Köpenick beitrug. Zwei Jahre später, am 2. Juli 1325, ließ es sich vom Markgrafen Ludwig die Stadtrechte bestätigen.

Das war so der Anfang dieser Stadt, die im Laufe der Jahre nach schweren inneren und äußeren Kämpfen immer fester in die Arme Berlins geriet. Wie sich diese Entwicklung vollzog oder vollziehen sollte, das ahnte bereits 1876 ein alter Berliner Bankensänger Christoph Wild in einem Scherzgedichte „Groß-Berlin“, das Jaster seinem Werke eingefügt hat und das so lautet:

Berlin, mein Kind, wird jetzt Provinz,
Eine Menge Orte sind's;
Berl' als neu vor allen diese:
Schießplatz und die Mühlentwiese,
Zwiebisch, Wuhl- und Jungfernhelbe,
Bahlem, Ober- und Nieder-Schönweide,
Tegel, Schönholz, Kiech und Brüg,
Steglich Land- und Schmiedeweg,
Alt-, Neu-, Schöne-, Lichtenberg und Pantow,
Friedrichs-, Scharfberg und Treptow,
Auch gedente Köpenicks;
Von den Dörfern merke Rig-,
Schmargen-, Doll-, Deutsch-Wilmers-, Gieschen-
Varien-, Reincken-, Heinersdorf, Söhren-
Grund, Eierhäuschen, Tiergartenforst,
Rauhfangswerder und Karlsdorf,
Südbend, Tempel-, Adlershof und Friedenau,
Kanne, Flößen-, Weißensee und Stralau;
In Charlotten-, Rummelsburg, Borsiggen,
Ragst nach Friedrichs-, Lichterfelde fragen,
Auch Saatwinkel, Grünerlinden,
Nieder-, Neu-, Hohen-Schönhausen wirst du finden;
Endlich aber sind dabei
Lohmühlen und die Pflanzmeierei;
Was vorher schon Berlin genannt,
Sagt voraus man als bekannt!

Sif.

Das Weib, das den Mord beging.

1) Roman von Fritz Red-Masseezewen.

Es gibt Berliner Straßen, die so finster und schaurig sind, als schäue man in die Mündung einer Kanone. Und so bar aller äußeren Ehren sind diese Straßen, daß diese Christigkeit selbst auf ihre Kirchen absärft, und daß es scheint, als werde hier ein besonderer, auf Formalitäten wenig Wert legendere Gott verehrt.

Und so, wie diese titanische Stadt, heute darin schon dem Giganten New York ähnlich, sich ein Slawen- und ein Chinesenviertel anzulegen beginnt, wie es in ihr ethnographisch und regional bedingte Laster, Umgangsformen und Speisefarten gibt: so zeugen auch die Kirchen dieser Stadt, die hier vornehm ist wie alter Brokat und dort gemein wie Preshkriftall, von einem durch das jeweilige Stadtviertel geprägten Gottesbegriff.

Daß, wer die Hedwigskirche besucht, vornehm ist, wie ein Malbeserritter, hängt, da Katholiken hier nun einmal rar sind wie Thunfische im Wannsee, mit der Seltenheit der Konfession zusammen.

Dafür aber gibt es höchst protestantische Kirchen mit vorwiegend weiblichen und adeligen Gemeinden, da steht ein jugendlicher Divisionspfarrer auf der Kanzel mit rosarot polierten Nägeln und weiß eigentlich selbst nicht genau, ob er nicht am Ende ein Gardeleutnant ist. Ist aber der Gott, von dem er spricht, nicht ein anderer als der, der etwa in der Lichtenberger Glaubenskirche verehrt wird?

Ich für mein Teil habe meine eigenen Gedanken über den Gott der im neuen Westen von Geheimen Regierungsbauräten zu schaurigen Gotteslästerungen aufgetürmten Monstertkirchen. Und selbst vor dieser Behauptung will ich nicht zurückweichen, daß Ehen, die etwa in der Parochialkirche geschlossen sind, anders verlaufen, als die aus der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche stammenden, wo die Brautpaare so vornehm sind, daß sie während der Trauung sitzen und wo auf der Orgelempore ein ausgeprägter Tenor singt: „Wo du hingehst, da will auch ich hingehn.“

Was dann durch den weiteren Verlauf dieser Ehen ja meistens demotiert wird. —

Was nun aber für ein Gott über der Ehe der kleinen Sif gemalt hat, die an einem anerkannt scheußlichen Oktobersamstag des Jahres neunzehnhundertzweiundzwanzig in der Berliner Marienkirche mit dem kleinen Kunstmalere Robby getraut wurde: dies will ich lieber nicht unterfragen. Daß die Ritter unserer lieben Frau, die einst dieser Kirche den Namen gaben, über den Kurfürstendamm ritten, ist schon allzulange her. Und da steht nun der Dom, umbraut von dem fernen Donner der Lastautomobile und der irrstinnigen Klaviatur der Boshörner... steht unzeitgemäß in diesem Berlin wie ein katholischer Märtyrer, der sich's einfallen ließe, mit seinen Folterwerkzeugen die Bar des Adlon-Hotels zu betreten.

Und so wollen wir denn auch lieber von dem alten gotischen Gott, der einst so eine Frauenhand durch die festgefügte kleine Welt leitete von Kindbetten und Taufen und Sterben und viel Leid und spärlichen Freuden: nein, wir wollen von ihm lieber nicht sprechen. Und von dem anderen, der es zu lieben scheint, daß seine Geschöpfe tief in den Staub fallen und der eigentlich ein Gott der Menschenkinder mit zwei Jahren und sechs Monaten Zuchthaus ist: von ihm lassen sich einstweilen nur solche höchst einfache Geschichten erzählen wie die dieser kleinen Lithographentochter, die an jenem anerkannt scheußlichen Oktobersamstag des Jahres neunzehnhundertzweiundzwanzig Robby heiratete.

Daß diese Heirat in der Marienkirche sich vollzog, obwohl sie eigentlich doch in den Westen gehört hätte, sag wohl daran, daß der Bräutigam als Kunstmalere für gotische Dome schwärmte. Und wenn es der abgelegenen Kirche zum Trost eine ganz erstklassige Hochzeit war mit rotem Pflüch und Palmen, so war es eben eine erstklassige Familie, in die die kleine Sif heiratete... eine Familie mit Regierungsräten und Staatsanwältin; und selbstverständlich wollte eine solche Familie durch das Keuchere der Trauung allein es verdecken oder wieder gutmachen, daß ihr Robby eine kleine verwaiste Handwerker-tochter heiratete, deren Vater von irgendwoher, von Schweden, vom Monde oder aus einem Märchen eingewandert war. —

Item: in dem Oktoberwind, unter den Bottichgüssen des Regens fahren die Kutschen auf. Und die Kutschen entleeren

Majore a. D. und alte Justizrätinnen, die eigentlich wie freundliche Krokodile aussehen. Und alte hochbetitelt Rouss steigen aus, Geheimräte mit gesteigertem Blutdruck und Orden auf Blinddarm und Niz; Freunde des Bräutigams... Akademiejünglinge mit Weltanschauung und geliehenem Frack... Staatsanwalt Alexander, Leg genannt, Robbys Bruder, staltlicher Mann mit Hiltterbart unter der Nase und Beau d'Espagne im Taschentuch.

Und dann wieder Damen... Brautjungfern und alte Damen mit repräsentativen Staatsroben, deren Silberornamente sicherlich von einem erstklassigen Spezialisten für Flecktyphus und Masernauschlag entworfen sind.

Wie nun die kleine Sif, ohne zu ahnen, wie schön sie ist in ihrer herben Jungmädchenpracht... wie sie alle Wasser glücklich passiert hat und das Innere betritt, da eben geschieht etwas höchst Seltsames: daß nämlich in dem Mittelgang, der doch sorgfältig freigehalten ist für den Brautzug, ein Mann steht, der sie anscheinend nicht an sich vorüberlassen will.

Und seltsam ist, daß Robby den Mann gar nicht zu sehen scheint, und sehr seltsam ist dieses barlose alte Gesicht mit den großen traurigen Augen, das gar nicht zu dem eigentlich knabenhaften Körper passen will. Und höchst sonderbar ist auch das Ding, das der Fremde da in der Hand schwenkt... eine Halskette oder ein Rosenkranz... und das allerseitsamste ist, daß er in dem gleichen Augenblick, wo Sif ihn ins Auge faßt, auch schon verschwunden ist.

Eine Sinnesäußerung also und nichts weiter! Sie geht tapfer geradeaus auf den Altar zu, geht über alle in die Fliesen eingelegte Grabsteine, deren Figuren wie Pfefferluchsmänner aussehen, geht und ist durchaus entschlossen, das alte traurige Gesicht des Rebellmannes zu vergessen. Aber dann eben setzt das volle Werk der Orgel ein, und halb ist das sehr schreckhaft wie die Posaune des Jüngsten Gerichts, und halb wieder erinnert es sie an die Jahrmartsmusik zu Schauerbildern, die sie als Kind gesehen: der Dampfer „Titanic“ geht unter mit händeringenden Menschen und funkenstiebenden Kaminen und grellen Scheinwerferbahnen... Raubmörder Sternickel beanprucht sechs Silber mit türkisrot gemalten Blut- und Lebermurttragödien, und den armen Ruffen, die gerade in die mafurischen Seen springen müssen, geht es auch gar nicht gut bei dieser schrecklichen Orgelmusik. (Fortsetzung folgt.)

Familientragödie in Berlin N.

Fünf Menschen durch Leuchtgas getötet.

Eine furchtbare Tragödie spielte sich gestern im Hause S w i n e m a n d e r Straße 69 ab. Der 26jährige Eisenbahnarbeiter Kurt Wollenberg öffnete vermußlich in der Nacht vom Montag zum Dienstag die Gasleitung, wodurch seine Wirtschafterin, die 27jährige Charlotte Drieschner und seine drei Kinder im Alter von drei Monaten bis fünf Jahren mit ihm den Tod fanden. Zu dem furchtbaren Vorfalle erfahren wir folgende Einzelheiten.

Die Ehe des W. war in den ersten Jahren sehr harmonisch, bis der Ehemann vor Jahresfrist Grund zur Eifersucht zu haben glaubte. Es gab deswegen häufig Auftritte, so daß es die Ehefrau vor etwa acht bis neun Monaten in bereits schwangerem Zustande vorzog, die gemeinsame Wohnung zu verlassen. Annäherungsversuche der Frau, die Neue über ihren Schritt verspürte, blieben immer erfolglos. Wollenberg, der tagsüber seinem angestrebten Dienst nachging, mußte sich für seine kleinen Kinder eine Wirtschafterin annehmen, die er auch in der 27jährigen Stütze Charlotte Drieschner fand. Vor etwa drei Monaten wurde die von ihrem Manne getrennt lebende Frau Wollenberg in der „Kämmer der Heilsarmee“ von einem Mädchen entbunden. Frau W. erschien vor einiger Zeit in ihrer früheren Wohnung und brachte das Kindchen während der Abwesenheit ihres Mannes mit der Bitte um Aufnahme und liebevolle Pflege. Das Leben in der Wohnung des W. schien seinen geregelten Gang zu gehen. Gestern nachmittag nahm der Briefträger, der im vierten Stockwerk des Seitensüßgels, gegenüber der W. ihren Wohnung eine Postkarte auszureichen hatte, starken Gasgeruch wahr. Er benachrichtigte den Portier des Hauses, der nach oben ging, jedoch auf wiederholte Klopf- und Klingelzeichen keinen Einlaß erhielt. Nichts Gutes ahnend, alarmierte er sofort die Polizei und die Feuerwehr, die in kurzer Zeit an der Unglücksstätte erschienen. Die mehrfach gesicherte Tür mußte gewaltsam erbrochen werden. Den eindringenden Beamten schlug ein außergewöhnlich starker Gasgeruch entgegen. Im Schlafzimmer bot sich den Eintretenden ein erschütternder Anblick. In ihren Betten lagen W., seine Wirtschafterin, der fünfjährige Sohn Kurt, der dreijährige Harry, sowie die drei Monate alte Erika tot. Wiederbelebungsversuche der Feuerwehr waren ohne Erfolg; bei allen war bereits die Leichenstarre eingetreten. Die Leichen wurden beschlagnahmt. Nach dem Befund liegt ungewissheitvoll Mord und Selbstmord vor. Wollenberg löste wahrscheinlich, während alles schlief, unbemerkt den Stöpsel der Gasleitung, so daß größere Mengen Gas ausströmen konnten, die den Tod aller Familienmitglieder herbeiführten.

Ermäßigung der Vergnügungssteuer!

Für künstlerisch hochstehende Veranstaltungen.

Die Finanz- und Steuerdeputation beschäftigte sich mit dem Ersuchen des Oberpräsidenten, bei der Vergnügungssteuer eine Klassifizierung der künstlerisch hochstehenden Veranstaltungen (Theater, Konzerte) vorzunehmen. Die Deputation stimmte einer Klassifizierung zu, die dahin geht, daß diejenigen künstlerisch hochstehenden Veranstaltungen, die in ihren Leistungen denen des Staatstheaters und der Staatsoper und Städtischen Oper gleichwertig sind, ein Steuerfuß von nur 5 Prozent (gegenüber dem jetzigen Satz von 8 Prozent für die übrigen künstlerisch hochstehenden Veranstaltungen) eingeräumt werden soll. Die Kommission, die über die Frage der Gleichwertigkeit zu entscheiden hat, soll aus zwei Magistratsmitgliedern und fünf von der Finanz- und Steuerdeputation zu bestimmenden Stadterordneten bestehen. Zu diesem Beschluß der Finanz- und Steuerdeputation wird der Magistrat in seiner nächsten Sitzung am 23. März Stellung nehmen.

Verurteilte Bankdirektoren.

Gefängnisstrafen, aber mit Bewährungsfrist.

Der seit drei Wochen vor dem Erweiterten Schöffengericht Mitte verhandelte Prozeß Dr. Offenbergs und Genossen, der im Zusammenhang mit dem Konkurs der Industrie- und Handelsbank steht, wurde gestern durch das Urteil der ersten Instanz beendet.

Der Hauptangeklagte war früher Offizier gewesen und dann Legationssekretär im Auswärtigen Amt. Nach erfolgtem Abbau verband er sich mit dem amerikanischen Judge Richter und stellte verschiedenen Finanzinstituten, u. a. der Rhönbank und der Industrie- und Handelsbank die Beschaffung großer amerikanischer Kredite in Aussicht. Die Banken nahmen daraufhin Kapitalerhöhungen vor, die aber nicht durchgeführt werden konnten, weil die Kapitalangebote sich als Luftschäfte erwiesen. Dr. Offenbergs hatte auch einen „Zentralverband der Aktiengesellschaften“ gegründet, mit welchem Unternehmen eine Fachzeitschrift verbunden war. Dieses Organ führte am Kopf als Mitarbeiter Namen führender Volkswirtschaftler, Universitätsprofessoren und Publizisten, die aber von dem Mißbrauch ihres Namens keine Ahnung hatten. Bei der Industrie- und Handelsbank besetzte Dr. Offenberg den Posten des Aufsichtsratsvorsitzenden, während die Witwengesagten Wennowitsch und Ballig Direktoren der Bank waren. Die Industrie- und Handelsbank war aus einer Genossenschaftsbank hervorgegangen und in der Instanz mit einer Million Papiermark in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden. Die Vorgänge, die zum Konkurs der Bank führten, hatten ein Strafverfahren wegen Betrugs in zahlreichen Fällen und wegen Berechnens gegen die Konkursordnung und anderer Bestimmungen des Handelsgesetzbuches zur Folge. Wie Amtsgerichtsrat Dr. Wartenberger im Urteil feststellte, mußte in einer Reihe von Fällen Freisprechung erfolgen. Dagegen wurde angenommen, daß sorglose Kreditvergabe, Bilanzverschleierung und falsche Eintragungen in das Handelsregister vorlagen. Zu einer Zeit, wo sie erkennen mußten, daß die Aktiengesellschaft schon konkursreif war, durften die Direktoren nicht mehr Einzahlungen von Kunden annehmen. Das Schöffengericht hat den Angeklagten mildernde Umstände verurteilt, weil sie in grober Weise das in sie gesetzte Vertrauen mißbraucht haben. Dr. Offenberg wurde als der eigentliche Urheber der Verfehlungen angesehen, der durch seine Berechnungen und Phantasieereien die anderen Angeklagten mit hineingerissen hat. Das Urteil lautete gegen Dr. Offenberg auf 9 Monate Gefängnis und 400 M. Geldstrafe, gegen die beiden anderen Angeklagten auf je 4 Monate Gefängnis und 600 M. Geldstrafe. Für die Haftstrafen erhielten sämtliche drei Angeklagte dreijährige Bewährungsfrist, bei Dr. Offenberg wurde aber diese Vergünstigung von der Bedingung abhängig gemacht, daß keine weiteren Verurteilungen wegen Straßvergehen aus der Zeit vor dem Tode des jetzigen Urteils erfolgen sollten.

Schulreaktion in Tempelhof.

Was man in der Weststadt Berlin kaum noch für möglich halten sollte, ist im Bezirk Tempelhof zur Tatsache geworden: Die dort unter dem Vorhild des demokratischen Stadtrats Scheske amtierende Schuldeputation hat den Antrag der im Bezirk noch jugendlichen „freien Schulgesellschaft“ auf Errichtung einer Sammelklasse für Schulanfänger im Sinne der weltlichen Schule ohne ein Wort der Begründung abgelehnt! Trotzdem dem Antrag eine große Anzahl von Anmeldungen für diese Klasse dem Schulamt rechtzeitig eingereicht worden war.

An dieser Ablehnung war die Vertretung der evangelischen Gesellschaft in hervorragendem Maße beteiligt. Die katholische enthielt sich der Abstimmung, weil sie keinen Gewissenszwang auf die Kinder der Anhänger des weltlichen Schulsystems ausüben wollte. Die große Zahl der Freidenkenden im Bezirk, von denen erst ein kleiner Teil in der „freien Schulgesellschaft“ vereint ist, wird von den evangelischen Pastoren unter Assistenz eines demokratischen

Neue Krawalle.

Zusammenstöße von Kommunisten mit Polizei.

Die Kommunisten veranstalteten gestern Abend eine Protestkundgebung gegen die Nationalsozialisten, bei der es in verschiedenen Stadtteilen zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei kam. Beim Altmärkischen Trupps des Roten Frontkämpferbundes von der Weberwiese wurden die Polizeibeamten von der Menge tätlich angegriffen. Die Beamten machten von ihren Schusswaffen Gebrauch. Drei bis vier Demonstrationsteilnehmer sollen schwer verletzt sein. Sie wurden von ihren Kameraden sofort abtransportiert. Auch am Heinrichplatz wurden Polizeibeamte bedrängt. Sie machten von ihrer Schusswaffe Gebrauch und gaben eine Anzahl Schreckschüsse ab. Verletzt wurde glücklicherweise keiner bei diesem Zusammenstoß. Als der Hauptdemonstrationszug vom Anie in Charlottenburg durch die Bismarckstraße zog, wurden drei berittene Beamte tätlich angegriffen. Sie machten zunächst von ihrem Säbel und dann von ihren Schusswaffen Gebrauch. Es wurden fünf Schüsse abgegeben. Eine Anzahl Demonstrationsteilnehmer wurden verletzt.

Bisher konnten folgende Namen von Verwundeten festgestellt werden: Eisworbühl, Suarezstr. 56, Ragsstr. 12, R. John, Suarezstr. 7 (5 schwere Kopfwunden), Erna Möckel, Neudölln, Steinmetzstr. 27 (schwere Gesichtverletzungen), Herbert Weiß, Neudölln, Bergstr. 22 (schwere Kopfwunden), Bäder R. Anger, Charlottenburg, Kungestr. 68 (Rasenbeinbruch und Schädelverletzungen).

Eine große Anzahl Verletzter zog es vor, sich nicht verbinden zu lassen, um ihrer Feststellung zu entgehen.

Der Reichstagsabgeordnete Thälmann, der auf dem Friedrich-Karl-Platz gesprochen hatte, soll nach seiner Rede von politisch Andersdenkenden erheblich verletzt sein.

Die Zusammenstöße in Charlottenburg.

Am Anie sammelten sich die Züge des Roten Frontkämpferbundes. Als der Zug gegen 8 Uhr vom Anie durch die Bismarckstraße abmarschierte, setzte sich vor dem Zug ein großer Trupp Sozialisten in Marsch. Als drei berittene Schupobeamte, die vor dem Zug als Begleitung ritten, diese Ansammlung zerstreuen wollten, wurde die Menge sehr erregt. Unter Johlen und Pfeifen wurden die Beamten vom Zuge abgedrängt. Man versuchte sie von den Pferden zu reißen. Mit blankgezogener Klinge mußten sich die Beamten wehren. Versuche, sie zu entwaffnen, brachten die Beamten in ein Handgemenge, in deren Verlauf sie von ihren Schusswaffen Gebrauch machten. Vier Schuß wurden kurz hintereinander gehört. Ein fünfter fiel etwas später. Die Menge ließ sich auch dadurch nicht abhalten. Der Zug des Roten Frontkämpferbundes war zurückgeblieben und an dem Zusammenstoß nicht beteiligt. Durch die Schießerei hatte sich die Erregung auch dem Zuge mitgeteilt, die sich wiederholt in kleineren Zusammenstößen Luft machte. In der Wilmersdorfer Straße wurde ein Polizeiwachmeister, als er eine Prügelei verhindern wollte, entwaffnet, zu Boden geworfen und am rechten Auge verletzt. Ein Polizei-Oberwachmeister wurde durch Messerstücke verletzt. Auch er war von der Menge entwaffnet worden. Auch bei diesen Zusammenstößen war der RFB nicht beteiligt. Die Menge vor dem Zuge provozierte Straßenpassanten, indem sie jeden Entgegenkommenden zwangen, den Hut abzunehmen. Wer nicht schnell genug seinen Hut abnahm, wurde angerempelt. Die Polizei war leider nicht in der Lage, diesen Straßenmob zu zerstreuen. Die Ausschreitungen gegen einzelne Beamte veranlaßten die Polizei, ihre Beamten zunächst zurückzuziehen und zu sammeln. Erst als die Züge des RFB durch Nebenstraßen umgeleitet waren und so die Menge geteilt war, konnten die Beamten wieder gegen Ausschreitungen vorgehen.

Weitere Verhaftungen von Nationalsozialisten.

Ueber die Krawalle in Lichterfelde veröffentlicht das Polizeipräsidium folgende Verlautbarung: Die ständig fortgesetzten Ermittlungen der politischen Polizei in der Landfriedensbruchsache vom Bahnhof Lichterfelde-Ost haben

Stadtrats in unglaublicher Weise vergewaltigt. Wenn die Schuldeputation glaubt, daß damit die Sache erledigt sei, wird sie sich schwer getäuscht haben. Sie wird bald die Erregung wahrnehmen, die sie durch ihren in jeder Beziehung unbegründeten Beschluß hervorgerufen hat und wird sich verpöbeln lassen, daß sie ein Teil von jener Kraft war, die das Böse wollte, aber das Gute schuf!

Feuer in einer Gasanstalt.

Gestern nachmittag gegen 3 Uhr wurden drei Löschzüge der Feuerwehr nach der Jordanbeckstr. 12 zu Wilmersdorf gerufen, wo in dem Pumpenhaus der Gasanstalt Feuer ausgebrochen war. Beim Erscheinen der Wehren unter Leitung des Saurats Berg brannte

bisher zur Festnahme von fünf weiteren beschuldigten Angehörigen der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei geführt. Sie sind, wie auch die zunächst festgenommenen neun Nationalsozialisten, am 22. März dem Vernehmungsrichter im Polizeipräsidium zugeführt, der sie sämtlich in Haft behalten hat. Am Nachmittag des 22. März fand unter Leitung des zuständigen Dezenten der Staatsanwaltschaft II im Beisein eines Schiedsachverständigen die amtliche Besichtigung des von der Roten Frontkämpfertruppe auf der Fahrt vonüterbog nach Berlin benutzten Eisenbahnwagens 4. Klasse statt. Das Wagenäußere weist auf beiden Seiten zahlreiche, von Schüssen und Steinwürfen herührende Auf- und Durchschlagsstellen auf. Die Scheiben der Fenster und Türen sind sämtlich zertrümmert. Das Wageninnere zeigt mehrere Blutlachen, Glascherben, Holzsplitter und etwa 250 bis 300 Schottersteine von der Bahndböschung bedecken den Fußboden. Die von der Polizei sichergestellt, von der Roten Frontkämpfertruppe im Wagen zurückgelassenen Rüstinstrumente sind in unbrauchbarem Zustand und zum Teil völlig zertrümmert. Von den Verletzten sind fünf immer noch nicht vernehmungsfähig. Die Vernehmungen, Gegenüberstellungen und sonstigen Nachforschungen werden noch mehrere Tage in Anspruch nehmen.

Ueber die Vorfälle, die sich im Verlauf des Demonstrationszuges der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei im Westen Berlins ereignet haben, hat der Polizeipräsident sofort am Montag eine strenge Untersuchung eingeleitet. Er ist jetzt entschlossen, gegen alle Beamte, die sich irgendwie einer Verletzung der bestehenden Vorschriften und ihrer Pflichten schuldig gemacht haben, unmissverständlich vorzugehen. Wenn diese Untersuchung bisher noch nicht zu einem endgültigen Abschluß gelangt ist, so hat sich doch jetzt schon ergeben, daß sowohl der zuständige Reviervorsteher, wie auch der stellvertretende Inspektionskommandeur sich ihrer Aufgaben nicht gewachsen gezeigt haben. Der Polizeipräsident hat daher diese beiden Schulpolizeistellen sofort von ihrem Posten entbunden. Ueber das endgültige Ergebnis der Untersuchung wird der Öffentlichkeit Mitteilung gemacht werden.

Was der Polizeipräsident sagt:

Die Zusammenstöße zwischen Hakenkreuzern und Kommunisten haben in der Berliner Bevölkerung erhebliche Unruhe hervorgerufen. Hier und da sind in der Presse mehr oder minder verdeckte Angriffe auf das Polizeipräsidium erfolgt, insbesondere auf den Polizeipräsidenten, Genossen Jörgiebel, und den Vizipräsidenten Dr. Weiß. Wir haben uns daher veranlaßt gesehen, den Berliner Polizeipräsidenten um Auskunft über die Maßnahmen zu ersuchen, die zur Verhinderung künftiger Zusammenstöße geplant sind.

Polizeipräsident Jörgiebel erklärte uns, daß er grundsätzlich ein Gegner von Verböten sei, und daß man trotz mancher üblen Erfahrungen immer wieder versuchen müsse, die Angehörigen eines Volksstaates durch Vernunftsgründe von törichten Handlungen abzuhalten. Darüber hinaus werde die Polizei in der nächsten Zeit die Tätigkeit der Rechtsabteilungen und der Kommunisten intensiv beobachten. Man wird bei angekündigten Versammlungen verstärkten Straßendienst einrichten, Polizeistreifen herumsenden. Vor allem werden die Polizeibeamten eindringlich darauf hingewiesen, wie sie sich bei solchen Vorkommnissen zu verhalten haben. Besonders betonte Genosse Jörgiebel nochmals, daß man energisch gegen solche Polizeibeamte durchgreifen werde, deren Verhalten als nicht einwandfrei festgestellt wurde. Im übrigen ist es natürlich völlig unmöglich, hinter jedem Rechtsabteil oder Kommunisten einen Polizeibeamten zu stellen, um Ausschreitungen zu verhindern. Die Maßnahmen, die die Polizei sonst im Interesse der öffentlichen Sicherheit zu treffen gedenkt, können gerade mit Rücksicht auf den erstrebten Erfolg nicht in der Tagespresse besprochen werden. Der Polizeipräsident hofft jedoch, daß durch das energische Zusammenarbeiten zwischen allen in Frage kommenden Stellen, vor allem der Abteilung IA und dem Kommando der Schulpolizei, die Vorkommnisse der letzten Tage sich nicht so bald wiederholen werden. Wenn dazu noch die Vernunft bei den streitenden Parteien Einkehr halten würde, dann wäre das mehr als alle polizeilichen Maßnahmen zu begrüßen. Insonderheit aber wird der Polizeipräsident mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung eintreten.

das Innere des Gebäudes in gesamter Ausdehnung unter sehr starker Dualentwicklung bereits lichterloh. Wegen der Gefährlichkeit des Feuers — in nächster Nähe des Brandherdes stehen mehrere größere Gasbehälter — mußte das Feuer sofort mit vier Rohren größten Kalibers angegriffen werden. Glücklicherweise gelang es, das Feuer auf das Pumpenhaus zu beschränken. Nach mehrstündiger Tätigkeit konnten die Wehren unter Zurücklassung einer Brandwache wieder abrücken. — Die Feuerwehren der Luhenbezirke wurden gestern nachmittags nach Bohnsdorf und nach den Rüggebergern gerufen, wo größere Wiesen und Waldbestände in Brand geraten waren. Es gelang, das Feuer in beiden Fällen einzudämmen und abzulöschen.

Bergweilung über einen Fehltritt und seine Folgen haben einen 24 Jahre alten Arbeiter L. aus der Bannerstraße zu Neudölln in den Tod getrieben. Der junge Mann unterschlug auf der Arbeitsstelle, auf der er in Berlin beschäftigt war, 30 Mark und wurde deshalb auf der Stelle entlassen. Als seine Frau von einem Ausgang heimkehrte, fand sie ihn tot auf dem Sofa liegen. Er hatte sich in ihrer Abwesenheit mit Gas vergiftet.

Funkwinkel.

Berner Wahrholz entwickelte in seinem Vortrag „Vergnügungsleben der Großstadt“ eine Theorie des Vergnügens. Jede Tätigkeit, die abseits von den Anstrengungen des Alltags, durch Spannung oder Entspannung den Menschen seßelt, kann als Vergnügen bezeichnet werden. Auch die Großstadtvergnügungen lassen sich nach diesen beiden Typen. Angegriffen werden meistens die Spannungstypen, die aber nicht nur in Sensationen oder in Rauschzuständen bestehen, sondern auch in geistiger und seelischer Bildungsarbeit. Diese Angriffe können allerdings nur durch eine astetische Einstellung erklärt werden. — Daß der astetische Mensch alles andere eher als eine Epigonenerscheinung ist, geht auch aus dem Vortrag von Prof. Max Dessior über das Komische hervor; denn nur der humorvolle Mensch erkennt die Beschränktheit sämtlicher menschlicher Wertungen. Er lächelt nicht nur über andere, sondern auch über sich selbst. Dessior definiert Humor als die Fähigkeit, über das Schicksal zu lächeln. Humor steht die Kleinheit in dem Großen, aber auch die Größe. — Den Zweck rhytmischer Gymnastik erblickt Dr. Ernst Hermann in der Schöpfung einer neuen Persönlichkeitskultur. Sie bedeutet ein Gegengewicht gegen die intellektualistische Einstellung der Gegenwart. Sehr scharf nimmt er Stellung gegen die Refordlung der Engländer und Amerikaner. Uebertrieben erscheint allerdings die Bemerkung, der Kunstzweck sei „die höchste Form künstlerischen Ausdrucks“. — Ausgehend von der Siebenbürgischen Volkskunstausstellung schildert Prof. Czali die Beziehungen Siebenbürgens zu Deutschland. Für ihn ist dieses Land der Kristallisationspunkt osteuropäischen Deutschtums mit der Aufgabe, die Einwohner fremder Länder mit deutschem Kulturgut vertraut zu machen. Am Abend spielte Prof. Havemann mit stürmischem Temperament die Kreutzer-Sonate, allen Aktzent auf den Ausdruck legend.

Doppelte Federung

Ihres Wagens erzielen Sie durch den Niederdruck-Reifen. Er wirkt wie ein weiches Kissen, dämpft alle Stöße der Straße und leitet sie nicht auf den Wagen weiter. Ihr Wagen läuft selbst auf schlechtesten Straßen ruhig mit:

Continental Reifen

„Fahr' Conti, und Du bleibst dabei!“

Zurücknahme der Berufung im Klary-Prozess.

Ein überraschend vorzeitiges Ende nahm gestern die Berufungsverhandlung in dem Strafverfahren gegen den Kaufmann Heinrich Klary, die seit dem 3. Februar vor der Großen Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Lehmann verhandelt wurde, und deren Ende vorläufig noch nicht abzusehen war.

Betrügerischer Wohnungsbauvermittler.

Guter Verbindungen mit dem Wohnungsamt rühmt sich ein Schwindler, der seit einiger Zeit sein Unwesen treibt. Er führt sich bei Leuten, die Wohnung suchen, als erfolgreicher Vermittler ein, spiegelt ihnen vor, daß er eine passende Wohnung an der Hand habe, schildert auch die Lage der Wohnung in den bestlichten Farben, hat stets Grundrisse und Bilder bei der Hand und versichert, daß er durch seine Beziehungen zum Wohnungsamt in der Lage sei, alle etwa auftauchenden Schwierigkeiten zu beseitigen.

Werbeversammlung des Reichsbanners. Am Freitag, 25. März, abends 8 Uhr, findet in den Alhambra-Festhallen, Ballnertheaterstraße 15, eine Werbeversammlung des Reichsbanners Berlin-Mitte des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold statt.

Tot aus dem Seddinaer geborgen. Im Dezember vorigen Jahres mußten wir mitteilen, daß Genosse Ernst Steinhäuser aus seiner Wohnung in der Kommandantenstr. 26 spurlos verschwunden war. Jetzt, nach 13 Wochen, ist seine Leiche, im Seddinaer See treibend, aufgefunden worden.

Sprecher für proletarische Feiern. Die Uebungsstunde läßt in dieser Woche aus. Die Mitglieder treffen sich am Sonntag, dem 27., früh 8 Uhr, im Großen Schauspielhaus zur Jugendweife.

Kongress Dalababoff spricht am Donnerstag, dem 24. März, abends 8 Uhr, im großen Saal des Lehrvereinsgebäudes am Alexanderplatz in einer großen Volksversammlung auf Einladung der Deutschen Liga für Menschenrechte unter dem Vorsitz von Ernst Toller noch einmal über das Thema: „Waffenstillstand, der Nationalen Republikanismus und Menschenrechte“. Unkostenbeitrag 30 Pf.

Bücherpreise. Technische Schmierigkeiten machen eine Auslieferung der Bücherpreise im Monat März unmöglich. Die Lieferung durch die Hauptgeschäftsstelle beginnt spätestens am 5. April.

Briefkasten der Redaktion.

H. P. Hühners aus Willigsteden. Wenden Sie sich an den Finanzamt. — G. M. 87. Uns ist der Titel des Buches nicht bekannt. — G. M. 1. bis 2. Briefkasten. Nach unserer Ansicht kann nur der Sohn den Betrag ansetzen. 4. Eine Klage muß beim ordentlichen Gericht (Landgericht) erhoben werden. — G. M. 1886. 1. Die Privatklage kann erst erhoben werden, nachdem ein Eilbescheid festgestellt hat. Sie müssen sich daher zunächst an den Schwörmann, dessen Anschrift Sie vom Bezirksamt erhalten, wenden. 2. Die Frage läßt sich nicht allgemein beantworten. Erkundigen Sie sich bei der Erwerbslosenfürsorgebehörde. — G. M. 11. 1. Nach unserer Ansicht sind Sie zur Zahlung nicht verpflichtet. 2. Erheben Sie beim Amtsgericht Klage auf Herausgabe der Sachen. Die Klage kann zu Verstoß des Gerichtsschreibers erklärt werden. — G. M. 1. Die Erstattungen von Lohnsteuer werden die Sonntage nicht gemacht. — G. M. 1. Der Vermieter muß nach unserer Ansicht die Aufnahme Ihres Schwiegersohnes dulden, zumal er sich mit ihm zum mindesten teilweise einverstanden erklärt hat. Die Zahlung des „Zulagezins“ ist abzulehnen. Falls Sie das Mietverhältnis anerkennen, das die Erlaubnis des Vermieters erheben kann, da Ihre Kinder einen eigenen Haushalt führen. — G. M. 1. Die Erlaubnis der Unterhalt gemäht wird. 2. Je 2. und 4. Briefkasten. — G. M. 1. Die Frage läßt sich nicht allgemein beantworten. Fordern Sie die Geschäftsstelle zum Schadenersatz auf. Eine eventuelle Klage muß beim ordentlichen Gericht erhoben werden. 2. Wenden Sie sich an den Magistrat (Wahlrechtsdeputation).

Freie Sozialistische Hochschule.

Sonnabend, 26. März, 7 1/2 Uhr abends im Sitzungssaal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Straße 3, Vortrag des Gen. Prof. Dr. Emil Lederer-Heldberg „China in der Weltpolitik“

Eintrittskarten zum Preise von 30 Pf. sind zu haben an der Abendkasse sowie an folgenden Stellen: Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3 2. Hof, II. Zimmer 8. — Buchhandlung J. H. W. Dietz, Lindenstraße 2. — Verband der graphischen Hilfsarbeiter, Ritterstraße Ecke Luisenpark. — Zigarrengeschäft Morich, Engelstr. 24-25. Gewerkschaftshaus. — Tabakvertrieb, Inselstr. 6. — Verlag des Verbandes der deutschen Buchdrucker, Dreifundstr. 3. — „Werkzeuge“ Bücherstube, Potsdamer Str. 104. — Berliner Gewerkschaftskommission Engelstr. 24-25 (Gewerkschaftshaus), sowie in allen Vorwärts-Speditionen. Groß-Siedlung Britz; Vorwärts-Spedition Lange Str. 3.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik sind stets an das Sekretariat 1. Hof, 2 Trepp. rechts, zu richten

Achtung, Jugendwohlfahrtskonferenz! Die für Freitag, 23. März, nach dem Berliner Rathaus einberufene Kommunale Konferenz mit dem Thema: „Berliner Jugendwohlfahrt und Arbeiter“ findet an diesem Tage nicht statt, sondern wird verlegt auf Freitag, 8. April, nach Saal 109 des Berliner Rathauses. Das Kommunale Sekretariat.

1. Kreis Wedding. Sonnabend, 26. März, 7 Uhr, Unter satirischer Abend in den Chorustüren, Wilmersstr. 142. Mitwirkende: Räte Fran, Reich, Richard, Erich Weiser. Anschließend Tanz. Eintrittspreis einschließlich Tanz 75 Pf.

1. Kreis Wilmersdorf. Donnerstag, 24. März, 8 Uhr, Sitzung des engsten Kreisvorstandes mit den Abteilungsleitern und dem Bildungsausschuss bei Andrea, Waldstr. 10. 10. Kreis Köpenick. Donnerstag, 24. März, 8 Uhr, bei Schöner, Köpenicker Str. 1. Kreisortsbildung. Erscheinen unbedingt erforderlich. 17. Kreis Neukölln. Arbeiterwohlfahrt. Donnerstag, 24. März, 7 Uhr, im Rathaus Neuköllnstr. 4. Kursus zur Einführung in die Wohlfahrtspflege. Referentin Dr. Hülling.

Heute, Mittwoch, 23. März: 12. Abt. 7 1/2 Uhr bei Schmidt, Wilmersstr. 17, wichtiger Funktionärstag. 13. Abt. Pünktlich 7 1/2 Uhr im Städtischen Jugendheim Belle-Alliance-Platz 1 Frühjahrsfeier. Festrede Frau Dr. Hildegard Wegscheider. Rezitationen. Lieber zur Seite. Länge der Abendrede.

14. Abt. Neukölln. 7 1/2 Uhr zwei Werbestunden: a) bei Klein, Wilmersbrucher Str. 15. b) bei Seitzart (früher Riederich), Unterstr. 8. c) bei Weiserstr. Referenten Genossen Schöner und Richard. 15. b. 2. Tagesordnung: 1. Vortrag: „Verkehrsmittel und Ziele der SPD.“ 2. Freie Aussprache. Zahlreiche Beteiligung der Bewohner der neuen Häuserblöcke sowie der Genossinnen und Genossen wird erwartet.

Morgen, Donnerstag, 24. März:

16. Abt. 7 1/2 Uhr bei Wogmitz, Barnimstr. 13. Sitzung der in der kommunalen Wohlfahrtspflege tätigen Genossinnen und Genossen, im besonderen des Abteilungsverbandes und der Bezirksleiter. Referent Stadtrat Wilhelm Mann.

18. Abt. Friedenau. 8 Uhr im Gesellschaftszimmer des Rathauses, Am Zool. Garten, 1. Mittelbereichsversammlung. Vortrag: „Nationalisierung“. Referent Dr. von Ungern-Sternberg. Gäste und Compagnonierende sowie „Vorwärts“-Leser sind herzlich eingeladen.

17. Abt. Hohenschönhausen. 7 Uhr Abmarsch nach der „Weißen Taube“, Treffpunkt: Schule Pöhlmannstr. 3/4. Um 8 Uhr Zusammenkunft sämtlicher Genossinnen und Genossen sowie „Vorwärts“-Leser der hiesigen Familien bei Kuch.

19. Abt. Halensee. Donnerstag, 24. März, 8 Uhr, bei Sandmann, Westfälische Straße 42. Vortrag: „Die Frau in der heutigen Gesellschaft“. Referentin Stadträtin Minna Todenhagen. Gäste sind willkommen.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Die Heferverteilung findet am Donnerstag, 24. März, wiederum in Neukölln, Leffingstraße, in der Leffingsschule statt. Anfang wie gewöhnlich. Gruppe Kopenick Donnerstag, 24. März, 7 1/2 Uhr, in der Schule Eberwalder Straße 10. Thema: „Die weibliche Schule“.

Achtung, Jungfernkongress! Die nächste Gesamtsitzung findet nicht am Montag, 28. März, sondern bereits am Sonntag, 27. März, abends 7 Uhr, in der Schulanstalt Hochstraße statt. Wendt die Man spricht über: „Marxismus und Biologie“. Sonntag abends 6 Uhr ebenfalls wichtige Gruppenkonferenzen.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

8. Abt. Am Donnerstag, 24. März, findet nachmittags 4 1/2 Uhr die Einbürgerung anderer im 8. Lebensjahre verstorbenen Genossen Karl Wauson im Krematorium Wilmersdorf, Berliner Straße, statt. Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren. Um rege Beteiligung bitten die Abteilungsleiter. 12. Abt. Unser Genosse, der Bezirksführer Friedrich Gruenwaldt, Lange Str. 10, ist am Sonntag, 20. März, verstorben. — Einbürgerung am Donnerstag, 24. März, nachmittags 5 Uhr, im Krematorium Baumhuldenweg, Berliner Straße. Zahlreiche Beteiligung der Genossinnen und Genossen wird erwartet. 17. Abt. Unser Genosse Albert Sanders, Raunauerstr. 88, ist am Sonntag, 20. März, früh, am Bestrafung verstorben. Einbürgerung am Donnerstag, 24. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Krematorium Baumhuldenweg. Wir bitten um zahlreiche Beteiligung. 18. Abt. Unser Genosse Richard Dahlinger, Fürststr. 11, ist am 21. März verstorben. Einbürgerung am Donnerstag, 24. März, abends 6 Uhr, im Krematorium Baumhuldenweg, Rühlstr. 21. Rege Beteiligung aller Genossinnen und Genossen ist erwünscht.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

8. U.-Sitzung morgen, Donnerstag, pünktlich 7 Uhr. Probe für den Gesangs- und Sprechchor (siehe Hefen für die Feier am 3. April morgen, Donnerstag, 7 1/2 Uhr, in der Schule Rochstr. 13. Die Mitglieder ist heute von 5-7 Uhr geöffnet. Westhagen-Abend: Sonntag, 27. März, 7 1/2 Uhr, im Jugendheim Rindensstraße 3. „Das Leben, Leiden und Schaffen Westhagens.“ „Das Heiligenhäfner Testament.“ Einlass frei.

Heute, Mittwoch, 23. März, abends 7 1/2 Uhr: Wedding: Jugendheim Dorenburger Ecke Genter Straße. „Froh Reuter“. — Kreuzberg: Jugendheim Riger Str. 100. „Wag! Echte“. — Petersburger Viertel: Jugendheim Ebertstr. 12. „Gleichberechtigung“. — Reichsberger Viertel: Jugendheim Reichsberger Str. 40. „Bildungsrecht“. — Mitte: Jugendheim Rindensstraße 3. „Der März und die Arbeiterbewegung“. — Köpenick: Jugendheim Köpenicker Str. 1. „Mittelschichtverfall“. — Spandau: Jugendheim Rindensstraße 1. „Strunzfunde“. — Westberliner Kreis: Engere Westberliner-Veranstaltung im Parteibureau Rochstr. 2.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ Geschäftsstelle: Berlin E 14, Sebastianstr. 37/38, Hof 2 Tr. Reinickendorf (Reinick): Fr., 8. 25., pünktlich 8 Uhr, Volksversammlung im Schützenhaus, Reinickstr. 1. Vortrag: — Bernau-Ladeburg: Do., 8. 24., 8 Uhr, Versammlung mit Tanz bei Löwe. Vortrag des Gauvorsprechenden von Bernau. Anschließend gemütliches Beisammensein. Eintritt frei. Reinick 7 1/2 Uhr bei Löwe. — Reinick: Reinickstr. 1. „Schlichte arbeitlosen und dienstreien Kameraden sammeln sich zur Einbürgerung unserer Kameraden Willi Wehmer am Do., 8. 24., 5 1/2 Uhr, mit Tambourkorps und Fahnen am Hof, Baumhuldenweg. Kameraden anderer Kreise werden um Beteiligung gebeten.

Vereinigung der Freunde von Religion und Bitterreife. Genosse Max Müller spricht Donnerstag, 24. März, 4 1/2 Uhr, Aula 20, Gemeindefschule, Charlottenburg, Neues Ufer, Eingang Weststraße, über: „Neue Wege zum Sozialismus“. Eintritt 20 Pf., Arbeitslose 10 Pf. Sonntag, 27. März, 10 Uhr, spricht Max Müller im Rahmen einer religiösen Feiernstunde anlässlich des 100. Todestages Ludwig van Beethovens über das Thema: „Heilig ist die Musik“. Die Feiernstunde findet in der Trinitatiskirche, Charlottenburg, Rast-Krug-Platz, statt.

Verband der Hauswirtschaftlichen Ortsvereine Wilmersdorf und Umgegend: Freitag, 24. März, 7 1/2 Uhr, im Lokal „Der Lauenburger“, Wilmersdorf, Lauenburger Str. 21 (Rübe Uhlendstraße), Generalversammlung. Verhandlungsgegenstände: Genosse Jakob spricht über: „27 Jahre Volksgesundheitspflege“. Gäste haben Zutritt.

Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft, Donnerstag, 24. März, 8 Uhr, im „Volantier“, Wilmersstr. 11, Vortrag von Frau Adele Schreiber-Krieger über: „Persönliche Erfahrungen auf dem Gebiete der deutsch-japanischen Verständigung“. Eintritt frei.

Vereinigung der Hochschullehrer für Rotorentechnik und -sport. Donnerstag, 24. März, 8 Uhr, im Grandhotel am Amis (früher Hotel am Tiergarten), Wilmersstr. 1, Diskussionsabend. Thema: „Berliner Verkehrsfragen und das Rotorentechnik“.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Berlin. Für die an der Westhagen-Feier beteiligten Chöre findet heute, Mittwoch, eine Probe statt. Männerchöre über: „Die Himmli rühmen“, Kinder- und erwachsene Chöre: „Sunndeslich“, „Kopf anbau Friedlichsdain, Göttergaul. Gemischte Chöre 7 1/2 Uhr, Männerchöre 8 1/2 Uhr. Berlin der Sängerverein in Berlin. Sonnabend, 26. März, 8 Uhr, 36. Sittungstanz Schloßbrauer Schöneberg, Dautstr. 122/123. Paradedeute willkommen. „Volkstümliche“ „Berliner Arbeiterbewegung“ (Hausliche Schloßbrauer Meer, Eberwalder Straße, Schwedter Straße, Bornholmer Straße). Donnerstag, 24. März, 1/8 Uhr, wichtige Versammlung bei Gillecke, Ropenhagen Str. 14.

Sport.

Die Eröffnungstrennen der Olympiabahn gehen am 27. März, 3 11/2 Uhr, vor sich.

Geschäftliches.

Erweiterungsbau Siegfried Behrendt.

Die Räume wachsen, es dehnt sich das Haus! Diesem Gedanken folgend, hat auch das Rodenhause Siegfried Behrendt, Leipziger Straße, seinen Geschäftsbau bedeutend erweitert und das Warenlager, speziell die Seidenstoffabteilung, den modischen Ansprüchen entsprechend ergänzt. Das im Vorderer befindliche Stofflager wurde durch Hinzunahme einiger Räumlichkeiten vergrößert; die im 1. und 2. Stock eingerichtete Konfektionsabteilung erhielt ein nagelneues Kleid in Gestalt silbergrauer Alastapeten, die mit den zahlreichen dazu abgestimmten Ankleidezellen in beige, grün und rosa gezierter Wandbekleidung und großen, blinkenden Spiegeln freundlich zum Kauf und zur Begutachtung der neu erworbenen Kleidungsstücke einladen. Das reichhaltige Warenlager enthält neben kostbaren Modellschöpfungen aber auch Artikel des täglichen Bedarfs im Rahmen der allgemeinen Finanzlage, und so ist für jedermanns Geschmack und Geldbeutel Vorkehrung getroffen. Die Kunst moderner Auslagendekoration im Verein mit dem wirklich schönen Material der leuchtenden Seiden, glitzernden Brokaten und hauchdünnen Schleierstoffen und nicht zuletzt den wirklichen Werteffekten feiert auch hier wieder Triumph, und eine große Menschenmenge staut sich gestern, am Wiedereröffnungstage, vor den Schaufenstern. Die Ausführung der geschmackvoll-bezogenen Inneneinrichtung lag in den Händen der Firma Heindl.

Ein jeder spielt das „Fahlinger Messer“ bei Erkrankungen des Verdauungsapparates eine hervorragende Rolle.

Die Vorbereitung für den kaufmännischen Beruf. Eine gute Ausbildung für den kaufmännischen Beruf ist in kaufmännischen Privatschulen zu erlangen. Zeitweise ist der Unterricht besetzt gehalten, doch er bei der Erfüllung der sonstigen Voraussetzungen sogar zum Besuche der Handelsschule berechtigt. Es handelt sich hierbei um die sogenannten höheren Handelsschulen, wie sie in einigen kaufmännischen Privatschulen angegliedert sind. A. B. bei A. und Dr. W. Fadow, Wilmersstr. 9, Tauentzienstr. 1, Alexanderstr. 10. Sie haben umfassende Handelslehre von einem Jahre, einem halben Jahre und einem Vierteljahre in Normittags-, Radmittags- und Abendkurse, getrennt für junge Damen und Herren mit Volksschulbildung und höherer Schulbildung. Sie geben ferner Unterricht in den Fächern: Pausen- und Abendunterricht in einzelnen Fächern nach Wahl. Prospekte sind jederzeit und unentgeltlich von den einzelnen Handelsschulen erhältlich. Unentgeltlich darf nicht werden, daß während des Besuches einer kaufmännischen Privatschule ein Zwang zum Besuche der Handelsschule nicht besteht.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin und Umgegend (Rochstr. 13). Teilweise klarer bewölkt, aber trocken, am Tage mäßig warm. — Für Deutschland: Am Nordwesten meist bedeckt und kühler, leichte Niederschläge, im Osten noch vorwiegend trocken, aber mäßig übercast mäßig.

Advertisement for GARBÁTY GOLD-SABA-4 cigars. The ad features a large, stylized logo for 'GARBÁTY' and the product name 'GOLD-SABA-4'. Below the logo, it says 'Unsere neuen Mischungen' (Our new blends). The main text reads: 'enthalten nur Tabake der neuesten Ernte, frisch manipuliert' (contains only tobaccos of the newest harvest, freshly manipulated), 'Diese Ernte vereinigt wie keine frühere leichte, bekömmliche Qualität mit blumigem Aroma und glattem weissen Brand' (This harvest unites like no other light, digestible quality with floral aroma and smooth white brand). The brand name 'GARBÁTY' is prominently displayed at the bottom right. The ad is set against a background of a hand holding a lit cigar, with smoke rising from it.

Neu

aufgenommen!



Alle Mütter werden sich freuen, wenn sie hören, daß es jetzt bei „C & A“ auch

Kinder-Kleider gibt. Ganz entzückend reizende Kleidchen für jedes Alter, vom kleinsten Tutz bis zum Jungmädchen.

Natürlich in einer enormen Auswahl, die man bei uns gewohnt ist, und - ebenso natürlich - zu den berühmten „C & A-Preisen!“



Königstraße 33
Am Bhl. Alexanderplatz

Chausseest. 113 Oranienst. 40
Beim StettinerBahnh. Am Oranienplatz

Entzückend - frühlingsfrisch das neue Compose-Jumperkleid: Rosenblau einfarbig, Rock mit Faltenkariert. In herrlichen Farben und neuen Stoffen. Gr. 90-105

1950

Reisend-Gottes Jumperkleid aus schönem Popelin in Modelfarben. Sehr fein wird die absteckende Treseinfassung. Gürtel mit Agraffe. Größe 90-105

1275

Dreem Töchterchen gefällig das allerliebste Kleidchen mit feinem Plüschrockchen und andersfarbigem Kragen. Rippepopelin, marine u. farbig. Gr. 60 (and. entspr.)

850

Gedig ist die Kleidchen gerüstet, mit vielartiger Zierlitz und Metallknöpfchen. Röckchen in Gruppenplüsch. Schöner Popelin. Gr. 60 (and. entspr.)

600

Fach auch die kleine Welt im schmucken Jumperkleidchen aus sartfarbig Popelin mit absteckenden Randblenden, Plüschrockchen. Gr. 45 (and. entspr.)

600

!!
Schönes 368 Kleidchen aus zartem Crêpe de Chine in Pastellfarben; reich geschmückt mit feinen Rüschen; vorn Stoffröschen. Gr. 45-60 (and. entspr.)
Etwas ganz Besonderes!

1675



Die obigen Angebote stehen Ihnen ab Mittwoch zur Verfügung! - Schriftl. Bestellungen können nicht berücksichtigt werden!

<p>Theater, Lichtspiele usw.</p>	<p>Volksbühne Theater am Blüchplatz 7 1/2 Uhr: Zum 1. Male: Gewitter über Gottland 8 Uhr: Tragödie der Liebe.</p>	<p>Thalia-Theater 8 Uhr: Der mutige Seefahrer</p>	<p>Metropol-Theater Täglich 8 Uhr: Zirkusprinzessin</p>	<p>ERIK CHARELL BRINGT Täglich 8 Uhr Ende 11 Uhr Wie einst im Mai Alfred Braun Camilla Spira Sonntag, nachm. 3 Uhr, ungeh. halbe Preise Gener. Kupfer Bender Westermeyer u. A. Vier Piano Klöddi, Sunshine-Gitar, Permand brothers u. viele Attraktionen. Vorverk. (10-6) ununterbrochen. Bühnenbilder: Ernst Stera. Dirigent: Dr. Ernst Römer. Großes Schauspielhaus</p>	<p>Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser Kollege Albert Zander am 20. März im 76. Lebensjahre verstorben ist. Die Beisetzungsfeier findet statt am Donnerstag, den 24. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg. Die Angestellten des Kranken-Unterstützungsbundes der Schneider, Filiale Berlin.</p>
<p>Staats-Theater Opernhaus a. Platz d. Republ. 8 U.: Royal Palace Pulsine Schauspielhaus 8 U.: Bin besser Herr Schiller-Theater 3. Wallensteins Tod 8 Uhr: Raxzia</p>	<p>Deutsches Theater Norden 10334-37 8 U. Ende 10 1/2 U. Bonaparte Freitag, den 25. Zum 1. Male: Der Arzt am Scheideweg</p>	<p>Trianon-Theater Täglich 8 1/2 Uhr: Abstulgequartier Cicilia Jagowitsch verleiht</p>	<p>Zentral-Theater Täglich 8 Uhr: Der blonde Zigeuner Operette von Maximilian Kappeler Alfons, Edda, Galsch, Schwan, Wilke, Käse</p>	<p>Guatemala Kaffee Import A WIAIRAK NACHE Hugo Baumgärtner Berlin SO 16 Königsplatz 73 Mühlplatz 3020</p>	<p>Plötzlich und unerwartet fand am Sonntag, dem 20. März, unser lieber Vater, Schmied- und Großarbeiter Albert Zander im 76. Lebensjahre. Die Beisetzungsfeier findet am Donnerstag, dem 24. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg statt.</p>
<p>Städtische Oper Charlottenburg 7 1/2 Uhr: Der fliegende Holländer Abonn. - Turnus II.</p>	<p>Kammerspiele Norden 10334-37 8 Uhr: Ende 10 Uhr: Toni</p>	<p>Arbeiter, Angestellte, Beamte besucht die Veranstaltungen der „No-Va-Co“ Karlshorst, Deutsches Haus Treskowallee (am Bahnh.) Jed. Dienstag Pankow, Konzerthaus Breitestraße 34 Jeden Mittwoch Cöpenick, Stadttheater Friedrichstr. 6 Jeden Freitag u. Sonntag Tegel, Vereinshaus (Hamseck) Hauptstraße 6 Jeden Sonntag Notstands-Varieté-Kommission der Intern. Artisten-Loge E. V.</p>	<p>Verkaufsstellen: Köpenicker Straße 75. Steglitz, Bismarckstraße 64a. Lankwitz, Bruchwitzstraße 6. Berlin N, Müllerstr 153a Neukölln, Kottbusser Damm 103 Neu eröffnet: Alte Schönhauser Straße 46</p>	<p>Metallbetten Stahlmatrassen, Kinderbetten plus u. Preis-Kat. 630 tr. Eisenmöbelfabrik Subli. Thür.</p>	
<p>SCALA Nollendorf 7360 8 Uhr: Rastelli und die übrigen Sensationen! Sensations- u. Lustspiele 2 Vorstellungen 8 1/2 und 8 Uhr, 3^{te} zu ermäßigten Preisen d. ganze Programm</p>	<p>Komische Oper Abendtäglich 8 1/2 Uhr: Sünden der Welt Die weltstädtische James-Klein-Revue 150 Mitwirkende / Theaterk. ab 10 Uhr ununterbr. geöffnet.</p>	<p>Reichshallen-Theater Abends 8 Uhr u. Sonntag nachm. 3 Uhr Stettiner Sänger Das neue Programm! Nachmittags: halbe Preise, volles Programm! Dönhoff-Brett's Varieté, Konzert, Tanz</p>	<p>Wintergarten Räucher gestaltet</p>	<p>Der schönste Schmuck! für Veranden, Balkon, Fensterbretter usw. sind unsere weltberühmt echten Gebirgshängeneiken! Illustrierte Preisliste hierüber, sowie über anderen Balkon- und Gartenpflanzen-, Blumen- u. Gemüsesamen gr. u. fr. Zahlreiche Anerkennungs-schreiben! Eibl & Co., Versandgärtnerei Traunstein 110 (Oberb.)</p>	

<p>Riesenauswahl entzückender Kasha-Kleider in vorzüglichen Qualitäten. Alle modernen Formen (Jumperform etc.) mit reichem Falten-, Sticker- od. Plüsch-Schmuck 20.- Einheitspreis Mk.</p>	<p>Leopold Gadiel Königstr. 22-26 1. Stock Heute Mittwoch Kindertag! Woll-Kinder- u. Mädchen-Kleider reizende Modellen in unsortierten Größen. Riesenauswahl 5.-, 8.- u. 12.- Knaben-Sportanzüge aus farbigen Wolstoff englischer Art. gute Verarbeitung (Hose gefüt.) Bis zu 14 Jhr. für 5 Jhr. Größe weilers Größe 1.- mehr) 13.-</p>	<p>Regenmäntel aus imprägnierten Herrenstoffen neuester Art. bester Qualität. In den apartesten Designs und den feinsten, modernsten Formen (Herren-Revers, Sattel, Taschen, Falten und Gürtel) bis zu den größten Frauenweilen . . . nur Mk. 35.-</p>
<p>Crêpe de Chine-Blusen nur letzte Neuheiten, feine Qualitäten. In weiß und farbig. 19.-</p>	<p>Bulgaren-Blusen 14.- aus feinstem Schweizer Vollwolle, vornehm und elegant, mit reicher Handstickerei - ab</p>	<p>Mädchen-Mäntel in neuen Frühjahrsstoffen vorzüglicher Qualität. Riesenauswahl zu ungewöhnlich billigen Reklamepreisen</p>

Stressemann und Breitscheid.

Die außenpolitische Debatte im Reichstag.

Die große außenpolitische Aussprache im Reichstag, der diesmal angesichts der internationalen Spannungen eine besondere Bedeutung zukommt, begann gestern mit der Rede des Außenministers Stressemann, deren Inhalt wir in der Abendausgabe bereits kurz anzeigten. Stressemann wandte sich zunächst gegen die Paßgebühren und fuhr dann fort:

Wir sehen in der gesamten Weltlage Entwicklungen, die uns zwingen, bei unseren außenpolitischen Erwägungen mehr und mehr auch die Faktoren zu berücksichtigen, die außerhalb unserer eigenen auswärtigen Beziehungen liegen.

Der drohende Balkankonflikt.

Man wird gut tun, von den alarmierenden Meldungen über die Lage am Balkan viel abzuschreiben. Soweit sich die Dinge bisher von Deutschland aus übersehen lassen, glaube ich nicht, daß irgend welche akute Gefahr besteht.

Der Wille, Europa vor jeder Kriegsgefahr zu bewahren, hat in allen Ländern so stark Wurzel geschlagen, daß ein Friedensbruch der Weltverurteilung verfallen würde.

Aber auch die ruhigste Beobachtung der Dinge kann nicht verkennen, daß wir von einer endgültigen Konsolidierung der allgemeinen internationalen Lage noch weit entfernt sind. Seit den letzten Jahren hat sich die außenpolitische Lage Deutschlands in weitgehendem Maße geklärt. Wir haben infolge dieser Klärung eine feste Grundlage für die Entschlüsse gewonnen, vor die wir etwa künftig gestellt werden könnten. Deutschland hat nur das eine große Interesse, daß die Entwicklung nicht unterbrochen und daß die Bemühungen um die Herbeiführung einer internationalen Zusammenarbeit am Wiederaufbau Europas nicht gestört werden. Wir können nichts dabei gewinnen, daß Verwicklungen zwischen dritten Staaten entstehen. Für Deutschland kommt eine Politik der Sonderbündnisse nicht in Betracht, sondern nur eine Politik, die den Gedanken der Versöhnung und des Ausgleichs widerstreitender Interessen fördert. Es ist für uns eine glückliche Tatsache, daß sich in dieser Beziehung das wohlverstandene gesamteuropäische Interesse mit dem individuellen Interesse Deutschlands völlig deckt.

Wohin unsere Wege gehen, das zeigen die internationalen Verträge, die wir in den letzten Jahren geschlossen haben. Unser Weg ist gekennzeichnet durch die Verträge von Locarno, den Eintritt in den Völkerbund und den Berliner Vertrag. Damit liegen unsere Absichten und Ziele offen vor aller Welt zutage. Doch wir uns in dieser Situation von jeder unnötigen Einmischung fernzuhalten haben, versteht sich von selbst. Soweit unser Deutschland zu einer Mitwirkung berufen sein sollte, kann unser Bemühen nur darauf gerichtet sein, zur Beilegung jener Spannungen das Unserige beizutragen.

Zu meiner Ueberraschung haben einzelne russische Zeitungen plötzlich wieder die altbekannte Frage aufgeworfen, ob Deutschland bei Verwicklungen in östlichen Ländern den Truppen von westlichen Mächten den

Durchmarsch durch deutsches Gebiet

zu gestatten habe. Für diese Frage kommt ausschließlich der bekannte Artikel 16 der Völkerbundschart in Betracht, und zwar nach Maßgabe der ebenso bekannten Note, welche die übrigen Locarnomächte hinsichtlich der Tragweite dieses Artikels an Deutschland gerichtet haben. Weitere Abmachungen irgendwelcher Art über diese Fragen bestehen nicht.

Wenn ich von den allgemeinen weltpolitischen Fragen zu den einzelnen deutschen Fragen übergehe, so kann ich auch hier feststellen, daß die Komplicierung jener Beziehungen nichts geändert hat und nichts ändern kann an der Art und Weise, mit der wir die Lösung dieser deutschen Fragen anzustreben haben. In dieser Hinsicht besteht das außenpolitische Programm, das der Herr Reichskanzler vor wenigen Monaten dem hohen Hause mitgeteilt hat, auch heute noch in jedem Wort zu Recht. Seitdem ich von dieser Stelle aus das letzte Mal über die uns unmittelbar interessierenden Probleme der Außenpolitik gesprochen habe, hat Deutschland an zwei

Tagungen des Völkerbundsrates

teilgenommen. Die Ergebnisse dieser Tagungen sind im auswärtigen Ausblick des Reichstags ausführlich beraten worden. Die beiden Tagungen des Völkerbundsrates haben einen neuen Beweis dafür gebracht, wie richtig der Entschluß war, Deutschland durch den Eintritt in den Völkerbund die Möglichkeit dieser aktiven Mitarbeit zu geben. Wir sehen unsere Mitgliedschaft im Völkerbund keineswegs nur als ein aus opportunistischen Gründen gewähltes Mittel an, um unsere Sonderinteressen zu fördern. Die Deutschland berührenden Fragen stehen aber auch im Völkerbund besonders in der vordersten Reihe, weil der Völkerbund neben seinen allgemeinen Aufgaben auch zum Vollstrecker einer Reihe von Bestimmungen des Versailler Vertrages gemacht worden ist und wir selbstverständlich an diesen Fragen als Sachwalter unserer eigenen Angelegenheiten auftreten. Das haben wir im Dezember und am Anfang dieses Monats getan, und das werden wir im Dezember und im Anfang dieses Monats tun. Gewiß ist es uns nicht in allen bezeichneten Fragen gelungen, den deutschen Standpunkt reiflos zur Geltung zu bringen. Wir haben bei Aufrechterhaltung unseres Rechtsstandpunktes in einigen wichtigen Fragen uns zu

Kompromissen für die Gegenwart

verstanden. Gerade die offene Diskussion im Völkerbundsrat und die im Anschluß an jede Völkerbundstagung gegebene Möglichkeit zu offener vertrauensvoller Aussprache mit den leitenden Staatsmännern anderer Staaten berechtigen uns zu der Erwartung, daß der lokale Verständigungswille, den wir bei Erörterung dieser Fragen gezeigt haben, auch von der Gegenseite

in den großen Fragen bewiesen wird, deren Lösung noch vor uns liegt. Sie wissen alle, an welche Fragen ich dabei denke. Wir waren zu der Hoffnung berechtigt, daß man auch in denjenigen Ländern, welche noch Truppen im Rheinland stehen haben, zu der Erkenntnis gekommen war, daß eine baldige Räumung des Rheinlandes und die Rückgabe des Saargebietes an Deutschland eine Notwendigkeit wäre.

Wir stehen heute vor der Tatsache, daß wir uns in den letzten Monaten von der Erfüllung dieses Wunsches eher entfernt haben, als daß wir ihn nähergekommen wären.

Wenn ich als Außenminister dazu rate, die weitere Entwicklung der Dinge ohne Ausbrüche der Ungebuld abzuwarten, so weiß ich, wie leicht sich ein derartiger Standpunkt kritisieren läßt. Ich bitte Sie aber, das Wort „abwarten“ nicht gleichzusetzen mit dem Gedanken passiver Resignation seitens der Regierung. Auch im Abwarten kann ein Moment enthalten sein, das die weitere Entwicklung in unserem Sinne fördert. Sie wissen, daß die Regierung, wenn sie die Räumung des Rheinlandes fordert, sich stützen kann auf die im Versailler Vertrag selbst gegebenen völkerrechtlichen Grundlagen, sich stützen kann auf die moralische Auswirkung der Locarno-Verträge, sich stützen kann auf jene von den führenden Großmächten Europas gewünschte Entwicklung eines guten Einvernehmens mit Deutschland. Wir wissen ebensogut, daß die alsbaldige Räumung des Rheinlandes ohne den guten Willen der anderen beteiligten Mächte schwer erreicht werden kann. Ich glaube jedoch nicht, daß wir es deshalb nötig haben, oder es auch nur richtig wäre zu versuchen, diesen guten Willen durch Wiederholung gemachter Angebote oder durch neue Anerbietungen irgendwelcher Art hervorzurufen. Es wird und muß auch im Auslande die Erkenntnis reifen, daß das, was wir erstreben, nicht eine bloße Vergünstigung für Deutschland ist. Was wir von der Volksvertretung und der öffentlichen Meinung erbitten, ist lediglich das Vertrauen, der Regierung die Entscheidung darüber zu überlassen, welche Schritte nach dem weiteren Verlauf der Dinge zu tun sind. (Beifall.)

Als erster Redner ergreift das Wort

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.):

Auch wir stellen fest, daß sich seit der Verabschiedung des letzten Etats des auswärtigen Amtes die internationale Politik nicht unwesentlich verändert hat. Wir sehen bedrohliche Wolken am politischen Horizont, wir verfolgen die Kämpfe in China, wir verfolgen die Vorgänge auf dem Balkan. Wenn auch diese Vorgänge Deutschland nicht unmittelbar angehen, so berühren sie es doch mittelbar außerordentlich. Andererseits können wir von erfreulichen und begrüßenswerten Fortschritten auf dem Wege zur Beilegung Europas sprechen. Kennzeichnend für diesen Weg sind die in großer Zahl abgeschlossenen Schiedsgerichtsabkommen, in erster Linie aber ist bedeutend dafür der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Vergessen werden darf nicht, daß durch diesen Einfluß die Locarno-Verträge in allen ihren Einzelheiten und in ihren weiteren Folgen möglich waren.

Dadurch sind die Ansätze einer deutsch-französischen Verständigung verstärkt worden.

Dieses Kapitel erfreulicher Ereignisse wird durch die Tatsache bereichert, daß die innerpolitische Gegnerschaft gegen Locarno wenigstens formell abgeschwächt worden ist durch die bekannten Richtlinien bei der Regierungsbildung. Die deutschnationale Fraktion, Gegnerin der Locarno-Verträge, hat die Rechtmäßigkeit dieser Verträge formal anerkannt, sie billigt die lokale Mitarbeit im Völkerbund; und wenn sie die Gleichberechtigung Deutschlands in dieser Organisation verlangt, so ist das eine Forderung, die lange vorher schon von uns aufgestellt wurde. Eine große parteipolitische Polemik ist nicht nötig, ich erinnere nur an den schnellen erfreulichen Wechsel in der Stimmung der Deutschnationalen und darf darauf hinweisen, daß im letzten Winter Herr Hergt in seiner Braunschwäger Rede erklärte — Herr Hergt ist jetzt Justizminister —: „Was wir im Völkerbund treiben können, wird keine deutsche Politik sein.“ (Hört! hört! bei den Soz.)

Wir hoffen nur, daß sich diese Sinnesänderung auch bei Ihren Anhängern im Lande draußen allmählich herum sprechen wird. (Sehr gut! bei den Soz.) Wir haben in der letzten Zeit oft hören können, daß Deutschland im Völkerbund Bindungen eingegangen sei, die nicht im wohlverstandenen deutschen Interesse liegen. Daß der Stärke am mächtigsten allein sei, ist der Grundton dieser Auffassung.

Wir halten demgegenüber an unserer alten Meinung fest, daß Deutschland nicht stark genug ist, um eine Politik der Selbstisolierung zu treiben.

Wir haben den starken Wunsch, daß der Völkerbund einen universalen Charakter im Laufe seiner Entwicklung annimmt. Seine Möglichkeiten, den Frieden zu sichern, würden dadurch beträchtlich erhöht werden. Wir begrüßen es, daß die russische Sowjetregierung an den Genfer Abrüstungsverhandlungen teilzunehmen wünscht und hoffen, daß die dem entgegenstehenden Schwierigkeiten baldigst beseitigt werden.

Bedauerlich ist, daß der Stand der Abrüstungsverhandlungen durch die arbeitenden Unterkommissionen nicht wesentlich gefördert wurde. Die Dinge sind noch sehr im Rückstand. Wo Admirale, Generale und Diplomaten zusammenstehen, scheint für die Notwendigkeit der Abrüstungspolitik nicht viel Verständnis zu bestehen. Die öffentliche Meinung müßte mehr als bisher einen Druck auf die Genfer Verhandlungen ausüben. (Sehr wahr! links und in

der Mitte.) Wir verlangen, daß die Konsequenzen der von uns durchgeführten Abrüstung vom Ausland gezogen werden.

Sollte an Deutschland das Ansehen gestellt werden, die zwischen der Schweiz und Rußland bestehenden Prestigefragen zu überbrücken, so sollte sich Deutschland diesem Wunsche nicht verschließen. Wenn wir in diesem Zusammenhang an Rußland einige Anregungen geben wollen, von denen wir befürchten, daß sie nicht entgegengenommen werden, so sagen wir das nicht im russischen Interesse, sondern im allgemein europäischen.

Auch für Rußland gilt, daß der außerhalb einer Organisation Stehende für die Mitglieder dieser Organisation so oder so als eine Art Gegner gilt. Immer hat der Abwesende unrecht.

Sie werden mir entgegen, daß das für Amerika nicht gilt. Ich stimme dem zu. Das liegt an der finanziellen Abhängigkeit, in der sich die europäischen Staaten von Amerika befinden. Dem Gläubiger gegenüber ist man freundschaftlich, zuweilen auch schmeichlerisch. Wäre Rußland im Völkerbund, so hätte es die Möglichkeit, für seine Sache zu plädieren und nicht der Gefahr ausgesetzt zu sein, einseitig von anderer Seite angegriffen zu werden. Es wäre kein Wunder, wenn England versucht, in Genf eine Rußland abträgliche Stimmung zu erzeugen, so etwas wie eine moralische Einheitsfront gegen die Sowjetregierung zu propagieren. Das wäre doch ein Fall, wo sich Rußland zum Teil das Recht auf Beschwerde selbst vorenthält. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Der russisch-englische Gegensatz überschattet heute die internationale Politik.

Wir bedauern, daß der Völkerbund nicht kräftig genug ist, diesen Gegensatz zu schlichten. Dieses Kräftminimum des Völkerbundes zeigt sich auch in seiner Stellung zu den Vorgängen in Asien. In Asien findet der alte englisch-russische Gegensatz seine Fortsetzung mit anderen Mitteln und anderen Vorzeichen. Wühlig wäre es, zu unteruchen, wer der Angreifer ist. England fühlt sich bedroht, Rußland sympathisiert mit den aufsteigenden Völkern Asiens. Es will seine Ideologie bei den Völkern des Ostens propagieren. Auch wir haben Sympathien für China, das sich aus jahrelangem geschichtlichem Schlaf zu politischen Lehren aufrüttelt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Zu bedauern ist, daß sich England nicht sehr geschickt der Sowjetregierung gegenüber benommen hat. Im Gegensatz dazu ist auf die sehr kluge Politik hinzuweisen, die von England unter der Regierung von Mac-Donald betrieben wurde. Einen Krieg wird England unserer Ueberzeugung nach schon deshalb nicht gegen Rußland beabsichtigen, weil das russische Reich in jeder Situation unangreifbar ist. Wenn dagegen ein wirtschaftlicher Boykott beabsichtigt würde, so sagen wir, daß kein Preis, den England zahlen könnte oder wollte, für uns hoch genug wäre, um uns an einer solchen Koalition gegen Rußland zu beteiligen. (Na, na! bei den Komm. — Sehr richtig! bei den Soz.)

Wir werden so wenig Reichswächter Englands wie Vorposten Rußlands sein.

Auch die deutsch-russische Konzeption der sogenannten Kolago-Gesellschaft fordert Kredite, die weniger wirtschaftlich als politisch begründet werden. Wir lehnen die Subvention an die Kolago-Gesellschaft ab. Wir beklagen und verurteilen den Abbruch der Verhandlungen mit Polen und wünschen, daß die in Genf eingeleiteten Besprechungen zwischen dem deutschen und dem polnischen Außenminister die Wiederaufnahme der Handelsvertragsverhandlungen mit Polen beschleunigen. Das ist oft gewünschte Locarno des Ostens, gegen das von deutschnationaler Seite her Sturm gelaufen wird, besteht im Grunde schon. Wir haben den deutsch-polnischen Schiedsgerichtsvertrag, nach dem beide Staaten sich einig darüber sind, daß das Recht des einen Staates nicht ohne seinen Willen abgeändert werden kann. Und zum Rechte jeden Staates gehört das Recht auf die Grenzen. In Zusammenhang mit dem russisch-englischen Gegensatz wird vielfach

Der Konflikt zwischen Italien und Jugoslawien

gebracht. Hier tritt die friedensstörende Absicht des italienischen Diktators mit aller Deutlichkeit in die Erscheinung. Er scheint es für notwendig zu erachten, durch außenpolitische Abenteuer das Gefühl seines Volkes für den Dreck, der auf ihm lastet, zu erleichtern. Es wäre für die Zukunft des Völkerbundes äußerst bedenklich, wenn zwischen Italien und Jugoslawien ein ernstlicher Konflikt ausbrechen würde, den der Völkerbund nicht rechtzeitig zu verhindern in der Lage gewesen wäre. (Sehr gut bei den Soz.) Es darf nicht dahin kommen, daß in der Welt der Glaube geweckt wird, daß wir fern bleiben, wenn Mussolini, der große Abenteuerer, sich in diese Dinge hineinmischte. (Sehr wahr bei den Soz.)

In den Bestrebungen nach einem Ausgleich mit Frankreich sind den sonnigen Tagen von Thoiry kalte Winterfröste gefolgt. Angehts dieser Situation würde es sehr nahe liegen, ein Lied im deutschnationalen Volkston zu singen, wie es von den Deutschnationalen wahrscheinlich gelungen würde, wenn sie heute nicht in der Regierung säßen und über die Erfolge der letzten Zeit von der Oppositionsstellung aus urteilen sollten. (Sehr richtig bei den Soz.) Zu den Deutschnationalen: Sie würden erklären, daß der deutsche Außenminister sein Vaterland preisgegeben habe.

In Genf sind tatsächlich Rechte, die wir aus dem Friedensvertrag und aus den mit ihm zusammenhängenden Abkommen hatten, ausgegeben worden.

Natürlich ist der prinzipielle Rechtsstandpunkt aufrechterhalten worden, faktisch haben aber die anderen gesiegt. Bezüglich der Schulen in Ostoberschlesien ist dieser Rückgang offensichtlich. Das trifft auch zu für die Tatsache, daß im Saarrevier keine fremden Truppen gehalten werden dürfen auf Grund der Be-

Ein Verzicht zu Opfern

blütenreine Kleidung. Darum schicken Sie bitte die zum Färben, chemisch Reinigen oder Waschen gewählten Stücke unverzüglich in die nächste Filiale oder Annahmestelle der

die Spindler AG

SPINDLER & CO. BERLIN

Stimmungen des Versailler Vertrages. Im Gegensatz dazu sind wir genötigt, die Anwesenheit von 800 Mann fremder Truppen im Saarrevier zu dulden. Hier sind Rechte Deutschlands ausgeübt worden; aber wir sind nicht demagogisch genug, daraus eine Anklage gegen den Außenminister selbst zu richten. Herr Stresemann hat darum gekämpft, ob 800 oder 300 Mann fremder Truppen im Saarrevier stehen sollen, er hat einen Erfolg davongetragen, daß die bisherige Besatzung zurückgezogen wird, die Eisenbahnschutztruppe bleibt. Es ist allerdings eine bedeutliche Taktik, in den Kampf zu ziehen, wenn man von vornherein entschlossen ist, diesen Kampf mit einem Kompromiß zu beenden. Wie dem auch sei, wir wissen, daß in Genf nicht viel mehr zu erreichen war, als erreicht worden ist. Was würden aber die Herren von der deutsch-nationalen Fraktion gesagt haben, wenn wir mit einem solchen Resultat aus Genf zurückgekommen wären und erklären müßten, selbst die Rechte, die wir noch besäßen, könnten wir nicht aufrechterhalten. Vor einem Jahre erklärte der Abg. Lauerrenz, daß seine Fraktion nicht um einiger Ministerliebe willen Völkerverbundspolitik im Sinne der bisherigen Mehrheit treiben werde. War die frühere Völkerverbundspolitik aber etwas anderes als die Völkerverbundspolitik der Regierung, in der Sie die stärkste Partei sind? (Zusimmung links.)

Sie (nach rechts), erfüllen ganz anders als wir es getan haben. Sie sind Meister in der Erfüllungspolitik. Wo sind Ihre großen Erfolge? Sie kommen aus Genf mit hängenden Ohren zurück!

Wir hätten vom Außenminister gern etwas darüber gehört, was die Herren Briand und Vandervelde über die Umgestaltung der innerpolitischen Verhältnisse und ihre notwendige Auswirkung auf die deutsch-französischen Beziehungen gesagt haben. Die Anwesenheit der Deutschnationalen in der Regierung hat zum mindesten den Nationalisten auf der anderen Seite des Reiches einen Vorwand für ihre Hartnäckigkeit gegeben. Wir verlangen trotzdem die schnelle Beilegung des Reiches und der Saar, wir fordern die Herabsetzung der Besatzungsziffer, es geht an; die Dauer nicht, daß wir im Völkerverbund sitzen, ohne die gleichen Rechte zu genießen.

Wir lagen aber auch den Franzosen: überschätzt doch die Deutschnationalen nicht (Lebhafte Zustimmung links), nur um ihre innerpolitische Nachstellung zu behaupten, geben sie außenpolitisch preis, was sie irgendwie preisgeben können. Die Furcht des Auslandes vor Ihnen ist gänzlich unbegründet. Sie haben die ersten Schritte nach Locarno gemacht. Sie haben die ganze Politik der Verständigung im Jahre 1925 solange mitgemacht, bis Sie den Zoll in Ihren Scheuern hatten (stürmische Zustimmung bei den Sozialisten), und abgegangen sind Sie erst wieder, als zunächst innenpolitisch nichts mehr zu geminnen war. Wir glauben, daß der Außenminister an seinen bisherigen Absichten festhalten will; aber wir haben Mißtrauen und Besorgnisse

wegen der Mitarbeiter, deren er sich erfreut und wegen der Unterstützung, die er von den Deutschnationalen genießt. Vielleicht wird Herr Stresemann, um seine Zuverlässigkeit auch in dem neuen Kabinett zu erweisen, sich auf die Verleihung des Nobel-Friedenspreises berufen. Aber dieser Preis ist an einen Herrn Stresemann verliehen worden, der um das Jahr 1923 geboren wurde, und nicht an einen Herrn Stresemann, der während der Kriegszeit geredet hat. Jedenfalls, der Nobelpreis verpflichtet auch den Außenminister. Unsere Aufgabe ist es, eine sehr nüchterne Politik zu treiben, in der Vermeidung aller außenpolitischen Koalitionen und Kombinationen den Weg zum Frieden und zur Verständigung zu gehen, dafür zu sorgen, daß man von Deutschland sagen kann: es hat alles getan, was in seiner Kraft stand, um diese Politik zu treiben, die auf Frieden und Ausgleich zwischen den Nationen gerichtet ist. (Stürmischer Beifall bei den Sozialisten.)

Außenminister Stresemann:

Ich habe nicht die Absicht, auf die sowohl im allgemeinen wie für mich speziell sehr interessanten Ausführungen des Herrn Kollegen Breitscheid in diesem Augenblick zu antworten. Aber ich bitte, mir zu gestatten, sofort auf eine Äußerung einzugehen, die in seiner Rede enthalten war. Die königlich italienische Regierung hat gestern Gelegenheit genommen, uns ihre Mitteilung zu der albanischen Frage zu überreichen. Darin ist ausdrücklich zum Ausdruck gekommen, daß die italienische Regierung ihrerseits keine Notwendigkeit sieht, zu irgendwelchen Gegenmaßnahmen gegen diese militärische Aktion zu greifen, und weiterhin legt sie entscheidendes Gewicht darauf, sich zu verhalten gegen irgendwelche Anschauungen, die dem von Italien ebenso wie von Europa gehegten Geist des Friedens nicht entsprechen. (Zuruf von den Kommunisten: Die Tatsachen in Albanien sprechen dagegen!) Wenn deshalb der Herr Abgeordnete Dr. Breitscheid, wenn ich ihn recht verstanden habe, von den offen zutage liegenden friedensstörenden Absichten des Herrn italienischen Diktators, wie er sich ausdrückt, sprach, so bedauere ich, daß dieser Satz hier gesprochen worden ist; denn ich glaube, gerade angesichts der gesamten Verhältnisse in Europa haben wir alle Veranlassung, die uns offiziell abgegebenen Erklärungen einer Regierung wie der königlich italienischen Regierung unsererseits nicht in Zweifel zu ziehen, solange nicht irgendwelche Tatsachen dagegen sprechen.

Abg. Dr. Spahn (Dnat.) gibt für seine Fraktion eine Erklärung ab, wonach weiteste Kreise des Volkes von den letzten Genfer Verhandlungen nicht nur eine befriedigende Regelung der auf der Tagesordnung stehenden Fragen, sondern eine wirksame Förderung des deutschen Anspruches auf baldige Räumung von Rhein- und Saargebiet erwartet hätten, bedauerlicherweise seien diese Erwartungen enttäuscht worden. Die gefassten Beschlüsse des Völkerverbundes, so heißt es in der Erklärung weiter, für die das Kabinett die Verantwortung übernommen hat, sind nunmehr auch für uns die gegebenen Grundlagen für unsere weitere Arbeit. Das Aufhören der Besatzung ist eine unerlässliche Voraussetzung der Verständigung und Befriedigung, die nach den wiederholten und feierlichen Erklärungen aller Staatsmänner von allen Mächten erstrebt wird. (Beifall bei den Dnat.)

Abg. Raas (Z.) erklärt, daß die Frucht der deutschen Festigkeit im März vorigen Jahres nicht ausgeblieben sei. Die Septembertagung habe in allen wesentlichen Punkten die Verwirklichung der deutschen Bedingungen für seinen Eintritt in den Völkerverbund gebracht. Gegenüber der starken Aktivität der deutschen Außenpolitik in den vergangenen zwei Jahren besteht heute das Gefühl einer bedenklichen Verfestigung. In einem Augenblick, wo jede Regung des Mißtrauens im Auslande gegenüber der parteipolitischen Struktur Deutschlands als eine Erschwerung der im Zuge befindlichen außenpolitischen Aktionen sich auswirken müßten, haben meine politischen Freunde den Weg der

Rechtserweiterung des Kabinetts nur mit Widerstreben

gewählt. Wir geben der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß die Reichsregierung sich dafür einsetzt, daß, was die Märztagung den Saarländern versagt hat, ihnen auf der Juniagung nicht vorenthalten wird. Die deutsche Delegation mühte in Genf den Weg des Kompromisses gehen. An dem objektiven unbefriedigenden Charakter dieses Kompromisses ist natürlich kein Zweifel. Ob das von Deutschland in Genf gebrachte Opfer sich lohnen wird, läßt sich zurzeit nicht beurteilen. Wir erwarten, daß der Völkerverbund nicht untätig bleibt, während an verschiedenen Stellen Europas die Feuerfanten aufzufliegen beginnen. Auf die lokale Mitarbeit Deutschlands für die Erhaltung des Friedens wird, man im Auslande unbedingt rechnen können.

Abg. Freiherr v. Rheinbaben (D. Sp.) regt die Wiedereinführung von kleinen Anträgen auf außenpolitischem Gebiet an. Wir halten das Ergebnis von Genf für keineswegs befriedigend, aber wir danken dem Außenminister, daß er in tatkräftiger und würdiger Vertretung der deutschen Interessen das durchgeführt hat, was erreichbar war. (Beifall b. d. D. Sp.) Mit innenpolitischen Vorgängen hat das unbefriedigende Ergebnis von Genf nichts zu tun. Der Wert der Locarno-Verträge liegt darin, daß

die geschlossene Front gegenüber Deutschland durchbrochen ist. Erst jetzt können wir wieder europäische Politik treiben. Das Festhalten an dem heutigen Fortschritt des Versailler Vertrages müßten wir mit aller Schärfe bekämpfen und den Grundgedanken der Mantelnote und des Artikels 19 durchsetzen: das Evolutionsprinzip. Wir verlangen, daß endlich die verabredete „Gesamtlösung“ in Angriff genommen werde. Ein Ost-Locarno darf es nicht geben! (Sehr richtig rechts). Rußland muß aufhören, den Kapitalismus zu bekämpfen. England muß unser Recht auf Kolonien anerkennen.

Abg. Stoedter (Komm.): Stresemann scheint von Herrn v. Reudell, dem großen Schweiger, gelernt zu haben, wie man um schwierige Probleme am besten herumkommt. Wo ist Ihr berühmter Geist von Locarno, wo die Verständigung von Thoiry? Im Gegenteil: Die Kriegsgefahr ist heute größer denn je. Stresemann macht jetzt sogar Chamberlains Bloß gegen Sowjetrußland mit. Aber die deutschen Arbeiter werden sich nicht als Landsknechte gegen Sowjetrußland mißbrauchen lassen.

Darauf wird die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr vertagt; außerdem stehen der Haushalt des Verkehrsministeriums und die Abstimmungen zum Haushalt des Innern auf der Tagesordnung.

Etatsdebatten im Landtag.

Kultusetat. — Lotterieverwaltung.

In der Landtagssitzung vom Dienstag beantragten zunächst die Kommunisten die Beratung eines von ihnen eingebrachten Antrages über die Sonntagstrawalle der Nationalsozialisten am Bahnhof Lichterfelde-Ost. Da von den Rechtsparteien Einspruch erhoben wurde, kam der Antrag nicht zur Verhandlung.

Der Landtag genehmigte dann in zweiter und dritter Lesung eine Vorlage über Landgemeinnutzungsarbeiten an der Nordseeküste und beschloß eine Ermächtigung für die Regierung, die im Haushaltsplan für 1927 vorgelegenen Bauten sofort in Angriff zu nehmen. Es folgte die Einzelberatung in der zweiten Lesung des Kultusetats.

Bei der Universität Marburg erhoben die Kommunisten Einspruch gegen die Feier des vierhundertjährigen Bestehens der Universität, weil Marburger Studenten die Arbeitermörder von Reichertstedt seien.

Beim Kaiser-Wilhelm-Institut fragt Abg. Kollwitz (Komm.) an, warum diese wissenschaftlichen Forschungsstätten nach einem Idioten benannt seien.

Abg. Frau Dr. Wegscheider (Soz.) bittet dem verdienstvollen Direktor der Trepptower Sternwarte einen Assistenten zu bewilligen.

Abg. Koch (Dnat.) wiederholt, vom Präsidenten zur Sache gerufen, die gestrigen deutsch-nationalen Reden gegen den Intendanten Professor Lehner: Wir verlangen, daß Lehner, wenn wir hier sein Gehalt regeln sollen, von seinen politischen Uebungen abgeht. (Lachen links.)

Abg. Frau Dr. Wegscheider (Soz.) kritisiert die Tatsache, daß Schüler der Hochschule für Kunst keine Berechtigung zur Benutzung der Staatsbibliothek erhalten, weil sie kein Abitur haben. Diese Bureaucratie grenze an Chinesentum. — Im ehemaligen Gebäude des Kunstgewerbemuseums hätte der Rahnkonzern den dort noch sitzenden jungen Künstlern die Ateliers gestiftet. Das Ministerium habe die Pflicht, zu helfen.

Abg. Frau Wellmann (Soz.) weist auf den Mißstand hin, daß an höheren Lehranstalten Schüler wegen rückständiger Schulgelder öffentlich in den Klassenstunden gemahnt werden. Sie führt dafür Fälle aus Danabrid an, wo im Karolinum sogar Kinder aus dem Unterricht fortgeschickt wurden, um das Schulgeld zu holen.

Ein Ministerialvertreter sagt Abhilfe zu. Abg. Harnisch (Soz.) fragt an, wann endlich der Bau des Staatlichen Gymnasiums in Neukölln erfolgt. Die Raumnot gestatte nicht das weitere Verbleiben der Anstalt in städtischen Schulräumen. Ein Regierungsvertreter sagt den Bau für die nächste Zeit zu.

Damit ist die Beratung des Kultusetats zu Ende. Nach Erledigung einer Reihe kleinerer Etats spricht beim Etat der Lotterieverwaltung Abg. Kenkel (Dnat.) der Generallotteriedirektion Dank und Anerkennung der Deutschnationalen Partei aus.

Abg. Meier-Berlin (Soz.) macht auf die Missverhältnisse weniger großer Lotterieverwalter aufmerksam und schlägt vor, die ihnen gewährten Schreibgebühren (Provisionen) degressiv zu staffeln.

Der Etat wird bewilligt. Nächste Sitzung Mittwoch, 12 Uhr: Haushalt des Ministeriums des Innern.

Der Helfer der Verfolgten.

Eine kleine Anfrage zum Fememordprozeß Wilms.

Im Preussischen Landtag hat die sozialdemokratische Fraktion durch den Abg. Ruttner folgende Anfrage an die Regierung gerichtet:

Nach der Beweisaufnahme im Fememordprozeß Wilms hat der ehemalige Oberstaatsanwaltsprokurator Penzke eine mehr als eigenartige Rolle gespielt. Er hat versucht, die Aussagen der verschiedenen Mitangeklagten in Uebereinstimmung zu bringen und namentlich den Angeklagten Poser zur Zurücknahme seiner belastenden Aussagen gegen Oberleutnant Schulz zu bewegen. Zu diesem Zweck hat er sogar einen Fragebogen des Schulz dem Poser zur Ausfüllung übermitteln, was mit Recht der Staatsanwalt der Vermittlung von Koffibern gleichstellte. — Was gedenkt die Staatsregierung gegen den Oberprokurator Penzke zu unternehmen? Wird sie insbesondere ein Strafverfahren wegen Begünstigung und Amtsvergehens gegen ihn einleiten?



Was sagt der Bär?

Das Neueste:
Einheitsfahrtscheine für die meistbenutzten Verkehrsmittel Berlins.
Das Allbekannteste:
Einheitsnachfrage der Berliner Raucher nach der Cigarette von der es heißt:
Joseetti Juno
Berlins meistgerauchte 4.8 Cigarette

„Wir sind Gefangene.“

Von Oskar Maria Graf.*

Ich wurde nicht vernommen, sondern gleich in den Vorraum des Gefängnisses geführt. Dort stand ein langer Tisch, gleichgültig nahm mir der Wärter alles ab, was ich bei mir trug. Auch den Blumenstrauß notierte er als eingeliefert. Der Soldat ging. Ein anderer Wärter brachte mich in die Zelle dreizehn. Es war ein Raum mit ungefähr neun Holzpritschen, die vollauf besetzt waren. Außerdem stand auf jedem Fleck wer. Man konnte nicht auf und ab gehen, nur sich notdürftig aneinander vorbeidrängen und hin und wieder an den zwei kleinen, offenen Gitterfenstern ein wenig Luft schnappen. Eine buntemischte Gesellschaft, hauptsächlich Arbeiter, einige Kellner und Schieber, ein Herr in hellem Sportkostüm und ein bebrillter Redakteur, umgab mich.

„Ah, auch unschuldig?“ fragte ein jeder Arbeiter ironisch, und alle lachten. Ich lachte ebenso.

„Geschoben?“ erkundigte sich der eine Kellner.

Ja, Schweißgeruch, Gestank herrschten drückend. Hinten auf dem Klosett sah immerfort ein alter, volubärriger Arbeiter, graunzig, drückte und klagte über seine schmerzenden Hämorrhoiden. Einige hockten in kleingepferchtem Kreis in einer Reihenscheide und spielten lärmend Tarock. Viele pfliffen, sangen, unterhielten sich, und es gab wieder welche, die einfach stumm und leer vor sich hinstarrten. Nachdem ich endlich die Situation ein wenig erfasst hatte, wurde mir leichter. Wenigstens keine Einzelzelle, wenigstens unter einem Haufen, und immer keine Abwechslungen, dachte ich ruhig. Das Anfreunden ging schnell. Ich fragte herum und erfuhr fast stets das gleiche. „Begen roter Umtriebe“, war die immer gleiche, gefasste Antwort. Keinem lag was dran. An das Morgen dachte niemand, jeder fügte sich, so gut es ging, ins Ganze. Von Zeit zu Zeit ging immer wieder die Tür auf, und ein Neuverhafteter wurde hereingeschoben.

„Ja, Herrgott, wir haben ja sowieso keinen Platz mehr!“ schimpften die meisten.

„Wird schon leerer“, meinte der Wärter und zog die Tür wieder zu.

„Sa, wenn wieder ein Duzend erschossen werden!“ schrien die meisten höhnisch. Und dann stand der Reuling da wie ein begossener Pudel, und alles lachte gastenfröhlich: „Ah, auch unschuldig, was?“ Sagte er ja und wollte beteuern, so wurde das Gelächter noch stärker. Gutmütige Spöttereien mischten sich ineinander: „Jaja, mich sind ja alle unschuldig, Kamerad! Aber da bruchst überhaupt gar nichts sagen! Da geht's sehr einfach! Ob du was gemacht hast oder nicht, der Schöffe wirst doch! Am gefährlichsten ist's schon, du sagst gleich, du hast zwanzig Weiber niedertrottelhaft.“

„Schmier ein!“ kam es aus der Tarockecke und „Ah, haut schon! An Herzjehma! Mens gehört's“ sekundierte der andere Spieler.

In wenigen Minuten war so ein Neugekommener sicher und gehörte zu uns. Voll und immer voller wurde es. Wie die Heringe standen wir aneinander, heiß und heißer wurde es, Bäuse und Flühe, Banzen und Ruffen gab es. Ich schob mich hin und her, zog mich an den Gitterstäben des Fensters hoch und blickte in den Polizeihof hinunter. Da standen rundherum Gewehrpyramiden und Abteilungen von Soldaten, Maschinengewehre und Bagagewagen. Auch an den anderen, gegenüberliegenden Zellenseiten sah ich hochgeredete Köpfe, es schrie herüber, es wintzte. Plötzlich pochte drinnen ein Soldat ein Gewehr und schrie anlegend herauf: „Beg da! Wen, ihr Hunde!“ Dann wurden die Fenster wieder für eine kurze Zeit leer. So vergingen die Stunden. Dunkel wurde es, Licht kam in der Decke, zwei Wärter brachten dünne Suppe und je ein Kommissbrot.

„Ja, wie ist's denn da mit dem Schlafen?“ erkundigte ich mich. „Schlafen?“ lachte ein Kamerad. „Jaja, das ist sehr einfach, du hast ja deine zwei gesunden Fäße noch. . . Na also. . . Da siehst einmal auf dem einen, dann wieder auf dem anderen, und ble und da kannst du auch Glück haben und kommst auf die Pritsche.“

Dann kam also die Schlafenszeit. Wirklich lag alles bergleich übereinander auf den Pritschen und darunter. Der Rest versuchte stehend, an die Wand gedrückt oder aneinanderlehnd, zu schlafen. Das ging aber nie sehr lange. Auf einmal fing das Rauschen an. Alles, was stand, sackte schief hin, rührte sich wieder und tappete schlaftrunken herum. Flühe knurrten, Gemurmel fing an, Unterhaltungen begannen und brachen ermattet wieder ab. Schredlich langsam verließen diese dunklen Stunden. Die Augen taten weh, der Körper juckte, man scharrte und stieß dabei den Nebenmann. Der murrte ein wenig und schnauzte schwer auf. Aus einer Ecke stöhnte ein Lungenkranker, der nachmittags eingeliefert worden war, leuchtete, hustete wie sich erschreckend und spuckte. Dort iräumte einer laut und schlug herum. Die neben und auf ihm Liegenden wachten auf, wedten ihn und versuchten sich anders zu placieren. Um den Abort stritten einige, das Wasser tauschte, irgendwer schimpfte und verlangte Ruhe. Endlich, endlich wurde es langsam hell, und fast fiel das Licht über den wüsten Schlafberg, der allgemach wieder lebendiger wurde. Eine Blechschale voll schwarzen Kaffees gab es und wieder Kommissbrot, truppweise dursteten ab und zu welche in die Waschzellen.

Das Frühstück war angekommen und hatte mich auf der Polizei erfragt. Es durfte aber nicht herein. Der Wärter reichte mir durch die vieredrige Türöffnung eine Konservendbüchse, Brot und einige Zigaretten. Wie jeder hier, keltete ich aus. Gemeinsam wurden die Zigaretten bis zum letzten Stummel geraucht, dann streifte einer die Blut weg und zerkaute das Uebergebliebene.

„Schuster!“ brüllte der Wärter draußen abermals. Der Gerufene kam heran und ging durch die offene Tür. Zwei Soldaten nahmen ihn in die Mitte und führten ihn über die steinernen Treppen hinauf.

„Mensch, endlich fangen sie doch einmal mit dem Verhöören an“, sagte ein unterwachsener Arbeiter. Ich erfuhr, daß einige schon fünf und acht Tage unverhört hier waren. Manchmal kam der Geholte wieder, manchmal nicht mehr. Die einen mutmaßten, er sei erschossen worden, die andern waren der Meinung, man habe ihn in ein anderes Gefängnis gebracht. „Erschossen wird da herinnen kaum einer. . . Ja, vielleicht in den ersten Tagen! . . . Jetzt nicht mehr. . . Wir können ja von Glück sagen, daß man uns erst so

spät gefaßt hat“, sagte ein Arbeiter und fing zu erzählen an von den Erschießungen im Schlacht- und Viehhof und im Hofsträußler. Viel mehr unschuldige, denunzierte und willkürlich festgenommene Zivilisten als Rotarmisten seien an die Wand gestellt und ohne Verhör einfach niedergeknallt worden, berichtete er. Kein Wort war erlogen. Später mußte sogar der Polizeibericht und derjenige des sozialdemokratischen Aktionsausschusses dies zugestehen.

Ich sagte, was ich im Ostfriedhof gesehen hatte. „Ja, das sind die sogenannten standrechtlich Erschossenen“, meinte ein anderer Kamerad: „Gell, Weiber hast du unter den Toten gar nicht gesehen?“

„Rein.“

„Die hat man weggeräumt, damit es nicht so feig aussieht“, sagte er.

Eine Weile verging schweigend.

„Mensch, für das hat man im Feß den Schädel hingehalten“, brummte einer.

Die Tür ging auf. Ein Neuer kam. Ein ungefähr vierzigjähriger, zerbeht dreinsiehender Arbeiter war es. Er blieb stehen und schaute, als wolle er jeden auffressen. Als wir ihn gemächlich an-

Helden der Schwarzen Reichwehr.

1923



„Das Schwein, der Severing muß gefilkt werden.“

1927



„Wir glaubten doch, Herr Severing hätte uns Amnestie bewilligt.“

redeten, brüllte er auf einmal furchtbar auf, rante an die Tür und versuchte, dran zu reißen, schrie, schrie: „Meine Frau stirbt! Meine Frau! Laßt mich hinaus!“ Der Wärter kam und schimpfte herein, ging wieder. Der Mann fing gräßlich zu heulen an, rante herum wie ein Irrsinniger, fand den Abort und zerstampfte ihn mit seinen schweren Stiefeln. Wie übermühten ihn und beruhigten ihn, so gut es ging. Er blieb schlatternd auf der Pritsche liegen, starrte irr zur Decke, dann brüllte er wieder furchtbar auf: „Meine Frau! Die Hundel! Die Regger! A—a—ach!“ Und meinte, meinte.

Ein anderer wurde hereingeschoben, und blühschnell war der Weinende an der Tür, aber sie klappte schon wieder zu. Der Rosenbergh abermals dran und fiel bleich und wuschäumend lang hin, schlug um sich. Wir legten ihn wiederum auf die Pritsche. Einer tauchte sein Taschentuch ins ausgelassene Abortwasser und legte es dem Schreienden auf die heiße Stirn. Der Mann fing wieder sein verzweifertes Weinen an, und nun meinte auch der Lungenkranker hustend auf, stoßwelse, immerfort.

Der Neugekommene erzählte von der Festnahme Beviné-Riffens.

„Den erschlehen sie wie einen Hund!“ sagte jemand.

„Aber sicher! . . . Der kann noch so recht haben, er wird hingemacht!“ gab ein anderer zurück.

„Der muß da herinnen in der Polizei sein“, sagte der Neue wiederum. Die neben ihm hoben die Köpfe und schauten ihn an.

„Da? Da herinnen? . . . In der Polizei?“

„Ja, da herinnen. . . Er muß in einer Einzelzelle sein.“

Auf einmal drängte sich jeder um den Neugekommenen, auf einmal fragte jeder, auf einmal mich die Gleichgültigkeit, auf einmal belebte sich jedes Gesicht.

„Da? . . . Ganz gewiß? . . . Wirklich? . . . Da, in der Polizei?“

Abermals bejahte der Neue. Jetzt mußten es alle, jetzt schaute jeder sekundenlang dem andern in die Augen, ein stockendes Schweigen setzte ein, nur die Weinenden hörte man noch, und auf einmal schrien eifrige aus der Mitte: „Hoch! Hoch Beviné-Riffen!“ Und wie ein läches, aufmunterndes Signal ergriff es alle.

„Schreit das nicht, da geht's uns schlechter“, mahnte der im Sportkostüm lässlich.

„Zeigling!“ plärrte ihn einer drohend an, und wie auf ein Zeichen wiederholte die ganze Zelle: „Hoch! Hoch, Beviné-Riffen! Hoch!“

(Schluß folgt.)

Der Sieg des Lebens.

Von Willi Pöp.

Der Moralist möge fragen, der Gottesgelehrte studien, der Skeptiker lachen und sich sonst jeder in gewohnter oder ungewohnter Weise betätigen — die Aussichten für einen Weltuntergang werden immer geringer.

Der Naturforscher ist Zeuge. Die Wirbelsäule und Erdbeben, die die ganze Erde abmurksen sollen, wollen nicht kommen. Das

Meer will nicht austrocknen, aber auch nicht alles überschwemmen, und die Eiszeit fühlt sich anscheinend in Grönland so wohl, daß sie nicht an Stalaktiten denkt. Mit den astronomischen Katastrophen ist es noch schlimmer. Der Mond weigert sich hartnäckig, wie mancher Abgeordnete, seinen Platz zu verlassen und uns auf den Kopf zu fallen, wie es die Weltreisende doch so nötig für ihre Theorie brauchen, die Sonne denkt einfach nicht daran, kälter zu werden (2 Grad jährlich sind Vorhersicht, aber die hat sie wohl nicht gelassen), und die schrecklichen Kometen wird Hagendeb wohl nächstens einlangen lassen und drossieren. Also eine Katastrophe größeren (wirklich weitbedeutenden) Ausmaßes — na, also höchst ungern.

Und wenn, dann würde das Leben mit ihr fertig werden. Wie, das haben wir schon einmal vorgemacht bekommen bei einem kleinen Privatweltuntergang im fernen Anfulinde.

Es war 1883 im August, mitten in der blauen Sandsee. Die Vulkaninsel Krakatau explodierte buchstäblich. Kaum die Hälfte blieb von ihr übrig. Der Rest wurde 20 Meter hoch mit Asche und glühendem Binsstein bedeckt. Ein Inselchen in der Nähe, „Berlaten Island“, wurde ebenso verhöflet, eine 30 Meter hohe Klüftelebene vernichtete auf Java und Sumatra 40 000 Menschenleben. Bis Genlon hörte man den Donner der Katastrophe. Als nach Kalifornien und Frankreich kam ein Rest der Staubwolke. Wenn jemals ein Erd unbedingt sicher war, kein jahrlanger Faltschick zu sein, so war es der, daß kein Lebewesen auf Krakatau und Berlaten Island am Leben geblieben war. Nun war es dem Direktor des Botanischen Gartens zu Boitzenburg bei Potsdam vergönnt, auf zwei Expeditionen zu beobachten, wie die Natur das Stück toter Welt zurückzubereite.

Drei Jahre nach dem Unglück tat er die erste Fahrt. Da war auf Krakatau schon „etwas los“. Auf den Binsstein- und Lababrocken klebten sonst die topfgrüne schwarze Gasteridumpfen, Algenkolonien. Ferner hatten sich elf tropische Farne eingekunden, zwei Gräser und vier Blumen. Alle hatten sich schon nach Möglichkeit ausgebreitet — diese im Innern, am Strande war der Fels von 11 Sorten verschiedener Strandpflanzen erleuchtet worden.

Elf Jahre später die zweite Fahrt. Da fanden sich außer den schon vorher dagewesenen Ansiedlern noch eine Wolfsmilchpflanze, Pandanus, Trichterwinden, Leguminosen, Gräser, sogar Kokospalmen, Farne, Zuckerpalme, Mangos, Eichen und alles Mögliche andere. Weiter im Innern Erdorchideen und große Korblücker inmitten kleiner Farnwälder. Berlaten Island hatte außerdem noch kleine Becken von Kalkbäumen, die eigentlich in Australien heimisch sind.

Der Generallappell ergab: 23 Algen, 12 Farne und 50 Blütenpflanzen. Vor 11 Jahren waren es 8 Algen, 11 Farne und 15 Blütenpflanzen gewesen. Als Transportwege der Sporen und Samen fand man heraus: Für alle Algen, Farne und 17 Blütenpflanzen den Wind. Für 32 der letzteren die Wellen, und für den Rest Transport durch Seevögel und Flughunde. Eine Tierstatistik liegt mir leider nicht vor. Man wird an das denken müssen, das da fliegen oder schwimmen kann.

Wenn es einmal durch ungeahnte Möglichkeiten einem ganzen Planeten so schlecht gehen sollte, so helfen die anderen aus, wie hier die Nachbarinseln; sie senden Bazillen durch den leeren Raum, und dann beginnt eben das Entwicklungsvermögen von neuem.

Also, Väter, vernimm den Geschehe traurigen Ausgang. Du bist, da du dies liest, noch lebendig und gehörst somit zur Angelegenheit „Leben“ — und das ist eine Sorte, die sich nicht unterkriegen läßt. Und dein eigenes Leben wirst du wohl auch zu Ende leben müssen — schade, man wäre ganz froh, auf eine so anständige und vornehme Art, wie es ein Weltuntergang doch nun einmal wäre, dem Sammetial zu entschlüpfen.

Aber es hätte ja keinen Zweck, denn nach uns würden doch nur andere kommen, die denselben Wunsch hätten.

Die Väter des Bieres.

Die alten Babylonier sind schon vor sechshundert Jahren leidenschaftliche Biertrinker gewesen, sie sind die „Väter des Bieres“. Die Bedeutung der Bierbereitung im alten Babylonien behandelt ein Aufsatz von Dr. C. Huber im neuesten Heft der „Anschau“. Aus den Archiven der königlichen Domänen und Tempelarchive, die bei den Ausgrabungen entdeckt wurden, erfahren wir, daß schon Ende des fünften Jahrtausends regelmäßig aus den Magazinen der Könige bestimmte Mengen Emmer, Gerste und Gerstmalz an den „Vorstand des Bierhauses“ überwiesen wurden, um verschiedene Bierarten herzustellen. Aus derselben Zeit sind „Brauereien“ der Brauereidirektoren erhalten, in denen sie über die Verarbeitung der Rohstoffe Rechenschaft ablegten. Neben dem Dattelmilch war das Bier das einzige alkoholische Getränk der alten Babylonier, denn der Wein aus Trauben wurde aus dem Ausland eingeführt und war nur ein Luxusgetränk der „großen Herren“. Dagegen stand der Biertrug im alten Babylonien ebenfalls auf dem Tisch des Königs wie auf dem des Arbeiters. Das Bier war der flüssige Teil der täglichen Nahrung; die Gefäße und Köpfe wurden zum Teil in Bier ausgegallt. So erhielten die Arbeiter täglich ein Maß Bier, die höher entlohnerten Spezialarbeiter zwei, die Beamten und „akademisch“ Gebildeten drei bis fünf Maß Bier. Ebenso spielte dieses Getränk beim Opfer eine große Rolle. Bier und Brot wurden täglich den Göttern dargebracht, und zwar regelmäßig ein Maß, die Menge, die als die Norm für den täglichen Lebensunterhalt des Menschen betrachtet wurde. Bei festlichen Anlässen wurden auch Krüge mit 10 und 27½ Maß gegopert, und als Dank für einen Sieg brachte König Gudea Opfer in „alten Vagelbier“, so reichlich, daß der Vorsoal des Tempels wie „ein großes Meer“ war.

Das altbabylonische Bier unterscheidet sich von allen Bierarten der übrigen antiken Völker dadurch, daß dabei Malz und ein oder auch zwei Rohfruchtarten verwendet wurden. Als Rohfrucht wurden Emmer und Gerste zu gleichen Teilen, zur Malzbereitung nur Gerste verwendet. Die alten babylonischen Bierbrauer stellten Trockenmalz auf Borral her und bereiteten aus Malz und Rohfrucht helle „Bierbrote“, aus denen das helle Bier, und „Röstbierbrot“, aus denen dunkelbraunes Bier gemacht wurde. Wie der deutsche Name „Brauere“ ursprünglich „Malzmacher“ bedeutet, so werden die babylonischen Bierbrauer als die Leute bezeichnet, „die das Malzbrot machen“. Ob bei der Gärung Hefe demut wurde, wissen wir nicht. Gewöhnlich wurde das Bier nach vollendeter Gärung als Jungbier gekuntet. Es wurde aber auch Vagelbier in große Tonnen gefüllt, die im Boden des Bierkellers vergraben waren. Hier machte das Bier noch eine Nachgärung durch, bis es dann in verblegenden Krügen, die zwei bis fünf Maß füllten, für festliche Gelegenheiten aufbewahrt wurde. Es gab auch „Mischbier“, bei denen eine Art Malzgetraut durch Mischung mit Wasser zu gebrauchsfertigem Jungbier verarbeitet wurde. Im ganzen werden in den altbabylonischen Urkunden 16 verschiedene Bierarten angeführt; von diesen war die größere Anzahl Spezialbiere, die nur bei Festen auf die Tafel kamen. Im altbabylonischen Haushalt begnügte man sich mit dem „gewöhnlichen Gerstbier“, dem „Schwarzbier“, dem „guten Schwarzbier“ und dem „prima Bier“. Bei Tisch wurde das Bier aus hohen Beckern oder hohen Schalen getrunken; es mußte dann erst durch Selben mit einem Weinestuch von den Getreidekörnern und Bierbrotsresten befreit werden. Lässige Jecher aber laugten den Gerstentranf aus langen Röhren direkt aus dem großen Krüge, und diese Sitte des „Bierlaugens“ ist von anderen antiken Völkern übernommen worden. So laugten das Bier auch die germanischen Völker am Schwarzen Meer, und mit ihnen kam dann das Hopfenbier, das die Babylonier in späterer Zeit verfertigten, während der Völkerwanderung nach Deutschland.

*) Oskar Maria Graf, der Münchener Dichter, läßt demnächst im Dreß-Nastken-Verlag, München, seine eigene Werdegeschichte unter dem Titel „Wir sind Gefangene“ erscheinen. Diese ungewöhnliche Autobiographie erzählt nicht nur das Leben und schwere Verden eines Menschen und Dichters, sie umspannt die Zeit von 1905 bis 1919 und schildert die Ereignisse dieser letzten zwei Jahrzehnte. So wird das Buch zu einem menschlichen und zeitgeschichtlichen Dokument. Wir sind vom Verlag ermächtigt, das Kapitel, das die Münchener Revolutionserfahrungen überliefert, zum Abdruck zu bringen.

BILLIGE-ANGEBOTE

Kleiderstoffe

Wollmusselin	1 ⁴⁵
ca. 80 cm breit, diverse Muster.....Meter	
Reinw. Batist	1 ⁷⁵
in vielen Farben.....Meter	
Popeline	1 ⁹⁵
reine Wolle, in verschiedenen Farben.....Meter	
Reinwoll. Karos	2 ⁸⁵
ca. 100 cm breit, neue aparte Stellungen.....Meter	
Rips-Popeline	3 ⁶⁵
reine Wolle, ca. 130 cm breit, grosses Farbensort, Mtr.	
Kasha reine Wolle	4 ⁹⁰
ca. 130 cm breit, neue Melangen.....Meter	
Shetland reine Wolle	5 ⁹⁰
ca. 140 cm breit, schwere Mantelware.....Meter	
Stoffe für Mäntel und Kostüme , imprägn., ca. 130 cm breit.....Meter	6 ⁹⁰

Strümpfe

Damen-Strümpfe	95 Pf.
in Baumw., Doppelf., od. Herren-Str., mod. Jacquardmuster, Paar	
Damen-Strümpfe	1 ⁴⁵
in Kunstseide, mit Naht, oder Herren-Socken, prima Seidenfaser, feinfädig, mit Doppelsoble, Paar	
Damen-Strümpfe	1 ⁷⁵
prima Seidenfaser, besonders feinfädig, Hochglanz, Brauns & Weiss	
Herren-Socken	1 ⁹⁵
prima Fil d'écose, in neuen, eleganten Mustern.....Meter	
Damen-Strümpfe	2 ⁹⁵
Bemberg-Seide, (künstliche Waschseide).....Meter	

Unsere Spezialqualität:
Florstrümpfe Hertie 2⁵⁰
 mit besonders guter Verstärkung, schwarz u. farbig, Paar

DAMEN-BEKLEIDUNG

Popelinekleider	12 ⁵⁰
mit langen Ärmeln, farbigem Einsatz und Knopfparierung.....Meter	
Popelinekleider	16 ⁵⁰
mit langen Ärmeln, Rock in moderner Faltenstellung.....Meter	
Jumperkleider	29 ⁵⁰
in Rippe, mit moderner Stickereiverzierung und Fliesserock.....Meter	
Waschseiden-Jumper	1 ⁹⁰
(Kunstseide), offen und geschlossen zu tragen.....Meter	
Waschseiden-Jumper	4 ⁵⁰
(Kunstseide), Schotten, mit langen Ärmeln und Kragen, in schönen Mustern.....Meter	
Pullover aus guter Kunstseide	9 ⁷⁵
mit langen Ärmeln und Kragen, mit Gürtel nett verarbeitet, Größe 42-50.....Meter	
Sportjacken	15 ⁵⁰
Wolle mit Kunstseide, mit reichem Wollbesatz, in lebhaften Farben.....Meter	

Wachstoffe

Creplin	1 ¹⁰
moderne Druckmuster.....Meter	
Trachtenstoffe	1 ⁴⁵
leicht, luft- und waschecht.....Meter	
Waschseide	1 ⁸⁵
Kunstseide mit Baumwolle, aparte Neuheiten, Meter	
Vollvoile	2 ⁵⁰
neue Blumenmuster, ca. 100 cm breit.....Meter	
Voile	3 ⁵⁰
Bojötren, ca. 125 cm breit, moderne Muster.....Meter	
Kunstseide	2 ⁹⁰
mit Baumwolle, aparte Blumenmuster, ca. 100 cm breit.....Meter	

Seidenstoffe

Waschsamt	1 ⁹⁰
viele Farben, für Kinder-Kleidung u. Morgensätze, Mtr.	
Bastseide	2 ²⁵
naturartig, ca. 80 cm breit.....Meter	
Bemberg-Adler-Kunstseide	1 ⁹⁵
moderne, schwarz/weiß, Schotten.....Meter	
Damassé	2 ⁸⁵
schwere Qualität, ca. 85 cm breit.....Meter	
Bastseide	4 ⁵⁰
ca. 80 cm breit, moderne Druckmuster.....Meter	
Armure Jacquard	4 ⁹⁰
für Mäntel, doppeltbreit.....Meter	
Taffet reine Seide	6 ⁵⁰
doppeltbreit, schwarz und farbig.....Meter	
Ottomane	6 ⁹⁰
für Mäntel, doppeltbreit.....Meter	

Trikotagen

Damen-Schlüpfer	1 ⁴⁵
Kunstseide, (Tanablenchen), in satten Farben.....Meter	
Damen-Schlüpfer	3 ⁹⁰
Kunstseide, gestreift, in Qualität, grosse Farbenwahl.....Meter	
Herren-Jacken	1 ⁹⁵
makofarbig, 3/4 oder 1/2 Arm.....Meter	
Herren-Hemden	2 ⁹⁵
makofarbig, mit Doppelbrust.....Meter	
Herren-Hosen	2 ⁴⁵
makofarbig, gute Qualität, alle Größen.....Meter	

Herren-Hemden 95 Pf.
 mit Vorderschluss, naturfarbig oder gebleicht

HERMANN TIETZ

Leipziger Str. * Alexanderplatz * Frankfurter Allee * Belle-Alliance-Str. * Brunnenstr. Kottbuser Damm * Wilmersdorfer Strasse * Grosse Frankfurter Str. * Chausseestr.

Commerz- und Privat-Bank

Hamburg Aktiengesellschaft Berlin

57. Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1926

Während das Jahr 1925 noch völlig unter dem Zeichen der Krisis stand, die mit der Stabilisierung der deutschen Wirtschaft einsetzte, trat im abgelaufenen Jahre eine Besserung unserer Wirtschaftsverhältnisse ein. Allerdings hat die Krisis sich in den ersten Monaten des abgelaufenen Geschäftsjahres noch fühlbar gemacht; seit Mitte Mai vollzog sich jedoch ein Umschwung, der bis Ende Dezember immer sichtbar wurde und auch im laufenden Jahre bisher angehalten hat.

Die deutsche Industrie hat im Berichtsjahre die schon früher begonnene Rationalisierung weiter fortgeführt. 1926 ist ein Jahr der industriellen Konsolidierung gewesen, die sich auch vor allem durch die Zusammenfassung gleichartiger und verwandter Betriebe zeigte. Dabei ist bemerkenswert, dass diese Verschmelzungen oder Umwandlungen nicht an den Landesgrenzen haltmachten, sondern sich auf die Industrien verschiedener Staaten ausdehnten und damit wesentlich den Grund zu einem wirtschaftlichen Frieden in Europa legte; die bedeutendsten Zusammenschlüsse bilden die I. G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft und die Vereinigte Stahlwerke Aktiengesellschaft.

Einen Aufschwung für das deutsche Wirtschaftsleben brachte der englische Bergarbeiterstreik, im besonderen für die deutsche Kohlenindustrie, die ihre alten großen Haldebestände fast völlig räumte und ihre Produktion steigern konnte. Die Lage der deutschen Landwirtschaft ist noch immer unbefriedigend, zumal die schlechte Witterung des vergangenen Sommers sowohl Brotgetreide als auch Kartoffeln quantitativ wie qualitativ schweren Schaden zugefügt hat. Hoffentlich tragen die auf dem Gebiet der Kreditgewährung geschaffenen Erleichterungen dazu bei, dem deutschen Landwirt über die andauernde Krisis hinwegzuhelfen.

Außenpolitisch zeigt das Jahr 1926 eine weitere Entspannung, die durch Deutschlands Aufnahme als ständiges Mitglied des Völkerbundes äußerlich in Erscheinung trat. Es steht zu hoffen, dass die Forderungen Deutschlands, die als Grundlage für seine zukünftige Existenz dienen, in den zu führenden Verhandlungen und in der Weltwirtschaftskonferenz als berechtigt anerkannt werden und gegenseitige Einlenken zu einem annehmbaren Resultat führt. Unsere Außenhandelsbilanz stellte sich günstiger als im Jahre 1925, da im reinen Warenhandel nur ein Ueberschuss der Einfuhr von etwa 130 Mill. RM vorliegt; inwieweit man hieraus nicht einfach auf eine Besserung der Vertriebslage schließen kann, Einerseits waren im Jahre 1925 übergroße Warenkäufe vorgenommen worden, die noch im darauffolgenden Jahre zur Befriedigung des Bedarfes herangezogen werden konnten, andererseits spielten niedrigere Preise beim Import von Rohstoffen und die Ausnahmscheinung der erhöhten Kohlenzufuhr eine erhebliche Rolle.

Während das Jahr 1925 ein Jahr der Kapitalknappheit war, herrschte in der Berichtsperiode überwiegend anhaltende Geldfülle. Die Gelder aus den Auslandsanleihen, die naturgemäß nicht sofort für ihre Zwecke Verwendung fanden, ferner die in der öffentlichen Hand angesammelten großen Beträge aus Steuererläufen und aus Zöllen suchten Unterbringung an offenen Märkten.

Die Reichsbank hatte die Genugtuung, ihre vorsichtige Politik als richtig anerkannt zu sehen, und war namentlich stark genug, nachdem durch ihre Maßnahmen die Furcht vor einer neuen Inflation geschwunden war, den Kreditbedürfnissen durch Herabsetzung des Reichsbankdiskontes Erleichterung zu verschaffen. Wir folgten unserer Kundschaft gegenüber ebenfalls durch Ermäßigung der Sollzinsen und der Provisionsätze, trotzdem wir die Habenzinsen nur in einem geringeren Verhältnis herabsetzten und die Unkosten im Betriebe sich kaum vermindern ließen. Der Reichsbankdiskont, der am Jahresbeginn 9% betrug, wurde bis Anfang Juli allmählich auf 6% ermäßigt. Der Jahresdurchschnitt für tägliches Geld stellte sich auf 3,31% gegen 9,06% im Vorjahre, der Satz für Privatkonten auf 4,91% gegen 7,62%.

Wenn auch die Kapitalbildung in Deutschland sich wieder langsam im Aufstiege befindet — haben doch die Einlagen der preussischen Sparkassen sich im Jahre 1926 von RM 1 126 537 000 auf RM 2 018 922 000, das heißt pro

Kopf der Bevölkerung von RM 28,50 auf RM 52,50 erhöht — so wäre die Geldfülle ohne die Unterstützung des Auslandes, hauptsächlich der Vereinigten Staaten von Amerika, nicht möglich gewesen. Im abgelaufenen Jahre sind zahlreiche Anleihen, in erster Linie von führenden deutschen Industrieunternehmen, im Ausland aufgenommen worden. Der Gesamtbetrag dieser Anleihen wird von der Berliner Handelskammer auf rund 1654 Millionen Mark geschätzt gegen 1472 Millionen Mark im Jahre 1925, wobei bemerkt sei, daß mit den im Jahre 1926 aufgenommenen Anleihen teilweise frühere kurzfristige Kredite zurückgezahlt wurden. Diese großen Summen sind gleichzeitig ein Beweis für das wachsende Vertrauen, welches das Ausland in die Konsolidierung der deutschen Verhältnisse setzt.

Der Zinsfuß für festverzinsliche Werte auf dem Inlandmarkt ging entsprechend dem Geldangebot zurück. Hatte noch am Jahresbeginn eine 8% Anleihe nur einen Emissionskurs von 85% erzielt, so konnten im Dezember 7% Anleihen zu 95% mit Erfolg aufgelegt werden. Im Januar 1926 notierten 10% Goldpandbriefe unter pari, während bei Schluß des Jahres 7% Goldpandbriefe den Pari-Kurs streifen.

Die Emissionsfähigkeit auf dem Markt der Anleihewerte war sehr umfangreich. Auch wir haben allein oder mit Freunden eine große Anzahl von Anleihen übernommen, die leicht placiert werden konnten. Die anhaltende Geldfülle sowie die teilweise bestehende Abneigung, langfristige Investitionen vorzunehmen, führten der Börse immer weitere in- und ausländische Käuferschichten zu, wodurch am Aktienmarkt unerwartete Kursrückgänge hervorgerufen wurden; Interessenkämpfe zur Erlangung nachgehenden Einflusses in einzelnen Gesellschaften trugen das ihre dazu bei. Die Gewinnergebnisse verschiedener Untersuchungen beweisen zwar, daß eine Besserung in den Betrieben eingetreten ist, doch drückt das derzeitige Kursniveau auch vielfach nur Zukunfts Hoffnungen aus.

Wenn sich in der deutschen Volkswirtschaft im allgemeinen eine Aufwärtsbewegung eingestellt hat und die Hoffnung besteht, daß auch im laufenden Jahre die weitere Gesundung anhält, so sind Rückschlüsse keineswegs ausgeschlossen. Noch immer ist die Zahl der Arbeitslosen groß; sie ist mit der Verkleinerung unserer Wirtschaftsgebietes durch den Frieden von Versailles und mit der Vergrößerung der Zahl der Arbeitssuchenden infolge Auflösung des stehenden Heeres nur teilweise zu erklären, sie zeigt vielmehr an, daß noch erhebliche Störungen im Wirtschaftsleben zu überwinden sind, bevor von einem normalen Gang der deutschen Wirtschaft gesprochen werden kann. Im engen Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit steht die verminderte Konsumfähigkeit weiter Kreise der Bevölkerung, die namentlich im Mittelstande eine Folge der Verarmung dieser Schichten ist. Dazu kommt, daß, wenn auch die internationale Verständigung im Jahre 1926 Fortschritte gemacht hat, das Ausland, von Ausnahmen abgesehen, bisher nur ein geringes Verständnis für die schweren Gefahren zeigt, die die Erhöhungen der Leistungen aus dem Dawes-Abkommen für die deutsche Wirtschaft mit sich bringt, zumal das Transferproblem noch seiner Lösung entgegensteht. Es scheint deshalb richtiger, die Aussichten des laufenden Jahres mit einiger Vorsicht und mit abwägender Kritik zu betrachten.

Während des Jahres 1926 waren wir an zahlreichen Konsortialgeschäften beteiligt, von denen der größte Teil im Berichtsjahre mit gutem Erfolg zur Abwicklung gelangte. U. a. haben wir mitgewirkt bei der Begebung von Schatzanweisungen der Reichspost sowie von Anleihen und Schatzanweisungen verschiedener Länder, Provinzen und Städte. Aus der Reihe von Konsortialgeschäften, die unter unserer Mitwirkung bzw. unserer Führung zur Durchführung gelangten, erwähnen wir:

5% Anleihe der Continental-Caoutchouc- und Gutta-Percha-Compagnie, Auldinger Aktien-Gesellschaft, Klöckner-Werke A.G., Saccharin-Fabrik Akt.-Ges. vorm. Fahlberg, List & Co., Vereinigte Deutsche Textilwerke Akt.-Ges., Cheminier Aktien-Spinnerei, Salzmann & Comp. Mech. Leinwand-Druck- und Seidenschweberei, Vorwölter Porzellan-Fabrik Planck & Co., 7% Anleihe der Hamburgischen Electricitäts-Werke Aktiengesellschaft,

Vereinigte Stahlwerke Aktiengesellschaft, Vereinigte Industrie-Unternehmungen Aktiengesellschaft (Vig), Mitteldeutsche Stahlwerke Aktiengesellschaft, Concordia Bergbau-Akt.-Ges., 6 1/2% Anleihe der Siemens & Halske, Akt.-Ges./Siemens-Schuckertwerke Ges. m. beschr. Haftung; Vorkursaktien der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft; neue Aktien der Hamburg-Amerika-Linie, Bank für Bran-Industrie, Deutsche Orientbank Akt.-Ges., Feidmühle, Papier- u. Zellstoffwerke Akt.-Ges., Holsten-Brauerei, Paradiesbetonfabrik M. Steiner & Sohn, Akt.-Ges., Rigauer Internationale Bank, Berliner Hypothekbank Aktiengesellschaft, Deutsche Hypothekbank (Actien-Gesellschaft), Norddeutsche Grund-Credit-Bank, Preussische Pfandbrief-Bank.

Ueber das Geschäft im einzelnen berichten wir: Der Gesamtumsatz betrug im abgelaufenen Jahre RM 85 690 099 555,00 gegenüber RM 66 543 412 776,81 im Vorjahre.

Das Geschäft in unseren Filialen und Depotkassen hat eine weitere Ausdehnung erfahren und ein günstiges Ergebnis erbracht.

Unsere anderen Beteiligungen haben befriedigende Resultate ergeben. — Die N. V. Hugo Kaufmann & Co's Bank in Amsterdam wird für das Jahr 1926 wieder 7% Dividende verteilt; die Bank hat im neuen Jahre ihr Kapital von fl. 1 500 000 auf fl. 2 500 000 erhöht.

Reports und Lombards weisen entsprechend dem lebhaften Effekten-Geschäft eine wesentliche Erhöhung auf.

Das Vorkursgeschäft auf Waren und Warenverfäufungen, dem wir stets eine besondere Aufmerksamkeit widmeten, hat an Umfang zugenommen.

Der erfreuliche Zuwachs des uns anvertrauten Geldes hat es ermöglicht, unserer Kundschaft mit erweiterten Krediten zur Verfügung zu stehen, was in der Steigerung der Debitoren von rund 294 Millionen Mark auf 566 Millionen Mark zum Ausdruck kommt.

Das Ergebnis des Zins- und Wechselkontos hat infolge der Ermäßigung der Zinssätze einen Rückgang erlitten; dagegen hat das Provisionskonto trotz der herabgesetzten Provisionsätze durch den erheblich gesteigerten Umfang des Geschäftes ein erhöhtes Ertragsresultat gebracht.

Das Wertpapier- und Konsortialkonto hat nach vorsichtiger Bewertung einen Ueberschuss von RM 2 258 996,09 aufzuweisen.

Die in unserem vorjährigen Bericht erwähnten Maßnahmen zur Verbilligung unseres Betriebes haben trotz der Ausdehnung der Geschäfte eine kleine Verringerung des Unkostenkontos herbeigeführt. Die Zahl unserer Beamten beträgt Ende 1926 7226 gegen 7109 Ende 1925. Demgegenüber zeigt das Konto Steuern und Abgaben neuerdings wieder eine Erhöhung.

Aus dem in der vorliegenden Bilanz ausgewiesenen Reingewinn von RM 8 049 687,15 (inkl. RM 1 329 540,13 als Vortrag) besitzungen wir 11% Dividende zu vertheilen und demgemäß den Gewinn wie folgt zu vertheilen: 4% auf das Aktienkapital von RM 42 000 000,— . . . RM 1 680 000,— in den Reservefonds „ 411 888,— Gewinnanteil an den Aufsichtsrät „ 1 500 000,— 7% weitere Dividende „ 2 940 000,— Vortrag „ 1 517 807,15 RM 8 049 687,15

Um unsere eigenen Mittel dem gesteigerten Geschäftsumfang anzupassen, haben wir durch Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung vom 8. Februar 1927 unser Aktienkapital von RM 42 000 000,— um RM 18 000 000,— erhöht; die neuen Aktien sind vom 1. Januar 1927 ab dividendenberechtigt. Das Agio aus dieser Kapitalerhöhung fließt dem Reservefonds zu.

Hamburg, im März 1927.
 Berlin,

Der Vorstand.

Die gute Konjunktur der Werften.

Aber Hungerlöhne und Ueberstunden der Belegschaften. — Und die Regierung hilft dazu.

Unmittelbar vor Ausbruch des Weltkrieges verfügten die gesamten deutschen Schiffsbaubetriebe über eine Belegschaft von etwa 75 000 Köpfen. In den Kriegsjahren, in denen zur Bewältigung der zahlreichen, immer sehr eilig auszuführenden und durch die entstehenden Verluste sich stets wiederholenden Neubau- und Reparaturaufträge für die ehemalige kaiserliche Marine naturgemäß auf allen Werften Hochbetrieb herrschte — ein Hochbetrieb, der das Entstehen mehrerer neuer Werften herbeiführte, die sich auch für die Nachkriegszeit noch ein lohnendes Geschäft versprachen — erhöhte sich die Arbeiterzahl, vermischt mit weiblichen Arbeitskräften, zeitweilig auf mehr als 100 000 Leute. Ende 1918, als der ganze Kriegsherrlichkeit ein jähes Ende bereitet wurde, blieb die Hoffnung der Unternehmer auf den Bau einer neuen, gewaltigen Kriegsmarine unerfüllt, und diejenigen Werften, die bisher in der Hauptsache für die Marine gearbeitet hatten, mußten sich auf den reinen Bau von Handelsfahrzeugen umstellen.

Damit vergrößerte sich die Konkurrenz

bei der Vergabe der für den Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte herzustellenden Schiffe, zu deren Bau der Staat aus den vom Volke aufgetragenen Steuern Zuschüsse bis zu 700 Millionen Mark leistete, enorm. Immerhin besetzte dieser Wiederaufbau allen Werften bis zum Jahre 1921 noch reichliche Beschäftigung; erst dann ging es langsam bergab. Parallel mit der Abwicklung des Rebauprogramms fiel die Gesamtarbeiterzahl der Werften im Laufe der nächsten Jahre bis auf etwa 40 000 Mann. Mit dieser Arbeiterzahl war ein Tiefstand erreicht, wie ihn der deutsche Schiffbau seit Jahrzehnten vorher nicht zu verzeichnen gehabt hatte.

Die Folgen äußerten sich zunächst in ständig zunehmenden Arbeiterentlassungen sowie in der Schließung und Stilllegung mehrerer der neueren, im Kriege entstandenen Werften. Im Jahre 1925 mußten aber auch alle, gutbetriebsfähigen Schiffsbaubetriebe, wie die Reiherrschleppwerft in Hamburg, die Howaldtswerke, Kiel, und andere ihre Pforten schließen, und es blieben schließlich, nachdem bis in den September 1926 hinein ein weiteres Zusammenschmelzen der Arbeiterzahl erfolgt war, neben einer erheblichen Zahl von Werften, denen jeden Tag das gleiche Schicksal blühen konnte wie den vorerwähnten Betrieben, nur ganz wenige Großwerften übrig, die sich noch einigermaßen zu behaupten vermochten. In dieser Krisenzeit, deren Bestehen offen zugegeben werden soll, tauchte bei den Werften zuerst der Gedanke auf, durch eine Konzentration noch dem Beispiel vieler anderer Industrien der Lage wieder Herr zu werden. Viele der noch bestehenden etwa 30 Seeschiffswerften versprachen sich von dieser

Konzentration eine gleichmäßige Verteilung

der wenigen, damals zur Vergabe gelangenden Neubaufträge und auch eine ausgeglicheneren Bearbeitung des Reparaturgeschäfts. Es war in jenen Tagen die Rede von der beabsichtigten Bildung eines Nordseewerkertruffs. Die Konzentrationsbestrebungen scheiterten aber zunächst an dem Widerstand der vereinzelten besser beschafften großen Schiffbauanstalten, bis es gegen Ende des Jahres 1926 dem Bremer Bankier Schroeder gelang, die drei Werften Weser A.-G., J. C. Tecklenborg und die Vulkan-Werke, Hamburg, unter der Firma Deutsche Schiffs- und Maschinenbau A.-G. zu vereinigen. Da diese Gruppe auch noch Anstalten machte, die Deutsche Werft A.-G. zu sich herüberzuziehen, um ihren Einfluß in Hamburg weiter zu verstärken, lehnte nun von dort aus eine Gegenaktion ein, die unter Anteilnahme der bedeutendsten Seeschiffswerft, der Firma Blohm u. Voß, Hamburg, die bisher dem Konzentrationsgedanken durchaus abhold gegenüber gestanden hatte, zu der Bereinigung des Leibbetriebes der Deut-

schen Werft A.-G., Hamburg-Tollerort, mit der seit Anfang 1926 unter der Firma Reiherrschleppwerft und Maschinenfabrik Wegel u. Freitag A. a. A. wieder in Betrieb gesetzten alten Reiherrschleppwerft führte. Das neue Unternehmen erhielt die Firmenbezeichnung Reiherrschlepp-Deutsche Werft A.-G.

Mittlerweile waren den deutschen Reedereien, insbesondere durch den englischen Bergarbeiterstreik, der nahezu die gesamte Schifffahrt des Inselreiches lahmgelegt hatte, im letzten Halbjahr 1926

ungeahnt hohe Verdienste

in den Schoß gefallen. Was auch das letzte der in den Kriegs- und Nachkriegsjahren den Reedereien mehrfach von der Regierung gemachten Kreditgeschenke — der 50-Millionen-Schiffbaufonds — nicht vermocht hatte, trat jetzt in Erscheinung. Die Reeder gaben ihre bis ins dritte Vierteljahr des Jahres 1926 beobachtete Zurückhaltung in der Auftragserteilung auf Schiffneubauten nach und nach auf; sie bestellten, nachdem im vorangegangenen halben Jahr zusammen nur etwa 50 000 Brutto-Register-Tonnen an Neubauten in Auftrag gegeben worden waren, im Oktober 1926 etwa 87 000 Br.-Reg.-T., im November etwa 125 000 Br.-Reg.-T. und im Dezember bereits etwa 170 000 Br.-Reg.-T., und schließlich traten sie zur allgemeinen Ueberflutung mit Bestellung von nun zum Teil ganz riesenhaften Ausmaßen an die Werften heran. Es sei hier erinnert an den Auftrag des Norddeutschen Lloyd auf zwei Schiffe von je 46 000 Tonnen (Fahrzeuge, wie sie bis dahin noch nie gebaut worden sind), die nicht minder gewaltigen, unmittelbar darauf vergebenen Aufträge der Hamburg-Amerika-Linie, denen sich vor ganz kurzer Zeit noch weitere Bestellungen der gleichen Reederei auf neue 90 000 Tonnen anschloßen; die Bestellungen der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft, der Reederei H. C. Horn, Flensburg, der Hanja-Linie, der Standard Oil Company usw. Durch die Erteilung aller dieser Aufträge schlug die seit 1923 bis ins dritte Quartal 1926 zugegebenermaßen nicht gute

Lage der deutschen Werften plötzlich in eine glänzende Konjunktur

um. Vom dritten Vierteljahr 1926 ab hat sich die Lage der Werften ganz gewaltig verbessert. Der Gesamtauftragsbestand dürfte zurzeit etwa 750 000 Tonnen betragen, und seit Beginn der größeren Bestellungen sind etwa 9 000 Werftarbeiter neu zur Einstellung gelangt. Wenn der Verein Deutscher Seeschiffswerften in seinem Jahresbericht für 1926 trotz alledem die Lage noch immer grau in grau malt und behauptet, daß auch die eingetretene Besserung in der Werftkonjunktur noch bei weitem nicht genügen könne, um das Sterben der Werften zu verhindern, so geschieht dieses in der Hauptsache deshalb, um außer der Fortsetzung der Millionenunterstützungen eine Ablehnung der gerechten Forderungen der Werftarbeiterschaft auf eine endliche durchgreifende Aufbesserung der seit Jahren auf den

Werften gezahlten Hungerlöhne

zu erwirken. Bisher war es den Arbeitgebern noch immer gelungen, unter Berufung auf die so ganz abnorm schlechte wirtschaftliche Lage der Werften in allen Verhandlungen der letzten Jahre eine nennenswerte Erhöhung der nur etwa 60 bis 70 Pf. betragenden Stundenlöhne zu verhindern.

Reeder hat sich auch bei den letzten Verhandlungen wieder herausgestellt, daß sich das Gemaller der Unternehmer bzw. ihrer Verbände als durchschlagend genug erwiesen hat, um den Schlichter Dr. Stenzel zu veranlassen, der Werftarbeiterschaft eine Lohnerhöhung von sage und schreibe 2 bis 6 Pf. anzubieten, die als ausreichend befunden wurde, um die doppelte Mieterhöhung und die sonstige seit den letzten Verhandlungen eingetretene Verteuerung der Lebenshaltung auf die Dauer eines ganzen Jahres auszugleichen.

Bedenken gegen die Eisenpreiserhöhung.

In der verarbeitenden Industrie.

In führenden Kreisen der Eisen verarbeitenden Industrie ist man durch die Ankündigung einer Eisenpreiserhöhung auf das Äußerste überrascht worden. Man hält eine solche Maßnahme in mehrfacher Hinsicht für sehr bedenklich. Die verarbeitende Industrie würde bei einer Erhöhung der Eisenpreise außer der eigenen Lohnerhöhung auch noch die der Eisen schaffenden Industrie tragen müssen, ohne bei den herrschenden Konkurrenzverhältnissen in der Lage zu sein, die Belastung auch nur zu einem Teil abzumwälzen. Die Eisen schaffende Industrie würde die soeben beginnende Absatzbelebung, die sich in einzelnen Zweigen der Weiterverarbeitung zeigt, auf das empfindlichste stören. Im übrigen ist der Vorschlag einer Erhöhung der Preise um 2 Proz. auch bei einem Teil der Eisen schaffenden Industrie wegen der damit verbundenen Gefahr einer Einengung des Inlandsabfahes auf schärfsten Widerstand gestoßen.

Die Bedenken der Eisenarbeiter gegen die Verteuerung ihrer Rohstoffe begegnen sich mit unserer eigenen Kritik an diesem volkswirtschaftsfeindlichen Plan.

Zu den Rationalisierungsgewinnen der Eisenindustrie gibt die „Kölnische Volkszeitung“ aus einem Referat einige Ziffern bekannt, die angesichts der sozialpolitischen Notwendigkeit und den Preiserhöhungsabsichten der Eisenindustrie festgehalten werden müssen. Es wird festgestellt, daß im dritten Vierteljahr 1926 gegenüber dem Vierteljahresdurchschnitt des Referenzjahres 1913 die Mehrproduktion an Roheisen 91,5 Proz., an Rohstahl 111,82 Proz., an Walzwerkserzeugnissen 99,78 Proz. betrug. Die Leistungssteigerung einzelner Werke illustrieren folgende Ziffern:

Werk	Belegschaft	Produktion
Gutehoffnungshütte	Rückgang 8,0 Proz.	Steigerung 71,6 Proz.
Vulkanwerke Duisburg	19,2	60,3
Tyssenhütte Hamborn	16,3	62,0
Krupp Rheinhausen	11,9	7,8
Hoehfisch Dortmund	14,5	81,2
Union Dortmund	9,6	22,9

Aus der Steigerung der Kopfleistungen von 1926 gegenüber 1913 um 80 bis 97 Proz. wird geschlossen, daß der Achtstundentag und die Wiedereinführung der dreiteiligen Schicht ohne jede Schwierigkeit durchgeführt werden könnte. Es ist nur sehr schade, daß von dieser Auffassung der Zentrumsarbeiterschaft bis zur Regierungspraxis der Zentrumsparität ein so weiter Weg ist.

Die Viele im Reichslandbund. Daß der Reichslandbund heute Regierungsmacht geworden ist, scheint ihn doch nicht vor neuen Pleiten im Kreise seiner Genossenschaften zu bewahren. Wie gemeldet wird, ist über das Vermögen der Kreisbezugs- und Abfahgenossenschaft des Reichslandbundes in Düren das Konkursverfahren eröffnet worden. Im Gläubigerausschuß sitzen u. a. die Städtische Sparkasse der Stadt Düren und die Rheinische Bank für Landwirtschaft in Düsseldorf. Die erste Versammlung der Gläubiger, wo diese ihren Schaden befehlen dürfen, findet am 12. April statt.

Der Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser über Textilsteuerung. Der Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser hat auch für das Jahr 1926 wieder einen umfangreichen Bericht veröffentlicht. Daraus verdient die Feststellung, daß die Preise für Rohbaumwolle gegenüber 1914 zurückgegangen sind, die Fertigfabrikate daraus aber ganz bedeutend über den Friedenspreisen liegen. Während der Preis für amerikanische Baumwolle am 7. Dezember 1926 auf 12,45 M. pro Pfund gegenüber 13,40 M. am 15. Juni 1914 zurückgegangen war, kostete der Meter Kattun oder Croisé am 8. Dezember 1926 38—40 Pf., während er 1914 nur etwa 23 Pf. kostete. Diese Fertigfabrikate aus Baumwolle lagen 1926 rund 62 1/2 Prozent über dem Friedenspreis. Da der Großhandelsindex am 15. Dezember 1926 sich nur auf 133,5 belief, lag die Preissteigerung in der Zeit der billigsten Rohstoffversorgung also auch fast 30 Proz. über diesem Index. Der Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser (E. B.) zieht daraus den Schluß, daß die Kaufkraft heute infolge dieser Entwicklung hinter der Möglichkeit zurückbleiben muß, im gleichen Ausmaß wie in der Vorkriegszeit sich einkaufen zu können.

Das Kalirätsel des Herrn Curtius.

Oder wie man umfällt!

Entweder ist der Reichswirtschaftsminister selbst sehr vergeblich, oder er überschätzt die Bergefähigkeit der Deffenlichkeit. Sonst kann man seine Antwort auf die sozialdemokratische Kritik in der Kalipreisfrage einfach nicht verstehen.

Nach im Oktober erklärte der Bevollmächtigte des Reichswirtschaftsministers: „Die Entwicklung der reinen Herstellungskosten vermag die Forderung einer Preiserhöhung für Kali nicht zu rechtfertigen. Selbst die im einzelnen ansehbaren Berechnungen, von denen das Kalisyndikat ausgeht, vermögen den Nachweis nicht zu erbringen, daß der Nettoerlös der Werke nicht ausreicht, die unter Zugrundelegung eines gewiß hohen Abschreibungssatzes ermittelten reinen Herstellungskosten zu decken. Es mag sein, daß es auch in der Kalindustrie Werke gibt, welche so ungünstige Selbstkosten haben, daß sie bei den geltenden Preisen eine Deckung für die Befassungen (nämlich aus der Quotenentschädigung und aus der Auslandsanleihe) oder vielleicht sogar für ihre Selbstkosten nicht finden. Die Feststellungen des Reichswirtschaftsministeriums haben aber ergeben, daß die Annahme des Syndikats, der Erlös reiche zur Deckung dieser Kosten nicht aus, für den Durchschnitt der Werke nicht zutrifft. Diese Feststellungen stützen sich auf eingehende Kostenermittlungen in einem Zeitraum, in dem sich zwar die Zusammenlegung der Betriebe, nicht aber schon die großzügigen Werksausbauten und Neubauten ausgewirkt hatten. Die Annahme des Syndikats, daß nicht nur einige schlecht arbeitende Werke, sondern die Kalindustrie als solche sich bei Beibehaltung der jetzigen Preisstellung in einer Notlage befinden, steht ferner im unflüchtigen Widerspruch zu der Tatsache, daß bei einer großen Zahl von Werken nicht unbedeutende Dividenden ausgeschüttet worden sind.“

Am 15. März aber erklärte der Reichswirtschaftsminister in seiner zweiten Eisatred: „Vor allem aber hatte eine Prüfung der Selbstkosten (!) und der ganzen Verhältnisse in der Kalindustrie mir gezeigt, daß ohne die Preiserhöhung die Kalindustrie bei einer mäßigen Abschreibung nicht in der Lage gewesen sei, irgendwelche weiteren Reserven zu bilden.“

Diese „Prüfung der Selbstkosten und der ganzen Verhältnisse“ kann nur zwischen Oktober und Dezember 1926 stattgefunden haben, denn schon im Dezember, wo die Preiserhöhung beschlossen wurde, hatte sich die überraschende Schwermutung in der Haltung des Ministers vollzogen. Es wäre interessant, zu erfahren, welche der Kostenprüfungen denn die eingehenderen gewesen sind, und ob der Urteilswechsel von „gewiß hohen Abschreibungen“ zu den „mäßigen Abschreibungen“ neue Tatsachen zur Grundlage gehabt hat. Uns erscheint es zweifelhaft. Das schlechte Gedächtnis des Herrn Ministers mahnt aber die Deffenlichkeit zur Vorsicht. Wenn Tatsachen heute so und morgen so ausgelegt werden können, so muß man alle Tatsachen, die zur am-

lichen Darstellung gelangen, mit größter Skepsis betrachten. Namentlich wird man solchen Tatsachen, die in der Hand der Interessenten selbst liegen, wie zum Beispiel den bald bevorstehenden Dividendenerklärungen der Kalindustrie, angesichts solcher Vorgänge nur mit dem denkbar größten Mißtrauen gegenüberstehen dürfen.

Eine wichtige Kartellentscheidung.

Gegen das Marktmonopol der Syndikate.

Seit Monaten führt die organisierte Arbeiterschaft einen scharfen Kampf gegen die monopolistische Marktbeherrschung und Marktausbeutung durch Kartelle und Verbände. In dieser Richtung hat nun das Kartellgericht am 17. Februar eine Entscheidung von großer grundsätzlicher Bedeutung gefällt.

Der Antrag eines von dem Deutschen Stahlwerksverband abhängigen Eisengroßhandelsverbandes auf Einwilligung des Gerichts, gegen einen nicht dem Verbands angehörenden Eisenhändler die Lieferersperre zu verhängen, wurde abgelehnt. Hätte das Gericht dem Antrag stattgegeben, so würde die bisher praktisch schon restlos bestehende Abhängigkeit des organisierten Eisenhandels nicht nur legalisiert worden sein, sondern der gesamte noch freie Einzelhandel wäre durch die rechtliche Möglichkeit der Lieferersperre faktisch zum Anschluß an die Handelsorganisation des Stahlwerksverbandes gezwungen worden. In den Ablehnungsgründen finden sich sehr bemerkenswerte Ausführungen grundsätzlicher Art, die selbstverständlich sein müßten, wenn die Macht der Montanverbände nicht bisher schon alle Gerichtsentscheidungen in ihren Bann gezogen hätte. Es wird festgestellt, daß nichts gegen eine Lieferersperre einzuwenden sei, wenn ein Eisenhändler aus eigenem Entschluß einem Verbands beiträte und die Sperr-Revers akzeptierte. Gegenüber jedem freien Händler dagegen müßte die Lieferersperre abgelehnt werden. Würde eine derartige Sperre gestattet sein, so wäre die automatische Ausschaltung jedes freien Handels die notwendige Folge. Damit würde aber auch die letzte Möglichkeit freier Preisbildung auf dem Markte zerstört, das Monopol der Produzentenverbände auf dem Markte absolut und die Verbraucherkraft dem Diktat der Verbände ausgeliefert.

An diesen Feststellungen ist von größter Bedeutung, daß das Kartellgericht einmal die Notwendigkeit des freien Handels gegenüber Produzentenverbänden und ihren Abfahgenorganisationen unterstreicht und zum andern feststellt, daß das Verbraucherinteresse gegenüber dem Diktat von Produzentenverbänden und abhängigen Handelsorganisationen geschützt werden muß. Diese Anerkennung ist wichtig, weil sie eine Abkehr von jener jahrzehntelangen „Gesetzgebung unter der Hand“ ist, die die Produzentenverbände durch ihre Machtpolitik faktisch treiben und die bisher von den Gerichten in den meisten Fällen stillschweigend sanktioniert worden ist. Selbstverständlich kann sich die Deffenlichkeit mit einer solchen Spruchpraxis nicht begnügen, sondern muß, da die Beherrschung des inneren Marktes zum System geworden ist, auch eine gesetzliche Kontrolle aller Kartelle und monopolistischen Verbände nach wie vor fordern.

Turnschuhe
 grau Segeltuch
 mit Chromsohle
 1,60
 Größe 25-30

Schwarz Chromleder-Spangenschuhe 3,90
 durchgen. St. Größe 36
 bis 42

Imit. Kamelhaar-Stoffschlüpfer 2,75
 In schön. Dessins mit Pompon u. Koralle. Gr. 34 bis 42
 42 95 Pl. 25-35 85 Pl. 20-34

O. Leiser
 Das grösste Schuh-Spezialhaus
 mit der grössten Auswahl Berlins

Um die Löhne der Handelsarbeiter.

Das Verhandlungsergebnis von den Funktionären abgelehnt.

Die Verhandlungen über den Neuaufschluß des Manteltarifes und des Lohnabkommens für die Arbeiter des Berliner Einzelhandels waren wegen der ebenfalls schwebenden Verhandlungen mit den Angestellten wiederholt vertagt worden. Nachdem am Freitag voriger Woche die Angestellten ihren Tarif bis zum 31. März 1928 abgeschlossen hatten, wurde über die Forderungen der Handelsarbeiter am Sonnabend verhandelt.

Am heftigsten umstritten war die Arbeitszeitfrage. Die Arbeitervertreter forderten die Befreiung der durch den letzten für allgemein verbindlich erklärten Schiedsspruch festgelegten Ausnahmestimmungen, die eine Ueberstreichung der achtstündigen Arbeitszeit auf 120 Tagen im Jahr zulassen. Die Unternehmer weigerten sich hartnäckig, diese Ausnahmebestimmung zu streichen und machten den gesamten Tarifabschluss von der Zustimmung der Forderung abhängig. Als die Verhandlungskommission demnach bei ihrer Forderung blieb, stellten die Unternehmer ihre Gegenanträge zur Abänderung des Manteltarifes auf. In ihrem Gegenentwurf verlangten sie eine Verlängerung der Arbeitszeit auf 51 Stunden wöchentlich, Kürzung des Urlaubs und der Bezahlung bei Krankheit, Befreiung des 10prozentigen Zuschlages für Ausfallsarbeiter und der Bestimmung des Tarifvertrages, der die Einstellung von Arbeitern durch den paritätischen Arbeitsnachweis vorschreibt. Damit nicht genug, forderten sie weiter, daß in Zukunft der Urlaub bei vorzeitigem Ausscheiden aus dem Betrieb nicht mehr abgezogen werden und auch die Ertragszahlung an den Sonntagen vor Weihnachten, an denen die Geschäfte offen gehalten werden dürfen und für die Inventurzeit fortfallen soll.

Nach 5 1/2 stündiger Verhandlung wurde auf Vorschlag der Arbeitervertreter folgende Protokollnotiz vereinbart: „Die Vermeidung von Ueberstunden soll nach Maßgabe der betrieblichen und technischen Möglichkeiten durch Einstellung von Arbeitslosen im Benehmen mit der gesetzlichen Betriebsvertretung angestrebt werden.“ Eine weitere Protokollnotiz legt die im Tarifvertrag vorgesehene Ueberarbeit präziser aus und lautet: „Unter vorbereitenden und abschließenden Arbeiten sind solche Arbeiten zu verstehen, die sich im regelmäßigen Geschäftsverkehr wiederholen, soweit sie nicht ohne Störung des ordnungsmäßigen Geschäftsverkehrs innerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit erledigt werden können.“ Es wurde weiter festgelegt, was alles unter den Begriff der vorbereitenden und abschließenden Arbeiten fällt.

Nachdem über den Manteltarif eine Uebereinstimmung erzielt war, erhöhten die Unternehmer ihr zu Beginn der Verhandlung gemachtes Angebot in der Lohnfrage, das aber von den Arbeitervertretern als noch zu niedrig abgelehnt wurde. Die Unternehmer lehnten es ab, den Handelsarbeitern die gleiche Zulage zu machen wie den Angestellten und begründeten das damit, daß im vorigen Jahre die Gehälter der Angestellten viel stärker abgebaut worden seien als die Löhne der Handelsarbeiter. Ihr endgültiges Angebot ging schließlich dahin, die Löhne der Ledigen über 22 Jahre von 36 M. auf 39,75 M., die der Verheirateten von 37,50 M. auf 40,75 M., die der Verheirateten mit Kindern von 39 M. auf 41,75 M. und die der Jugendlichen um 10 bis 17 Prozent erhöht werden sollen. Das Lohnabkommen soll vom 26. März 1928 bis 31. März 1929 laufen, jedoch mit der Einschränkung, daß nach dem 1. Januar über eine Neuverhandlung der Löhne verhandelt werden kann, wenn bis dahin eine wesentliche Steigerung der Lebenshaltungskosten eingetreten ist.

Zu diesem Verhandlungsergebnis nahmen die Funktionäre der Handelsarbeiter in einer überfüllten Versammlung am Montagabend Stellung, und nach einer längeren Diskussion lehnten sie es mit großer Mehrheit ab. Die Ablehnung erfolgte in der Hauptsache wegen der zu langen Geltungsdauer des Lohnabkommens und der zu geringen Erhöhung der Löhne für die Verheirateten mit Kindern. Die endgültige Entscheidung trifft eine Mitgliederversammlung am Freitagabend. Wie die Abstimmung in dieser Versammlung ausfallen wird, ist nach der Stimmung der Funktionäre wenig zweifelhaft.

Moskauer Methode in Deutschland.

Die Hamburger Stauereigenossenschaft sabotiert.

Zwischen der Hamburger Stauereigenossenschaft, die im Jahre 1923 von größtenteils kommunistisch orientierten Schauerleuten ins Leben gerufen worden war, und der kommunistischen Partei hat es plötzlich einen bösen Streit gegeben. Die Stauereigenossenschaft, deren Aufgabe es ist, die in Hamburg einlaufenden Schiffe der Sowjetregierung zu beladen oder zu löschen, bewährte eine Zeitlang ihre Selbständigkeit gegenüber der KPD. Die Parteileitung machte große Anstrengungen, das Unternehmen in ihren Dienst zu spannen, um dadurch zugleich Eingang in die freien Gewerkschaften zu finden. Bald befand sich das Unternehmen so stark unter der kommunistischen Parteiherrschaft, daß mehrfach Genossenschaftsmitglieder als Stimmzettel zu verschiedenen kommunistischen Gewerkschaftsversammlungen kommandiert wurden. Wer sich nicht fügte, flog und verlor seine Arbeit. Kein Wunder, daß plötzlich eine Generalversammlung der Stauereigenossenschaft die auf Moskau eingeschworenen KPD-Leute ihrer Funktionen im Vorstand und Ausschuss enthob und an ihre

Vor dem Ende des Femeprozesesses.

Die Beweisaufnahme im Prozeß Wilms geschlossen.

Der gestrige Verhandlungstag im Fememordprozeß Wilms brachte den Abschluß der Beweisaufnahme.

Der Zeuge Schmidt-Halbschuh gab auf Befragen des Justizrats Hahn zu, daß seine Aufzeichnungen über die Femefälle durch einen Mittelsmann an die Behörden verkauft worden seien, jedoch nicht an das preussische Innenministerium, die Abteilung I A, sondern an den Reichskommissar für die öffentliche Ordnung. Major Buchrucker gab dann zu den Darlegungen des Obersteuermanis v. Hammerstein eine Erklärung ab: Rechtlich sei die Stellung der Arbeitskommandos so gewesen, wie Oberst Hammerstein es dargelegt habe.

Praktisch mußten sich die Leute aber als Soldaten fühlen. So habe das Arbeitskommando Berlin wiederholt die Wache vor dem Palais des Reichspräsidenten gestellt und Arbeitskommandoteile hätten vor dem Reichspräsidenten präsentiert.

Scharfe Auseinandersetzungen gab es darauf bei der Vernehmung des Oberpfarrers Benschke, dessen unglückliche Versuche der Zeugenbeeinflussung bereits Anlaß zu einer sozialdemokratischen Anfrage im Landtag gegeben haben. Unter Hinweis auf den Fragebogen, den Benschke dem Schulz überbracht hat, fragt der Erste Staatsanwalt: Das Zitieren von Briefen, sogenannten Kaffibern, war doch streng verboten wegen Verdunstungsgefahr. War Ihnen das nicht bekannt? Vors. (abwührend): Wir haben hier doch keinen Fall Benschke. Pfarrer Benschke (sehr erregt):

Die Herren sind doch keine Verbrecher, das waren für mich ehrenwerte Leute.

Vors. (wieder abwührend): Die Angeklagten haben ihre eigenen Verteidiger. (Heiterkeit.)

Das umstrittene Telefongespräch.

Im Anschluß hieran kam es zu neuen Auseinandersetzungen über die Frage, ob das Telefongespräch nach Rathenow, bei dem der Auftrag zur Abkommandierung von Wilms für die angebliche Aufhebung eines kommunistischen Waffenlagers gegeben wurde, von Schulz oder von Gutnecht mit dem Angeklagten v. Pöser geführt sein könne. Bekanntlich liegt eine Telefongrußung über ein vom Wehrkreiskommando am 17. Juli 1923, also einen Tag vor der Ermordung des Wilms, geführtes Telefongespräch mit Anschluß 136 in Rathenow (Kaserne des Reiterregiments), vor, auf der der Name des Hauptmanns Gutnecht verzeichnet steht. Der Angeklagte v. Pöser betonte heute noch neuem, daß er das fragliche Telefongespräch nicht am Tage vorher, sondern am selben Tage, an dem die Tat ausgeführt wurde, und zwar vor mittags, entgegenkommen habe. Er sei Hauptmann Gutnecht gar nicht unterstellt gewesen und könne deshalb auch nicht mit ihm telefoniert haben. Sein Vorgesetzter sei Schulz gewesen. Zeuge Zimmermann: Ich weiß, daß das Telefongespräch am Vormittag des 18. Juli aufgenommen wurde. Staatsanwaltschaftsrat Vesser: Demgegenüber kann ich feststellen, daß das Gespräch, auf das sich diese Quittung bezieht, am Nachmittage des 17. Juli um 4.10 Uhr geführt worden ist.

Als nun Einzelheiten über die Art der Stellung Gutnechts behandelt wurden, erklärt Sachverständiger Oberst v. Hammerstein: Jetzt merkt man, wie die Dinge tatsächlich lagen. Es bestanden einmal die Arbeitskommandos, darüber hinaus in taktischer Hinsicht eine weitere Gliederung, die aber nur einen Rahmen für Landesverteidigungszwecke darstellte, der nur auf dem Papier stehen durfte, und drittens bestand wohl noch eine Gliederung für eventuelle hochverräterische Zwecke.

Ein Bataillon v. Senden oder Gutnecht ist von der Militärbehörde überhaupt nicht anerkannt worden. Tatsächlich mag es aber wohl existiert haben.

Major Buchrucker: Diese Gliederung ist nicht hinter dem Rücken des Wehrkreiskommandos erfolgt. Ich weiß auch, daß das Bataillon v. Senden als taktische Formation beiläufig vorhanden ist. Staatsanwaltschaftsrat Vesser: Das Bataillon von Senden hat 120 Mann, die Kompanie Führmann 8 Mann stark. Major Buchrucker: Gutnecht war überhaupt nicht berechtigt, v. Pöser einen Befehl zu geben. Vors.: Sie halten es also für unwahrscheinlich, daß er den Befehl gegeben hat? Buchrucker: Darüber will ich kein Urteil erlauben, jedenfalls, wenn er ihn gab, war es unzulässig.

Stelle Anhänger der ultralinken Richtung brachte. Sofort nahm die kommunistische Parteileitung des Bezirks Wasserfanten gegen die Genossenschaft mit allen Mitteln Stellung. Gegen eine Anzahl Kommunisten wurde das Ausschlußverfahren eingeleitet, außerdem aber, und das ist das Wichtigste, wurden der Stauereigenossenschaft die Aufträge entzogen, d. h. das Entschärfen und Beladen der russischen Schiffe wurde von nun an einer Hamburger Privatstauereifirma übertragen. Dieser Raubakt gegen eine Genossenschaft, die sich bemühte,

ein durchaus soziales Verhältnis mit den bei ihr beschäftigten Schauerleuten zu pflegen, hat in weiten Kreisen der Hamburger Hafenarbeiterklasse große Erregung und Erbitterung ausgelöst. Man sieht hier wieder einmal, mit welcher unerhörten Terror die KPD die Meinungsfreiheit in ihren eigenen Reihen unterbindet.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten u. G. Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9-3 Uhr und 5-7 Uhr, Sonnabende von 9-1 Uhr geöffnet.

Staatssanwaltschaftsrat Vesser: Ich möchte die Kombination widerlegen, daß Schulz an dem Tage, an dem dieses Gespräch geführt wurde, nicht anwesend war. Mir liegt hier eine Aufzeichnung von Oppermann über einen eingekommenen Beitrag vor mit dem Vermerk „Erhalten von Schulz, 17. 7. 23“. (Bewegung.) Vors.: Na, Schulz, was sagen Sie dazu? Angekl. Schulz (sehr aufgeregt): Da steht doch nur, daß Oppermann das Geld erhalten hat, aber wo steht mein Name, Herr Staatsanwalt, wo steht das, wo steht das. Ich hatte mit den Geschäften gar nichts zu tun. Staatsanwaltschaftsrat Vesser: Hier steht „Von Oberleutnant Schulz erhalten“. Zeuge Zimmermann erklärt auf Befragen: v. Pöser hat uns immer gesagt, als Arbeitskommando unterstanden wir Schulz, und für die Landesverteidigung gehörten wir zum holländischen Regiment des Majors Förster. Der Major hat uns auch einmal befehligt, und beim Küstriner Busch war ich zwischen ihm und Pöser als Weidegänger tätig.

Nach der Mittagspause trat der Zeuge Edel: noch einmal vor, um seine neuliche Aussage zu ergänzen. Zunächst möchte er Mitteilung davon, daß bei dem Kommando Reichelt in Potsdam auch noch zwei andere Leute, Feldmann und Weisenberger,

wegen Waffenerziehung schwer mißhandelt worden seien. Weisenberger sei mit mehreren Fahrpfeifen verprügelt worden, von denen auch Umhauer bei seinem, Edels, Abtransport eine mit sich geführt und ihn geschlagen habe. Weisenberger sei ganz verschmolzen gewesen und habe blutunterlaufene Stellen gehabt. Bei der regulären Reichswehr, mit der das Arbeitskommando Reichelt in der Kaserne in Potsdam lag, habe über die Mißhandlung Weisenbergers große Erbitterung geherrscht. Beim Essen habe ein Reichswehrmann einem Arbeitskommandomann das Essen ins Gesicht geschüttet, und die beiden seien so hart aneinander geraten, daß der Küchenoffizier mit der Waffe dazwischentreten mußte. Die Leute vom Arbeitskommando hätten dann zwei Tage schlaflos

in Erwartung des Angriffs der Reichswehr auf ihren Stuben gelegen. In jeder Stunde sei ein Maschinengewehr mit scharfen Patronen aufgestellt und scharfe Handgranaten bereitgehalten worden.

Major Buchrucker trat dann noch einmal vor, um zu erklären: Der Aufbau der Formationen sei so gewesen, daß alles, was an Truppen vorhanden war, nicht nur auf dem Papier, sondern in Wirklichkeit da war. In der Provinz als Einheit wurde formiert, und als Formation galt das, was mit Waffen versehen da war. Grundätzlich sollte als Stamm mindestens eine Gruppe dableiben, während die übrigen Mannschaften aufs Land verbannt wurden.

Nach einer kurzen Pause wurde dann noch zum Fall Edel der Bruder des bereits vernommenen Leutnants Reichelt gehört, der Edel als militärisch unbrauchbar und sexuell anormal schilderte. Für die Abteilung habe es sich lediglich darum gehandelt, die Uniform zurückzuerhalten, die Edel widerrechtlicherweise mitgenommen habe, alle anderen Behauptungen seien gemeine Verleumdungen, ebenso die Darstellung, daß er, der Zeuge, Edel mißhandelt habe; vielmehr sei dieser Mann als ihm seine Entlassung mitgeteilt wurde, in Krämpfe verfallen, und er, Reichelt, habe ihn noch aufgehoben, auf das Bett gelegt und ihm Wasser eingegeben. Mit einer Femschleife habe dieser ganze Fall nichts zu tun. Auch Schulz sei an der Angelegenheit kaum beteiligt. Er habe später nur einmal gesagt, Reichelt solle zusehen, daß er die Uniform bekomme.

R. A. Dr. Saß überreichte dann dem Gericht noch einiges Material, das er aus der von der Staatsanwaltschaft zur Verfügung gestellten Liste mit Dokumenten der Arbeitskommandos gezeichnet hatte, darunter eine Anzahl von Aktenstücken. Vors.: Schulz hat uns doch gesagt, es wurden keine Akten geführt? Schulz: Doch, es handelte sich dabei um Erpressungssachen. Staatsanwaltschaftsrat Vesser: Alle diese Schriftstücke wurden bei Leutnant Oppermann beschlagnahmt.

Dann trat nochmals der Zeuge Thiele vor, um die Aufzählung der Arbeitskommandos in der Spandauer Zitabelle zu schildern.

Am späten Nachmittage wurde die Beweisaufnahme geschlossen. Der heutige Mittwoch bleibt zur Vorbereitung der Plädoyers verhandlungsfrei. Die Plädoyers sollen sich über Donnerstag und Freitag erstrecken, worauf dann am Sonnabend das Urteil verkündet wird.

ein durchaus soziales Verhältnis mit den bei ihr beschäftigten Schauerleuten zu pflegen, hat in weiten Kreisen der Hamburger Hafenarbeiterklasse große Erregung und Erbitterung ausgelöst. Man sieht hier wieder einmal, mit welcher unerhörten Terror die KPD die Meinungsfreiheit in ihren eigenen Reihen unterbindet.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten u. G. Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9-3 Uhr und 5-7 Uhr, Sonnabende von 9-1 Uhr geöffnet.

Staatssanwaltschaftsrat Vesser: Alle diese Schriftstücke wurden bei Leutnant Oppermann beschlagnahmt.

Dann trat nochmals der Zeuge Thiele vor, um die Aufzählung der Arbeitskommandos in der Spandauer Zitabelle zu schildern.

Am späten Nachmittage wurde die Beweisaufnahme geschlossen. Der heutige Mittwoch bleibt zur Vorbereitung der Plädoyers verhandlungsfrei. Die Plädoyers sollen sich über Donnerstag und Freitag erstrecken, worauf dann am Sonnabend das Urteil verkündet wird.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten. Rosenbühlstraße 4, Norden 6393.

Wenig getragene Konstanten-Verleih von Millionen Verleih, Annahmen, Fabelhaft billige Verleih. Empfehlung Familienmittel, Toiletten, Fräse, Sminings, Gebirgsgeräte, Dosen, Gelegenheitskäufe in neuer Gebirgs-Verleih Weg Lehmann, Lehningerstraße 34, 1. Treppen, Rosenbühlstr. 4.

Möbel

Ausnahme-Angebot! Neue Kuchbaum-Planoabdrücke, 150 groß, mit Tischabdrücke, Facette-Spiegel, 128, neuere furnierte, 150 große Kuchbaum-Drucke mit Wasserabdrücke und Spiegel 100, Radcliffe mit Wärmepflaster 15, Kuchbaum-Drucke 12, Tischblätter 48, Diplomat 52, Schrankblätter 75, Schrankblätter 65, Schrankblätter 75, Schrankblätter 140 groß, 200, Schrankblätter mit edlem Marmor und Facette-Spiegel 200, Schrankblätter mit Lederblenden 200, Möbelhäuser Gottlieb, Algenstraße dreizehn, Bahnhofs-Gebäudebrunnen, Preisreduzierung.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten. Rosenbühlstraße 4, Norden 6393.

Wenig getragene Konstanten-Verleih von Millionen Verleih, Annahmen, Fabelhaft billige Verleih. Empfehlung Familienmittel, Toiletten, Fräse, Sminings, Gebirgsgeräte, Dosen, Gelegenheitskäufe in neuer Gebirgs-Verleih Weg Lehmann, Lehningerstraße 34, 1. Treppen, Rosenbühlstr. 4.

Wenig getragene Konstanten-Verleih von Millionen Verleih, Annahmen, Fabelhaft billige Verleih. Empfehlung Familienmittel, Toiletten, Fräse, Sminings, Gebirgsgeräte, Dosen, Gelegenheitskäufe in neuer Gebirgs-Verleih Weg Lehmann, Lehningerstraße 34, 1. Treppen, Rosenbühlstr. 4.

Wenig getragene Konstanten-Verleih von Millionen Verleih, Annahmen, Fabelhaft billige Verleih. Empfehlung Familienmittel, Toiletten, Fräse, Sminings, Gebirgsgeräte, Dosen, Gelegenheitskäufe in neuer Gebirgs-Verleih Weg Lehmann, Lehningerstraße 34, 1. Treppen, Rosenbühlstr. 4.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten. Rosenbühlstraße 4, Norden 6393.

Wenig getragene Konstanten-Verleih von Millionen Verleih, Annahmen, Fabelhaft billige Verleih. Empfehlung Familienmittel, Toiletten, Fräse, Sminings, Gebirgsgeräte, Dosen, Gelegenheitskäufe in neuer Gebirgs-Verleih Weg Lehmann, Lehningerstraße 34, 1. Treppen, Rosenbühlstr. 4.

Fahrräder

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten. Rosenbühlstraße 4, Norden 6393.

Kaufgesuche

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten. Rosenbühlstraße 4, Norden 6393.

Unterricht

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten. Rosenbühlstraße 4, Norden 6393.

Vermietungen

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten. Rosenbühlstraße 4, Norden 6393.

Mietgesuche

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten. Rosenbühlstraße 4, Norden 6393.

Arbeitsmarkt

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten. Rosenbühlstraße 4, Norden 6393.

Stellenangebote

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten. Rosenbühlstraße 4, Norden 6393.

Verschiedenes

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten. Rosenbühlstraße 4, Norden 6393.

Perfekte Musternäherin

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten. Rosenbühlstraße 4, Norden 6393.

Schür-enfabriken A.G.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten. Rosenbühlstraße 4, Norden 6393.

Verkäufe

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten. Rosenbühlstraße 4, Norden 6393.

Bekleidungsstücke, Wasche usw.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten. Rosenbühlstraße 4, Norden 6393.

Musikinstrumente

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten. Rosenbühlstraße 4, Norden 6393.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten. Rosenbühlstraße 4, Norden 6393.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten. Rosenbühlstraße 4, Norden 6393.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten. Rosenbühlstraße 4, Norden 6393.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten. Rosenbühlstraße 4, Norden 6393.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten. Rosenbühlstraße 4, Norden 6393.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten. Rosenbühlstraße 4, Norden 6393.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten. Rosenbühlstraße 4, Norden 6393.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten. Rosenbühlstraße 4, Norden 6393.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten. Rosenbühlstraße 4, Norden 6393.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten. Rosenbühlstraße 4, Norden 6393.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten. Rosenbühlstraße 4, Norden 6393.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten. Rosenbühlstraße 4, Norden 6393.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten. Rosenbühlstraße 4, Norden 6393.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten. Rosenbühlstraße 4, Norden 6393.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten. Rosenbühlstraße 4, Norden 6393.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten. Rosenbühlstraße 4, Norden 6393.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten. Rosenbühlstraße 4, Norden 6393.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten. Rosenbühlstraße 4, Norden 6393.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten. Rosenbühlstraße 4, Norden 6393.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten. Rosenbühlstraße 4, Norden 6393.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten. Rosenbühlstraße 4, Norden 6393.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten. Rosenbühlstraße 4, Norden 6393.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten. Rosenbühlstraße 4, Norden 6393.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten. Rosenbühlstraße 4, Norden 6393.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten. Rosenbühlstraße 4, Norden 6393.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten. Rosenbühlstraße 4, Norden 6393.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten. Rosenbühlstraße 4, Norden 6393.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten. Rosenbühlstraße 4, Norden 6393.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten. Rosenbühlstraße 4, Norden 6393.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten. Rosenbühlstraße 4, Norden 6393.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten. Rosenbühlstraße 4, Norden 6393.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten. Rosenbühlstraße 4, Norden 6393.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten. Rosenbühlstraße 4, Norden 6393.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten. Rosenbühlstraße 4, Norden 6393.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten. Rosenbühlstraße 4, Norden 6393.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten. Rosenbühlstraße 4, Norden 6393.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten. Rosenbühlstraße 4, Norden 6393.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten. Rosenbühlstraße 4, Norden 6393.

Verleih von hochleganten Gefäß- (Kaffee)geräten.